

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
der USA
im Jahr 2022**

NWO-Sonderheft Nr. 34



Die Neue Weltordnung der USA im Jahr 2022

NWO-Sonderheft Nr. 34

NWO-Moloch USA vom 01.01.2022-31.12.2022

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA im Jahr 2022	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA im Jahr 2022

Ich habe zwei große Feinde: Die Südarkmee vor mir und die Finanzwelt hinter mir. Von diesen beiden Feinden ist der letztere der schlimmere.

Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. Januar 2022: >>>mRNA-Impfstoffe: Eine tödliche Gefahr für die Babys

_ von *Gerhard Wisnewski*

Amtliche Daten zeigen ein hohes Risiko der mRNA-Impfstoffe für das ungeborene Leben. In den USA kam es bis Ende Oktober 2021 zu fast 2.500 Totgeburten - und die Dunkelziffer ist hoch. Ein Abdruck aus Wisnewskis neuem Jahrbuch verheimlicht - vertuscht - vergessen 2022. ...

Laut dem Nebenwirkungsregister für Impfstoffe der USA (Vaccine Adverse Event Reporting System, VAERS) haben bis zum 31. Mai 2021 knapp 400 Frauen "den Verlust ihres ungeborenen Kindes aufgrund der Covid-Impfstoffe gemeldet", so die Nachrichtenseite The Exposé. Betrachten wir beispielsweise die VAERS-Datenbanknummer 924247: "Ich war fünfeinhalb Wochen schwanger, als ich den Pfizer-Covid-Impfstoff erhielt. Alles schien gut zu laufen in meiner Schwangerschaft, bis ich etwa vier Stunden nach der Impfung auf die Toilette ging und rosa Ausfluß auf dem Toilettenpapier sah.

Dann begann ich, leichte Unterleibskrämpfe zu bekommen. Die Unterleibskrämpfe und vaginalen Blutungen wurden in den nächsten 24 Stunden immer stärker, bis ich schließlich am Abend des 31.12.2020 eine offensichtliche Fehlgeburt hatte. Ich kann mir nicht helfen, aber ich denke, daß der Impfstoff in irgendeiner Weise dazu geführt hat, daß mein Körper die Schwangerschaft abgestoßen hat. Zusammen mit der Fehlgeburt hatte ich auch extreme Müdigkeit mit Magen-Darm-Beschwerden vom 31.12.2020 bis zum 2.1.2021."

Bei VAERS ID 958501 handelt es sich offenbar um den Bericht eines Arztes: "Die Patientin war zum Zeitpunkt der Impfung schwanger. Sie hatte sich bei zwei Gynäkologen, die sie betreuen, erkundigt, ob sie den Covid-Impfstoff erhalten sollte.

Beide sagten ja. Sie erhielt ihre erste Covid-Impfung am 14.1.2021 zwischen 12 und 13 Uhr in den linken Deltarand. Unmittelbar nach der Impfung traten bei ihr keine Komplikationen oder Nebenwirkungen auf. Sie wurde vorsichtshalber über 30 Minuten lang vom Pflegepersonal

überwacht. Am 16.1.2021, dem Samstag nach der Impfung, bekam sie Krämpfe im Bauch und begann, vaginal zu bluten. Sie konsultierte ihren Gynäkologen und wurde überwacht. Am 19.1.2021 erlitt sie eine Fehlgeburt."

Fehlgeburten im vierstelligen Bereich

Mit dem Stand vom 9. Juli 2021 sollen es bereits über 1.000 derartige Fälle gewesen sein. Die Dunkelziffer dürfte jedoch viel höher liegen, denn viele Nebenwirkungen werden von behandelnden Ärzten nicht gemeldet, da das Ausfüllen des entsprechenden Formulars einige Zeit in Anspruch nimmt; nicht jeder (insbesondere frühe) Abort wird überhaupt als solcher erkannt; nicht jeder erkannte Abort wird als mögliche Nebenwirkung des Impfstoffs in Erwägung gezogen.

Vor allem dann nicht, wenn ein längerer Zeitraum zwischen Impfung und Fehlgeburt liegt: "Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, daß nur ein bis zehn Prozent der Nebenwirkungen tatsächlich an das VAERS-System gemeldet werden, und es gibt einen ernsthaften Rückstau aufgrund der riesigen Menge an Nebenwirkungen, die für die Covid-Impfstoffe gemeldet wurden" (theexpose.uk, 17.07.2021). Umgerechnet auf die oben genannten VAERS-Zahlen von 1.000 Fehlgeburten wären das aufgrund der Impfungen also zwischen 10.000 und 100.000 Fehlgeburten.

Diskutiert wird auch die Möglichkeit, daß Frauen durch die Impfung sterilisiert, also von vornherein unfruchtbar werden könnten, indem die gebildeten Antikörper auch die befruchtete Eizelle angreifen - beziehungsweise von ihr benötigte Proteine. Diese Problematik haben Spezialisten wie beispielsweise der Seuchenexperte Dr. Wolfgang Wodarg (Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Flensburg von 1981 bis 1994) angesprochen.

Eine solche Autoimmunreaktion würde noch weniger auffallen als eine Fehlgeburt, da zunächst einmal überhaupt nichts passieren würde - außer, daß die Frau nicht schwanger werden könnte. Aber dafür gibt es schließlich viele mögliche Ursachen. Interessanterweise unterstützt ausgerechnet ein Geldgeber von Biontech, nämlich Bill Gates, gentechnische Sterilisierungsversuche mit Mücken, wobei diese erst in der nächsten Generation aussterben.

Zweierlei Maß

Jedenfalls sind die erwähnten Abortzahlen Grund genug, diesen Menschenversuch sofort abzubrechen (und die Verantwortlichen zu verhaften). Jedes Supermarktprodukt wird aus weit geringerem Anlaß aus dem Programm genommen: Tausend Fehlgeburten durch ein Lebensmittel? Undenkbar! "Listerien im Käse, Kunststoffteilchen im Brot, Aflatoxine in Nüssen" - immer wieder kommt es zu Lebensmittelrückrufen. Bereits beim leisesten Verdacht auf Gesundheitsgefahren werden Produkte sofort aus den Regalen genommen, meistens ohne daß auch nur eine Person geschädigt wurde.

"Lebensmittel, die nicht sicher sind, dürfen nicht in den Verkehr gebracht werden. Die Risiken für die Lebensmittelsicherheit muß ein Unternehmen kennen und entsprechende Vorsorge treffen, daß nur sichere Lebensmittel die Verbraucher/innen erreichen" (Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit: "Lebensmittelrückruf - wie funktioniert das?", ohne Datum). Die Impfstoffhersteller haben keine Folgen zu befürchten. Denn sie haben Narrenfreiheit. Ihr Risiko - das heißt: die Haftung - trägt der Staat.

Am 29. September 2021 empfahl die amerikanische Gesundheitsbehörde CDC dringend die Impfung, "um schwere Erkrankungen, Todesfälle und ungünstige Schwangerschaftsergebnisse zu verhindern": "Das CDC empfiehlt dringend eine Covid-19-Impfung vor oder während der Schwangerschaft, da der Nutzen der Impfung für Schwangere und ihren Fötus oder ihr Kind die bekannten oder potentiellen Risiken überwiegt. Außerdem werden die Gesundheitsämter und Ärzte aufgefordert, Schwangere über die Vorteile der Impfung und die Sicherheit der empfohlenen Impfstoffe aufzuklären" (CDC Statement on Pregnancy Health Advisory Media Statement, 29.9.2021).

Mit Stand vom 29. Oktober 2021 fanden sich in der VAERS-Datenbank im Zusammenhang mit der Covid-19-Impfung 2.433 Fälle von Fehlgeburten, Eileiterschwangerschaften, Herzstillstand oder Tod des Fötus oder Frühgeborenen. Die Dunkelziffer dürfte, wie gesagt, zehn- bis hundertmal höher liegen. Am 7. November 2021 wurde das Video eines britischen Bestattungsunternehmers öffentlich, der sagte, "daß sich in den Kühlhäusern und Leichenhallen unzählige tote Babys und Neugeborene stapeln, die auf ihre Beerdigung warten." (uncutnews.ch, 7.11.2021).

"Und jetzt, sagt er, sieht er viele Neugeborene, 'wirklich viele, etwa 30', während er sonst nur drei oder vier gesehen hat. Mit anderen Worten: Es sterben etwa zehn Mal so viele Neugeborene, wie er es normalerweise erlebt hat - so viele, daß sie in der Erwachsenenabteilung untergebracht werden müssen, in der es mehr Platz hat. 'Offensichtlich handelt es sich entweder um Fehlgeburten oder Frühgeburten, aber darüber wird nicht viel geredet', sagt er."

Unzuverlässig und fragwürdig

Im November 2021 fanden zwei neuseeländische Wissenschaftler heraus, daß eine CDC-Studie zum Thema Schwangerschaft und Corona-Impfung "fälschlicherweise beruhigende Statistiken in Bezug auf das Risiko eines Spontanaborts in der Frühschwangerschaft" angeführt habe. Die Analyse zeigte bei geimpften Frauen bis zur 20. Schwangerschaftswoche sieben- bis achtmal mehr Fehlgeburten als normal und als von den früheren, CDC-gesponserten Forschern angenommen:

"In Anbetracht dieser Ergebnisse sind wichtige politische Entscheidungen auf der Grundlage unzuverlässiger und fragwürdiger Daten getroffen worden ... Wir empfehlen den sofortigen Verwendungsstopp von mRNA-Impfstoffen in der Schwangerschaft und in der Stillzeit sowie die Rücknahme von mRNA-Impfstoffen für Kinder oder Personen im gebärfähigen Alter in der Bevölkerung, bis überzeugende Daten zur Sicherheit und den langfristigen Auswirkungen auf Fruchtbarkeit, Schwangerschaft und Fortpflanzung in diesen Gruppen vorliegen".

Nicht nur Normalbürger, sondern erst recht Schwangere sollten sich eine Covid-Impfung also gut überlegen, denn sie handeln bereits für zwei. Und das gilt selbstverständlich auch für Frauen, die schwanger sein könnten. Eine Frau, die sich da nicht sicher ist, sollte zumindest einen Schwangerschaftstest absolvieren, bevor sie sich spritzen läßt. Wenn schon, dann sollte sie allein vom Dach springen und keinen erweiterten Suizid begehen.

Für stillende Mütter gilt übrigens dasselbe. Besondere Vorsicht gilt auch für Frauen, die noch Mutter werden möchten, denn Langzeitstudien über die Impfstoffe liegen, wie gesagt, ebenfalls nicht vor. Das sollten freilich auch Ärztinnen wissen, so daß man sich fragt, wie sie dazu kommen, sich und ihr Ungeborenes der Impfung auszusetzen - und diese dann auch noch anderen Frauen zu empfehlen. Denn den Fötus können sie nicht gefragt haben, ob er zum intrauterinen Versuchskarnickel werden will...

Gerhard Wisnewskis Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2022 beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Es hakt nach, schaut hinter die Kulissen und deckt auf, was uns an Nachrichten innerhalb eines Jahres vorenthalten wurde. ...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 8. Januar 2022 (x1.020): >>**Das Massensterben**

Die viel gepriesene Sicherheit der mRNA-Spritze gegen Covid ist mehr als fragwürdig.

von *Klaus König*

"Die Covid-19-Impfstoffe sind zugelassen, sicher und wirksam!", tönt es unentwegt landauf, landab - aus allen Politiker- und Funktionärsmäandern, aus allen Fernseh- und Radioapparaten, und auch viele Print- und Onlinemedien schreiben praktisch nichts anderes. Aber so wie die Zulassungen in Europa tatsächlich nur bedingte sind und sich die Langzeitwirksamkeit aller Impfstoffe offenbar in Grenzen hält, so ist es auch mit deren viel gepriesener Sicherheit nicht weit her.

Aufschluß über das Letztgenannte gibt ausgerechnet der neueste Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), nämlich jener mit Stand 23. Dezember 2021. Hier wird zum zweiten Mal nicht nur die Zahl der Verdachtsfallmeldungen zu Todesfällen im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung angegeben, es werden darüber hinaus auch zwei weitere Aspekte untersucht.

Zum einen gibt es eine quantitative Einordnung, welcher Anteil der Todesfälle kausal durch den Impfstoff beziehungsweise die Impfung verursacht wurde. Zum anderen wird eine sogenannte Observed-versus-Expected-Analyse durchgeführt. Hierbei wird untersucht, ob und in welchem Maße die zeitlich nach der Impfung beobachteten Todesfälle das statistisch erwartete, normale Sterbegeschehen übersteigen.

Da Menschen zu jeder Zeit an natürlichen - oder zumindest nicht impfbedingten - Todesursachen versterben, ist es rational anzunehmen, daß Todesfälle kurz nach einem beliebigen körperlichen Eingriff, zum Beispiel eben nach einer Impfung, auch zufällig auftreten können. Das heißt, daß natürlich nicht jeder gemeldete Todesfall kurze Zeit nach einer Impfung durch ebendiese verursacht wurde.

Das PEI hat demzufolge, soweit möglich, die Umstände der Todesfallmeldungen analysiert und in "78 Einzelfällen ... im zeitlich plausiblen Abstand zur jeweiligen Impfung ... den ursächlichen Zusammenhang mit der Impfung als möglich oder wahrscheinlich bewertet." Das bedeutet mit einfachen Worten, daß in 78 der insgesamt 1.919 bis zu diesem Zeitpunkt gemeldeten Todesfälle, also bei circa 4,1 Prozent der Verdachtsmeldungen, Menschen durch die Impfung zu Tode gekommen sind.

Zum Vergleich wurde 1976 in den USA das großangelegte Impfprogramm gegen die Schweinegrippe in neun Bundesstaaten nach nur drei Verdachtstodesfällen bei "elderly persons" gestoppt, bei denen altersbedingt eine nur zufällige Korrelation sogar eher wahrscheinlich war. In der gegenwärtigen Situation wäre daher nach fast 80 "wahrscheinlich" durch die Impfung verursachten Todesfällen zumindest eine gründliche Untersuchung beispielsweise seitens der Gesundheitsämter, des Bundesgesundheitsministeriums oder des Robert Koch-Instituts zu erwarten gewesen. Passiert ist von offizieller Seite offenbar nichts. Auch in den Medien wurde das nicht merkbar thematisiert.

Untererfassung von Nebenwirkungen

In demselben Bericht deutet sich aber an, daß diese 78 Fälle womöglich nur die Spitze des Eisbergs sein könnten. Warum?

Um diese Frage zu beantworten, muß der Sachverhalt der Untererfassung betrachtet werden. Impfnebenwirkungen werden den Sicherheitsbehörden - wie andere Arzneimittelnebenwirkungen auch - über passive Spontanmeldesysteme gemeldet.

Die Hürde, die zu einer Spontanmeldung führt, ist vergleichsweise hoch: Der Betroffene oder sein Arzt muß ein beobachtetes Symptom zunächst in einen Zusammenhang mit der Impfung bringen. Je weiter dieses Symptom zeitlich vom Impfzeitpunkt entfernt liegt, desto unwahrscheinlicher wird dieser Zusammenhang wahrgenommen.

Auch innere Überzeugungen, wie "Das kann mit der Impfung nichts zu tun haben!", können das Erkennen eines Zusammenhangs verhindern. Und schließlich können auch bestehende Vorerkrankungen das Erkennen einer tatsächlichen Nebenwirkung erschweren.

Doch selbst wenn ein Zusammenhang für möglich gehalten wird, verbleibt noch die Hürde des eigentlichen Meldevorgangs: Wo muß überhaupt gemeldet werden? Verfügt der Betroffene über die Mittel und das Wissen, um eine Meldung abzugeben? Man denke etwa an Menschen der älteren Generation, die oftmals gar nicht über einen Computer oder einen Internetzugang verfügen. Selbst Ärzte wissen oftmals nicht, wo Spontanmeldungen vorzunehmen sind, und selbst wenn sie es wissen, kostet eine solche Meldung mindestens 20 Minuten Zeit, die nicht vergütet wird. Nimmt ein Arzt diesen Aufwand in Kauf, zumal er eventuell selbst als

Impfarzt tätig war und seinem Patienten die Impfung empfohlen hat?

Fest steht: Internationale Studien belegen eindeutig, daß von passiven Meldesystemen wie dem deutschen selbst bei schwerwiegenden Nebenwirkungen - und der Tod ist zweifellos eine solche - bestenfalls 5 bis 10 Prozent der tatsächlichen Fälle gemeldet werden.

Wäre der Faktor der Untererfassung bekannt, so könnte man die Zahl der 78 Impftoten mit diesem multiplizieren, um eine Schätzung für die tatsächliche Zahl der durch die Impfung verursachten Todesfälle zu erhalten. Dieser Faktor ist im Prinzip einfach durch den Kehrwert der Meldequote gegeben, also zum Beispiel Faktor 20 bei 5 Prozent Meldequote.

Hochgerechnet ließen sich aufgrund dieser Informationen die tatsächlich impfbedingten Todesfälle auf 780 bis 1.560 abschätzen. Das entspricht ungefähr der Größenordnung einer mittelgroßen Landgemeinde.

Es gibt jedoch Anlaß zur Annahme, daß der Faktor der Untererfassung im vorliegenden Fall noch höher liegen könnte.

Einen Hinweis darauf liefert die oben erwähnte Observed-versus-Expected-Analyse (OvE), deren Ergebnisse in Tabelle 3 desselben Berichtes präsentiert werden. Durchgeführt wird diese Analyse für sechs verschiedene Zeitfenster zwischen Impfdatum und Todeszeitpunkt, von einem Tag bis 42 Tagen und individuell für jeden Impfstoff. Aufgrund der ermittelten Ergebnisse gibt der Bericht des PEI Entwarnung, die Analyse "ergab für keinen der vier bisher in Deutschland eingesetzten COVID-19-Impfstoffe ein Risikosignal".

Das Ergebnis einer OvE-Analyse sind sogenannte Standardisierte Mortalitätsverhältnisse (SMR). Dabei handelt es sich um Verhältniswerte, die angeben, ob die beobachtete Zahl der Todesfälle größer ist als die erwartete Zahl der Fälle. Ist dies der Fall, so ergeben sich SMR-Werte, die größer als eins sind. Entspricht die Zahl der beobachteten Fälle der erwarteten Zahl, so sollten die SMR-Werte bei etwa eins liegen.

Das PEI gelangt in seiner Berechnung jedoch ausschließlich zu SMR-Werten, die signifikant kleiner als eins sind. Wie kann das sein? Den Covid-19-Impfstoffen wird im besten Fall eine gewisse Wirksamkeit gegen schwere Covid-19-Verläufe attestiert, es ist jedoch bisher nicht bekannt, daß sie auch andere Todesursachen um teilweise mehr als 99 Prozent reduzieren können.

Die SMR-Werte sind also nicht wegen zufälliger Fluktuationen kleiner als eins, sondern weil bei Weitem nicht alle Todesfälle in engem zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung gemeldet wurden. Diese Tatsache spiegelt also die systematische Untererfassung von Fallmeldungen wider, welche weiter oben bereits diskutiert wurde. Die präsentierten Werte für die Meldequoten liegen dabei zwischen 1,9 Promille und 3,9 Prozent. Je nach betrachtetem Zeitintervall lassen sich damit Untererfassungsfaktoren zwischen 16 und 102 berechnen.

Die vom PEI gezogene Schlußfolgerung läßt sich also mitnichten bestätigen. Im Gegenteil: Der Bericht hätte klar formulieren müssen, daß es der Risikoanalyse hier offenbar signifikant an Sensitivität fehlt, um überhaupt ein Risikosignal zu entdecken.

Es ist dabei geradezu verstörend, daß selbst bei Todesfällen direkt einen Tag nach der Covid-19-Impfung im statistischen Mittel nur jeder 30. Fall als Verdachtsfall gemeldet wird.

Scheinbar ist es in 29 von 30 Fällen vollkommen unverdächtig, wenn ein Angehöriger oder Patient einen Tag nach einer Impfung mit einem nur bedingt zugelassenen, sich in Phase III des Zulassungsprozesses befindlichen und daher bislang nur kurz getesteten Impfstoff verstorbt, so daß noch nicht einmal eine Verdachtsmeldung erfolgt.

Was heißt dies aber alles nun für die durch die Impfung verursachten Todesfälle?

Da von einem "zeitlich plausiblen Abstand zur jeweiligen Impfung" die Rede ist, sollen nur die Zeitabstände von sieben und 14 Tagen nach der Impfung unter der Annahme betrachtet werden, daß spätestens dann alle 78 ursächlichen Fälle aufgetreten sind. Es ergeben sich Untererfassungsfaktoren von 32 beziehungsweise 44, und damit zwischen circa 2.500 und 3.400

durch die Impfungen verursachte Todesfälle. Verglichen mit den drei Verdachtsfällen, welche in der oben erwähnten Impfkampagne in den USA zum sofortigen Impfstopp geführt hat, müßten diese Zahlen aufschrecken.

Der fehlende Aufschrei

Aber das ist immer noch nicht das Ende der Geschichte. Es ist nämlich durchaus wahrscheinlich, daß der tatsächliche Anteil der impfbedingten Todesfälle höher als die im Sicherheitsbericht genannten 4,1 Prozent ist.

Prof. Dr. Peter Schirmacher, Chefpfathologe der Universität Heidelberg, der in Eigeninitiative solche Verdachtsfälle nach Impfungen obduzierte, geht nach 40 untersuchten Fällen davon aus, "daß 30 bis 40 Prozent davon an der Impfung gestorben sind". Das wäre ein Anteil an impfursächlichen Todesfällen, welcher acht- bis zehnmal höher läge als jener aus dem Sicherheitsbericht des PEI.

Zudem gehen in Deutschland laut Gesundheitsberichterstattung des Bundes ein gutes Drittel aller Todesfälle auf das Konto von Kreislaufkrankungen wie zum Beispiel Herzinfarkten und Schlaganfällen, welche gut zum Nebenwirkungsspektrum der Covid-19-Impfstoffe passen und demzufolge einen hohen Dunkelzifferanteil beinhalten könnten. Gehen wir zurückhaltend von einem 15-prozentigen statt einem 4,1-prozentigen Anteil der impfbedingten an den 1.919 gemeldeten Todesfällen aus, also von 288 statt 78 Fällen, dann ergeben sich bei zusätzlicher Berücksichtigung der Untererfassung zwischen 11.500 und 15.000 Impfpfopfer.

Diese Zahl läge schon deutlich in der Größenordnung einer ausgelöschten Kleinstadt oder bei ungefähr 60- bis 80-mal mehr Todesopfern, als die verheerende Flutkatastrophe im Sommer des Jahres 2021 gefordert hat. Wo bleibt der Aufschrei?

Je nach Szenario innerhalb der hier ausgeführten Interpretation der Daten kommt man auf Schätzungen von mehreren 100 bis mehr als 10.000 möglichen Impfpfopfern bis Ende November 2021. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten wöchentlichen Sterbefallzahlen, ist seit Mitte des Jahres 2021 gegenüber den Medianwerten von 2017 bis 2020 bis Kalenderwoche 46 eine aggregierte Übersterblichkeit von ungefähr 20.000 Todesfällen zu beobachten, welche über die "im Zusammenhang mit" Covid-19-Verstorbenen hinausgeht. Bislang fehlt von offizieller Seite eine schlüssige Erklärung für dieses Phänomen. Nach den vorangegangenen Überlegungen gäbe es nun eine.

Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß die vorliegenden Berechnungen einen unwiderlegbaren Beweis für zahlreiche Impftote darstellen. Aber die pure Möglichkeit eines so immensen Schadens sollte für Politik, Medizin und Wissenschaft alarmierend genug sein, um dringend eine ehrliche und gewissenhafte Untersuchung des Sachverhaltes einzuleiten und gegebenenfalls großes Leid von der Gesellschaft abzuwenden. Dies gilt im Übrigen auch schon für den Fall, daß es tatsächlich "nur" die ursprünglich im Bericht explizit erwähnten 78 Todesopfer der Impfung gibt.

Verunglückt ein Reisebus mit 78 Senioren schwer, sind die Zeitungen voll davon. Wäre ein Unglück mit 78 Toten das Ergebnis eines Bombenanschlags, würde es die Medien tage- oder wochenlang dominieren und die Politiker überschlagen sich damit, den Opfern und deren Angehörigen ihr tiefstes Beileid auszusprechen.

Daß 78 Menschen, die zwar nicht an einem Ort und zum selben Zeitpunkt, aber sehr wohl durch menschliche Intervention ihr Leben verloren haben, weniger Aufmerksamkeit bekommen, ist skandalös.

Das Problem zu negieren, zu verharmlosen oder wegzudiskutieren, so wie es zurzeit passiert, ist in jedem Fall vollkommen verantwortungslos und unethisch.

Klaus König, Jahrgang 1972, studierte Physik und beschäftigt sich seitdem schwerpunktmäßig mit der Modellierung, Simulation und Analyse von physikalischen Reaktionen bei Beschleunigerexperimenten. Seit 2005 arbeitet er als Wissenschaftler an einem großen, deut-

schen Forschungszentrum und engagiert sich in mehreren internationalen Projekten in den USA und in Asien.<<

Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete am 25. Februar 2022 (x1.137/...):

>>**Hohe Zeit für transatlantische Dumpfbacken**

Ein Artikel von *Albrecht Müller*

Zugegeben, es ist ausgesprochen schwierig, sich eine sachlich fundierte und abgewogene Meinung zur militärischen Intervention Rußlands und zur Entwicklung der Ukraine insgesamt zu bilden. Eine rationale Abwägung der Ursachen und der Umstände des schrecklichen Krieges in der Ukraine scheint nicht mehr möglich zu sein. So der Eindruck nach den Erklärungen von Scholz, Baerbock, Merz und der weitgehend mit ihnen korrespondierenden Medien.

Sie verweigern die Wahrnehmung des Zusammenhangs zwischen der Entscheidung Rußlands und dem Vorlauf transatlantischer und auch militärischer "Tätigkeit" in der Ukraine; sie personalisieren (Putin) in extremer Weise und übersehen die eingetretene gefährliche Konstellation:

Rußland ist in die Enge getrieben. Bis hierher und nicht weiter, lautet der gezogene Schlußstrich. Wenn man diese Konstellation erkannt hat, dann muß man um der Sache und des Friedens willen vorsichtig mit dem Problem umgehen. Statt dessen wird Öl ins Feuer gegossen.

Zur Information und zur Meinungsbildung der NachDenkSeiten-Leserinnen und -Leser verweise ich im Folgenden auf verschiedene wichtige Verlautbarungen - einige werden Sie schon kennen:

1. Bundeskanzler Scholz, Fernsehklärung vom 24.2.2022.
2. Außenministerin Baerbock in: Was nun, Frau Baerbock? Darin sichtbar auch die Haltung von zwei "bedeutenden" Journalistinnen/en.
3. Oppositionsführer Friedrich Merz: "Putin fühlt sich bedroht durch die Demokratiebewegung in der Ukraine und in Belarus", so Friedrich Merz, CDU-Parteivorsitzender, zur russischen Offensive.
4. Erklärung des russischen Präsidenten Putin vom 24.2.2022 mit seiner Begründung und Erklärung der militärischen Intervention: Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation am 24. Februar 2022 von Coop Anti-War Cafe Berlin.
5. Eine eigene Analyse, aufgeschrieben vor zweieinhalb Jahren als Kapitel III. 3. zur Manipulationsmethode "Geschichten verkürzt erzählen" in: Albrecht Müller: Glaube wenig. Hinterfrage alles. Denke selbst. Wie man Manipulationen durchschaut. - Dieses Kapitel, das Gedanken zur Erklärung des jetzigen Geschehens enthält, ist am Ende dieses Textes angefügt. In diesem Kapitel habe ich übrigens ein Foto abgebildet, daß die ganze Misere des Umgangs des Westens mit Rußland optisch zusammenfaßt:

Ich zitiere die einschlägige Passage:

Es wird bei der Beurteilung der russischen Politik und insbesondere des Präsidenten Putin alles Mögliche angeführt, aber nicht die Tatsache, daß Putin im September 2001 in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag, teilweise in Deutsch, weit reichende Angebote für die Zusammenarbeit gemacht hat. Das paßt nicht ins Bild, deshalb wird es nicht berichtet. Genauso wenig wie die betretenen Gesichter deutscher Kabinettsmitglieder von Joschka Fischer bis Otto Schily, denen man anmerkte, daß Ihnen diese Friedensofferte nicht in den Kram paßt, weil ihre amerikanischen Freunde sie auf Konfrontation eingestimmt hatten und haben.

Vermutlich ist die wichtigste Ursache des jetzigen Problems Ukraine/Rußland die Abhängigkeit Europas von den USA und die direkte Einflußnahme der USA auf einzelne Staaten Europas und Europa insgesamt. Wir machen auch in diesen gravierenden Fragen keine eigene Politik. Wir folgen der Grundlinie der USA, die da nüchtern betrachtet heißt: Rußland fertig machen.

Deshalb haben die USA große Mengen an Geld - 5 Milliarden \$ - in die politische Umgestal-

tung der Ukraine investiert. Deshalb haben sie mit anderen zusammen die Ukraine militärisch kräftig ausgestattet, übrigens auch mit Hilfe der Milliarden-Summen, die Deutschlands Steuerzahler in der Ukraine "investiert" haben. Denn das ist ja wohl klar: Wer Euro oder Dollar liefert, braucht keine Waffen zu liefern. Die werden mit diesem Geld gekauft. Die ansonsten um Waffenlieferungen herum geführte Debatte ist schlicht ein Hebel dafür, die in Deutschland Regierenden zulasten der Steuerzahler gefügig zu machen.

Wichtig für die Debatte und die Bewertung der militärischen Intervention Rußlands, gegen die wir mit Recht anstreiten, ist die Erkenntnis, daß die militärische Intervention schon lange vor der russischen Intervention begonnen hat. Über diese empören wir uns zu Recht. Über die militärische und politische Intervention des Westens sollten wir uns genauso empören. Aber dazu sind die transatlantischen Dumpfbacken nicht willens und zur notwendigen Erkenntnis auch nicht fähig.

Auszug aus "Glaube Wenig. Hinterfrage alles. Denke selbst":

3. Geschichten verkürzt erzählen

Mit der Methode Geschichten verkürzt zu erzählen, werden viele Menschen unentwegt in die Irre geführt. Sie bestimmt über weite Strecken die öffentliche Debatte. Auf Basis dieser Manipulationen werden reihenweise politische Fehlentscheidungen getroffen und gedeckt. Typische Beispiele sind:

Wenn hierzulande über das Verhältnis zwischen dem Westen und Rußland berichtet und gesprochen wird, dann wird die Tatsache, daß West und Ost 1990 gemeinsam vereinbart haben, sich nicht mehr zu bedrohen und das Verhältnis auf die Idee der Gemeinsamen Sicherheit zu gründen, häufig weggelassen. Es war vereinbart worden abzurüsten. Jetzt wird so getan, als gäbe es diese Verabredungen nicht, ja als gäbe es die gesamte Entspannungs- und Friedenspolitik nicht.

Und natürlich wird auch vom Bruch der gegenseitigen Versprechen nichts erzählt. Nichts davon, daß schon die Ausdehnung der NATO bis an die russische Grenze ein übler Vertrauensbruch war. Nichts davon, daß und wie der Westen in der Amtszeit des russischen Präsidenten Jelzin in die inneren Verhältnisse Rußlands hinein zu regieren versucht hat. Von diesen unglaublichen Machenschaften hat Naomi Klein in ihrem Buch "Schock-Strategie" eindrucksvoll berichtet. Das Buch ist 2007 in Deutschland erschienen und wurde erstaunlich erfolgreich vergessen gemacht.

Es wird bei der Beurteilung der russischen Politik und insbesondere des Präsidenten Putin alles Mögliche angeführt, aber nicht die Tatsache, daß Putin im September 2001 in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag, teilweise in Deutsch, weitreichende Angebote für die Zusammenarbeit gemacht hat. Das paßt nicht ins Bild, deshalb wird es nicht berichtet. Genauso wenig wie die betretenen Gesichter deutscher Kabinettsmitglieder von Joschka Fischer bis Otto Schily, denen man anmerkte, daß ihnen diese Friedensofferte nicht in den Kram paßt, weil ihre amerikanischen Freunde sie auf Konfrontation eingestimmt hatten und haben.

Zweites Beispiel: Zum Syrien-Konflikt fängt die Geschichte damit an, daß man empört erzählt, der syrische "Diktator" - wahlweise "Machthaber" - lasse Faßbomben auf syrische Kinder werfen und die Russen würden wahllos syrische Städte einschließlich der Krankenhäuser bombardieren. Die Vorgeschichte wird nicht erzählt: Nicht, daß der Westen einen Regime Change in Syrien beschlossen hatte und zu diesem Zweck mit Hilfe verschiedener Golfstaaten auch Islamisten und Terroristen für den Einsatz in Syrien bezahlt und bewaffnet hat.

Es wird nicht berichtet, daß dieser Konflikt schon 2011 begonnen wurde und Rußland erst ab September 2015 und auf Bitten des syrischen Präsidenten intervenierte. Nicht erzählt wird, daß auch Deutschland von spätestens 2015 an mit dabei war, ab 2011 hat sich Deutschland schon an Sanktionen gegen Syrien beteiligt und mitgeholfen, das syrische Volk auszuhungern. Ganz selbstverständlich wird bei uns weder von den Medien noch von der Bundesregierung

davon berichtet, daß Deutschland wegen der Nutzung der US-Stützpunkte in nahezu alle diese Kriege involviert ist. Und es wird auch den Nachrichten nicht nachgegangen, daß Deutschland - zusammen mit Menschen, die sich berechtigt Flüchtlinge nennen - auch Islamisten aus Syrien aufgenommen hat.

Drittes Beispiel: Der Ukraine-Konflikt. Viele Medien - und auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier datieren die Ukraine-Krise auf die militärische Unterstützung Rußlands für die Aufständischen in der Ost-Ukraine und auf die Annexion der Krim. Weggelassen wird quasi alles Wichtige, was davor geschah: Die erwähnte Ausdehnung der NATO bis an die russische Grenze, der Versuch von EU und NATO, auch die Ukraine einschließlich der Krim und damit die Militärbasis Rußlands in Sewastopol in den Bereich der EU und der NATO einzubeziehen.

Es wird weggelassen, was die USA an Propaganda und - wie sie es nennen - demokratischer Aufbauarbeit in der Ukraine veranstaltet haben. Sie haben nach Auskunft der zuständigen US-Unterstaatssekretärin Victoria Nuland 5 Milliarden Dollar - Milliarden!, nicht Millionen - in der Ukraine eingesetzt.

Auch die westlichen Inszenierungen zum Maidan, die Umstände des Staatsstreichs gegen den amtierenden Präsidenten Viktor Janukowitsch und der Einfluß rechter Gruppen in der Ukraine werden bei der Erzählung nicht aufgenommen. Es wird auch nicht darüber aufgeklärt, welche Rolle die Außenminister von Polen, Frankreich und Deutschland, namentlich Steinmeier, im Februar 2014 in Kiew gespielt haben.

Man kann alle diese Interventionen ja rechtfertigen, aber man kann sie bei der Erzählung der Geschichte nicht einfach weglassen.

Noch ein Beispiel aus einer ganz anderen Welt: Eine bemerkenswerte Verkürzung machen nahezu alle bei der Diskussion von Freihandelsabkommen (TTIP, CETA) mit. Daß die weitere Erweiterung des Welthandels sinnvoll sei, wird von vornherein als richtig unterstellt. Dabei wird unterschlagen, daß wir jetzt ja schon einen beachtlichen Grad an Welthandel haben und die viel beschworene Globalisierung bei weitem nicht so neu ist, wie behauptet wird.

Außerdem wird verschwiegen, daß der nationale und internationale Verkehr immer größere Probleme bringt, daß er eine ökologische Belastung ist, daß wir der Lkw-Flotten schon gar nicht mehr Herr werden und daß der Verkehr darüber hinaus oft subventioniert ist, jedenfalls nicht die vollen Kosten trägt, also nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch fragwürdig ist. Wo ist die Diskussion um Verkehrsvermeidung geblieben? Und wo die Diskussion um die Dezentralisierung der Wirtschaftsräume? Sind das alles irrelevante Gedanken gewesen?

Wenn Sie die Geschehnisse, Argumentationen und Interpretationen durchschauen wollen, dann müssen Sie diese Methoden, im konkreten Fall die Methode einer verkürzten Erzählung einer Geschichte beherrschen. Prüfen Sie immer wieder, welche Tatsachen präsentiert werden und welche Veröffentlichungen miteinander in Konflikt geraten. Lassen Sie sich nicht von anderen mißbrauchen. Fragen Sie selbst nach der ganzen Geschichte. Auch hier hilft und animiert Naomi Kleins Buch auf vorbildliche Weise, die ganze Geschichte eines Vorgangs zu durchschauen.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 2. März 2022: >>>**Nato-Mitgliedschaft: Habeck sieht Deutschland in "dienender Führungsrolle"**

Vizekanzler Robert Habeck (Grüne): "Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle"

WASHINGTON. Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) hat sich für mehr Verantwortung Deutschlands innerhalb der Nato ausgesprochen. Er sehe die Bundesrepublik künftig "in einer dienenden Führungsrolle", sagte der Grünen-Politiker am Dienstag bei einem Besuch in den USA.

"Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle." Von den USA habe er Rücken-

deckung für diese Vision. Der Grundstein für eine "dienende Führungsrolle" könnten die Bereitschaft zu höheren Militäraushaben sowie die Waffenlieferungen in die Ukraine legen.

Habeck fordert, Energiewende nicht außer Acht zu lassen

Das Hilfspaket für die Bundeswehr über 100 Milliarden Euro, das Scholz am Sonntag angekündigt hatte, sei richtig. Es müßten aber auch ausreichend Mittel für die Energiewende bereitgestellt werden.

"Aus meiner Sicht sind die Investitionen in die militärischen Kapazitäten und die Investitionen in Energieunabhängigkeit von Rußland zwei Seiten derselben Medaille", führte der Wirtschaftsminister aus. Wenn erneuerbare Energien jetzt "Freiheitsenergien" seien, müsse diese Freiheit auch finanziert werden, sagte er mit Blick auf den Appell von FDP-Chef Christian Lindner zum Ausbau von Windkraft und Co.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 11. März 2022 (x1.128/...):

>>Die Bedeutung der Ukraine auf dem geostrategischen Schachbrett des US-Imperialismus

Kein Ereignis kann aus sich selbst heraus, sondern nur aus dem Gesamtzusammenhang beurteilt werden, aus dem es hervorgeht. Die US-abhängigen Politiker und Medien des Westens stürzen sich aber nur auf das militärische Eindringen Rußlands in die Ukraine, das für sich genommen aus westlicher Sicht natürlich völkerrechtswidrig und beklagenswert ist.

Doch was ist vorher in der Ukraine unter starkem Einfluß der USA und seines EU-Anhanges geschehen, das Rußland in eine solche Situation gebracht hat, aus der es keinen anderen Weg mehr sah, seine Sicherheitsinteressen zu wahren? Vorschnelle, auf erweckten Emotionen beruhende Urteile können nur verschlimmernd wirken. Es kommt zunächst alles auf die Erkenntnis der ganzen Wirklichkeit an, um vernünftig urteilen und handeln zu können.

Von den Zielen des US-Imperialismus

In rund zweihundert Jahren wurden die USA aus einer britischen Kolonie durch nahezu pausenlose Kriege und weiträumige Eroberungen eine imperiale Weltmacht, die unverhohlen anstrebt, vollends die ganze Welt zu beherrschen. Wie ein roter Faden zieht sich durch ihre Geschichte die rücksichtslose Durchsetzung eigener Kontroll- und Macht-Interessen.

Der führende US-Geostratege Zbigniew Brzezinski stellte in seinem Buch "Die einzige Weltmacht" nicht ohne Stolz fest:

"Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfügen mittlerweile auch über die militärischen Mittel, die Küsten mit Amphibienfahrzeugen unter Kontrolle zu halten, mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politische Geltung verschaffen können.

Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf. Wie die ... Karte zeigt, ist der gesamte Kontinent von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät, von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären."

Amerikas geostrategisches Hauptaugenmerk liegt nach Brzezinski auf Eurasien, wo sich die USA schon an strategisch wichtigen Punkten festgesetzt haben. Eurasien vollkommen in ihren Einfluß- und Herrschaftsbereich einzubeziehen, sei das große geostrategische Ziel der USA. Denn Eurasien bilde die zentrale und größte kontinentale Landmasse der Erde, in der "zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen" liegen, 75 % der Weltbevölkerung leben und in dessen Boden und Unternehmen "der größte Teil des materiellen Reichtums der Welt steckt. ...

Amerikas potentielle Herausforderer auf politischem und/oder wirtschaftlichem Gebiet sind ausnahmslos eurasische Staaten. Als Ganzes genommen stellt das Machtpotential dieses Kontinents das der USA weit in den Schatten. ... Eurasien ist mithin das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird."

Von größter strategischer Bedeutung für die USA ist Europa. Es ist ihr "unverzichtbarer geopolitischer Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent". Das "Atlantische Bündnis", so die verschleiende Vokabel für die US-Herrschaft, verankert den politischen Einfluß und die militärische Macht Amerikas unmittelbar auf dem eurasischen Festland.

Die europäische Einigung ist für die USA von größter Bedeutung, weil sich mit jeder Osterweiterung der EU automatisch auch die Einfluß- und Machtsphäre der USA nach Osten erweitert. Diesem in die "postkommunistischen Staaten Mitteleuropas einschließlich der baltischen Republiken, Weißrußlands und der Ukraine und sogar Rußlands" führenden Prozeß müsse daher größte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Mit der Osterweiterung der EU müsse aber die entsprechende Erweiterung der NATO einhergehen.

"Sie ist für die transatlantische Verbindung von entscheidender Bedeutung. ... Der entscheidende Punkt bei der NATO-Erweiterung ist, daß es sich um einen ganz und gar mit der Ausdehnung Europas selbst verbundenen Prozeß handelt. ... Sollte die von den Vereinigten Staaten in die Wege geleitete NATO-Erweiterung ins Stocken geraten, wäre das das Ende einer umfassenden amerikanischen Politik für ganz Eurasien."

In dieser Strategie nimmt die Ukraine eine besonders wichtige Stelle ein. Sie wird als ein wesentlicher geopolitischer Dreh- und Angelpunkt betrachtet, "weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Rußlands beiträgt.

Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr. Es kann trotzdem nach einem imperialen Status streben, würde aber dann ein vorwiegend asiatisches Reich werden, das aller Wahrscheinlichkeit nach in lähmende Konflikte mit aufbegehrenden Zentralasiaten hineingezogen würde, die den Verlust ihrer erst kürzlich erlangten Eigenstaatlichkeit nicht hinnehmen und von den anderen islamischen Staaten im Süden Unterstützung erhalten würden. ...

Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Rußland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden."

Diese Hintergründe sind von mir bereits in einem Artikel vom 28. März 2014, am Beginn der Umsturzereignisse in der Ukraine, dargestellt worden, auf den ich hier zum Genaueren verweisen muß.

Die innere Spaltung der Ukraine

Hier muß zunächst auf die historisch bedingte innere Spaltung der ukrainischen Bevölkerung in einen russisch orientierten und einen westlich orientierten Bevölkerungsteil eingegangen werden, die sich in gleichsam unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen. Denn sie bot dem Westen den Ansatzpunkt, in der Ukraine sukzessive Fuß zu fassen.

Ich übernehme hier wesentliche Punkte aus meinem Artikel vom 16.3.2015, auf den ich im übrigen (auch zu den Quellen) verweisen muß.

Russen und Ukrainer haben denselben historischen Ursprung in der "Kiewer Rus" des neunten bis zwölften Jahrhunderts. Deren territoriales und kulturelles Erbe wird von den nationalen Kräften beider Seiten jeweils für sich beansprucht. Für Rußland gilt die Kiewer Rus als "die Mutter aller russischen Städte". Darin liegt für die meisten Russen die tiefe psychologische Bedeutung der Ukraine, die innerlich immer als ein Teil Rußlands empfunden wurde.

In offen eingestandener Unfähigkeit, eine staatliche Ordnung zu begründen, riefen die Kiewer Wikinger aus Skandinavien herbei, bei ihnen zu regieren. Das skandinavische Wort "Rus" (= Ruder; "Ruoti" waren die Schweden) gab den Namen für dieses im 9. Jahrhundert entstehende Reich unter germanischer Führung. So entstand zur ersten Jahrtausendwende aus der Verschmelzung von Skandinaviern und Ostslawen mit byzantinischer Kultur und Religion die Bevölkerung der Kiewer Rus, aus der allmählich die Differenzierung in Russen, Ukrainer und

Weißrussen hervorging, die immer eng verwandt geblieben sind.

Der Schwerpunkt der Kiewer Rus verlagerte sich im 12. Jahrhundert auf das Fürstentum Wladimir, später auf Moskau. Von da an stand das Territorium der heutigen Ukraine lange unter litauischer, später unter polnischer Herrschaft, wobei der Name "Ukraine", der Grenzland bedeutet, erst etwa seit dem 16. Jh. als ethnische Bezeichnung auftaucht. Die stark freiheitlich gesonnenen ukrainischen Kosaken leisteten den polnischen Machthabern immer mehr Widerstand und unterstellten sich mit Teilen des ukrainischen Territoriums 1654 wegen der engen Verwandtschaft von Sprache, Kultur und Religion dem russischen Zaren in Moskau, der ihnen weitgehende Autonomie zusicherte.

Doch bereits 1667 wurde die Ukraine zwischen Rußland und Polen neu aufgeteilt: Kiew und die Gebiete östlich des Dnjepr (linksufrige Ukraine) fielen an Rußland, Polen erhielt die westlichen Gebiete (rechtsufrige Ukraine) und die Gebiete Weißrußlands. Diese Teilung war ausschlaggebend für die unterschiedliche politische und kulturelle Entwicklung von West- und Ostukraine, deren Folgen heute eine große Rolle spielen.

Nach den drei Teilungen Polens Ende des 18. Jh. wurde auch die westliche Ukraine russisch, mit Ausnahme Ost-Galiziens, das zu Österreich kam. Rußland faßte unter Katharina der Großen die südlichen und östlichen Gebiete der Ukraine zu einem russischen Gouvernement zusammen (Neurußland) und gründete die Städte Odessa am Schwarzen Meer sowie Sewastopol und Simferopol auf der Halbinsel Krim. Die bisher fast unbewohnten Steppengebiete im Südosten wurden urbar gemacht und größtenteils mit Russen, aber auch mit Deutschen bevölkert. Die Kern-Ukraine wurde in dieser Zeit auch als "Kleinrußland" bezeichnet.

Im Ersten Weltkrieg mußten die Ukrainer Rußlands gegen die Westukrainer Galiziens kämpfen. Schließlich kam 1921 nach einem verlorenen kurzen Krieg das ehemals österreich-ungarische Ostgalizien an Polen. Die Zentral- und Ostukraine wurden als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik Teil der Sowjetunion.

In der polnisch gewordenen Westukraine war es schon früh zu Unabhängigkeitsbestrebungen gekommen. Bereits 1920 gründeten nationalistische Westukrainer die "Ukrainische Verteidigungsorganisation" (UVO), die sich eine "Unabhängige West-Ukrainische Volksrepublik" zum Ziel setzte. Während der rigorosen Polonisierung des westukrainischen Landesteils Polens kämpfte sie im Untergrund gegen den polnischen Staat.

Als zu Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 Ostgalizien und Westwolhynien von der Roten Armee besetzt wurde, wendete sich hier der Untergrundkampf der OUN nun gegen die Sowjets, in dem 7.000 Menschen, die meisten von ihnen Kommunisten und Juden, ermordet wurden. Auf der anderen Seite fielen 1940/41 in vier großen Deportationswellen aus den sowjetisch gewordenen Gebieten nach Schätzungen über 600.000 Menschen zum Opfer.

Die stark antipolnischen und antirussischen ukrainischen Nationalisten der OUN unter Stepan Bandera sahen bereits den deutschen Polenfeldzug als Anfang einer Befreiung durch die nationalsozialistischen Deutschen und verbanden sich in Westgalizien mit ihnen. Zwei von der OUN aufgestellte Bataillone mit den Bezeichnungen Roland und Nachtigall marschierten beim deutschen Angriff gegen die Sowjetunion 1941 mit der Wehrmacht in die Zentral- und Ostukraine ein.

Eine von der OUN aufgestellte Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) kämpfte im Untergrund gegen die hier aktiven sowjetischen Partisanen-Einheiten und löste sich erst ein Jahr nach dem Ende des Krieges auf. Etwa 17.000 Ukrainer ließen sich Mitte 1943 in die 14. Waffen-Grenadier-Division der SS (galizische Nr. 1) übernehmen.

Doch nur wenige Ukrainer der sowjetischen Republik Ukraine empfanden ihre sprachliche Assimilation als tragischen Widerspruch, sie gab ihnen vielmehr die Möglichkeit, nicht nur die Ukraine, sondern auch das Imperium als Heimat zu sehen. Die große Mehrheit hatte keine nationalistischen Selbstständigkeitsbestrebungen. Die Ukraine war nicht wie Polen, Ungarn

oder die Tschechoslowakei ein sowjetischer Satellitenstaat, sondern sie war Teil der Sowjetunion.

Zwar hatte sie unter dem Terror Stalins ungeheuer zu leiden, wie im inszenierten Hungertod von Millionen von Ukrainern um 1933, der "Holodomor" genannt wird, aber ähnlich ist es auch anderen Völkern ergangen. In den langen Jahren der Sowjetunion wurden viele Ukrainer Teil des Systems, in dem sie sich einrichteten, Karriere machten und vor allem zu Millionen im Zweiten Weltkrieg gegen die Deutschen kämpften - und gegen Westukrainer.

Die lange Zeit als Teil der totalitären Sowjetunion hat die Ukraine stärker geprägt als etwa die Tschechen oder Ungarn, die eine nationale Identität gehabt und bewahrt haben. Als die Sowjetunion 1991 zusammenbrach, wurde die Ukraine von ihrer plötzlichen Unabhängigkeit im Grunde überrascht. Insbesondere in ihren östlichen Teilen blieb sie weiter ein Vorhof Rußlands. Und die neuen Regierungen hatten nichts, womit sie die Leere ausfüllen konnten, die das Imperium hinterlassen hatte. Eine nationale Identität ließ sich aus der Geschichte dieser polyethnischen und multikulturellen Bevölkerung nicht herleiten.

Selbst die ukrainische Sprache ist für den Kiewer Schriftsteller Michail Bulgakow eher ein bäuerlicher Dialekt des Russischen als eine originär eigene Sprache und ihre Einführung als Nationalsprache nicht ein neuer patriotischer Anfang, sondern ein Rückschritt in einen beschränkten, bornierten Nationalismus. Und von einem sich steigernden künstlichen Nationalismus, der von prowestlichen Kräften der Westukraine ausgeht, ist der neue Staat in seinen bisherigen gut zwanzig Jahren geprägt.

Weil der Strom einer geschichtlichen Identität fehlt und die vielfach von Massengewalt westukrainischer, prowestlicher Nationalisten wie ostukrainischer Sowjets beherrschte Geschichte des 20. Jahrhunderts auch nicht objektiv aufgearbeitet wird, wurden die eigenen verklärten Taten der Vergangenheit national heroisiert und zu Bestandteilen ukrainischer Identität erhoben.

Die Vielfalt der unterschiedlichen ethnischen und historisch gewachsenen Regionen der Ukraine in einen monolithischen nationalen Einheitsstaat zu pressen, in dem die jeweils an der Macht befindliche Seite die anderen auch kulturell dominiert, ist ein rückwärtsgewandter, explosiver Wahnsinn, der zu inneren Konflikten führen mußte. Diese Bestrebungen wurden und werden aber vom Westen unterstützt, denn sie bieten ihm die Möglichkeit, die Ukraine aus dem Einflußbereich Rußlands herauszulösen.

Vorbereitungen

Bereits seit den fünfziger Jahren operierte die CIA kontinuierlich in der Ukraine. Sie knüpfte dort früh Kontakte mit den ukrainischen Nationalisten, die unter Stephan Bandera die Nazis bei ihrem Vormarsch gegen die Sowjetunion unterstützt hatten und deren Haß gegen die Russen ungebrochen war. Banderas Sicherheitschef Mykola Lebed, von der Gestapo ausgebildet, wurde zum wichtigsten Mann der CIA, um im Kalten Krieg Einfluß auf die Ukraine zu nehmen. Es wurden Agenten in die Ukraine ein- und ausgeschleust und das ukrainische Untergrundnetzwerk in jeder Hinsicht unterstützt. Von Anfang an ging es im Kern um die Schwächung Moskaus.

Nachdem die Sowjets das Netzwerk infiltriert hatten, verlegte man sich auf den verdeckten ideologischen Kampf. Unter Lebeds Führung wurde in New York ein Kulturprogramm gestartet, von Kissinger genehmigt und von Brzezinski ausgeweitet, in dessen Rahmen eine von der CIA gegründete private Organisation "Prolog Research Corporation", ukrainische Zeitungen und Bücher ukrainischer Dissidenten veröffentlichte sowie Radioprogramme produzierte.

Diesem verdeckten Programm zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung diente seit 1983 auch die "National Endowment for Democracy" in den USA (NED (Nationale Stiftung für Demokratie)), die formal als private Stiftung firmiert, aber vom US-Außenministerium finanziert wird.

Der Jahresetat der Stiftung beträgt ca. 100 Millionen Dollar, wovon 2012 etwa 3,4 Millionen "zur Demokratieförderung" an lokale Vereine und Verbände in der Ukraine flossen.

Daß die Finanzierung der Einflußnahme auf die innere Entwicklung der Ukraine insgesamt noch viel umfangreicher ist, offenbarte Victoria Nuland, Assistant Secretary of State for Europe and Eurasian Affairs, also die Beauftragte der US-Regierung auch für die Ukraine, auf einer Pressekonferenz am 13. Dezember 2013.

Sie erklärte, daß die USA seit der Unabhängigkeit 1991 den "Übergang der Ukraine zu guten demokratischen Institutionen und Regierungsformen sowie zu einer Zivilgesellschaft" mit mehr als 5 Milliarden Dollar unterstützt haben. Interessant ist, daß das Video des CNN über diese Pressekonferenz mit "Regime-Wechsel in Kiew" überschrieben wurde, als gerade der Sturm auf den Maidan begonnen hatte.

Hinzu kommt, daß der 2014 Ministerpräsident gewordene Arsenij Jazenjuk seit 2007 eine Stiftung "Open Ukraine" für "Internationale Dialoge, kulturelle Horizonte und Junge Führer" betrieb, die "mit einer neuen Generation von Künstlern, Unternehmern und Aktivisten" aus unterschiedlichen Regionen arbeitete, die sich um sozialen Wandel (sprich Umsturz) bemühen.

Die Stiftung wurde u.a. auch vom US-Außenministerium direkt, der NATO, der britischen Politik-Steuerungszentrale Chatham House, dem German Marshall Fund of the United States sowie der International Renaissance Foundation des US-Großspekulanten und Multimilliardärs George Soros gefördert und unterstützt.

Nach dem Vorbild der US-Stiftung NED gründete die Europäische Union 2013 den Europäischen Demokratiefonds EED (englisch: European Endowment for Democracy) zur Förderung demokratischer zivilgesellschaftlicher Organisationen, Bewegungen und von einzelnen Aktivisten in an die EU angrenzenden Ländern. Er hat die Form einer privaten Stiftung, wird aber von der Europäischen Kommission, den EU-Mitgliedsstaaten und der Schweiz finanziert. Der Stiftungsrat wird vom CDU-Abgeordneten im EU-Parlament und Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Elmar Brok geleitet, den selbst das Springer-Blatt "Bild" als "Brüssels heimlichen Strippenzieher in Kiew" bezeichnete.

Die Aktivitäten der durch den Westen finanzierten oppositionellen Kreise nahmen schon lange vor den Maidan-Unruhen auch Formen paramilitärischer Vorbereitungen für einen gewaltsamen Umsturz an. Bereits 2006 hat offenbar eine Gruppe von jungen Demonstranten vom Maidan-Platz, Mitglieder der Nazi-Gruppe Ukrainische Selbstverteidigung (UNA-UNSO), auf der NATO Basis in Estland eine gründliche paramilitärische Ausbildung in Terrorismus erhalten.

Der ukrainische Politiker Oleg Tsarew deckte am 20.11.2013 im Parlament auf, "daß ein 2012 von der US-Botschaft veranstaltetes TechCamp dazu gedient hatte, 'potentielle Revolutionäre zur Organisation von Protestaktionen und einem Umsturz der Regierung heranzubilden'.

Auch die polnische linke Wochenzeitung Nie (Nein) veröffentlichte am 18. April 2014 einen Bericht über die Ausbildung der gewalttätigsten Aktivisten des Euro-Maidan in Polen, die vom polnischen Außenministerium finanziert wurde.

Nach Aussagen von Vasily Stoyakin, Direktor des ukrainischen "Political Marketing Centre", in einem am 26.2.2014 veröffentlichten Video, seien allein im Sommer 2013 in der Ukraine in speziellen Camps ca. 800 Personen mit ideologischen Programmen ausgebildet worden. Dazu kämen weitere Camps im Ausland. Die Leute seien speziell für urbane Konflikte und den taktischen Nahkampf gegen die Polizei, einschließlich des Gebrauchs von Schußwaffen geschult worden.

Der Umsturz der pro-russischen Regierung

Der prorussische Präsident Janukowitsch lehnt am 21.11.2013 die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU vorerst ab, da die ukrainische Wirtschaft noch nicht stark

genug und so die notwendigen Voraussetzungen noch nicht gegeben seien, eine Einschätzung, die Angela Merkel drei Tage vorher in einer Regierungserklärung am 18.11.2013 ebenfalls abgegeben hatte.

Die Ukraine wäre angesichts ihrer wirtschaftlichen und technischen Rückständigkeit in einer vorgesehenen "tiefen und umfassenden Freihandelszone" ohne Schutzzölle nicht konkurrenzfähig gewesen und durch den Ausschluß einer gleichzeitigen Anbindung an eine Zollunion mit Rußland und die Integration in die EU-Militärpolitik in eine völlige Abhängigkeit von der EU gekommen.

Zudem wollte sich Janukowitsch gleichwertige Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland offenhalten, zumal dieses einen Preisnachlaß auf Gaslieferungen von ca. drei Milliarden US-Dollar jährlich und den Ankauf von Staatsanleihen in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar in Aussicht stellte.

Es kam interessanterweise sofort zu Demonstrationen auf dem Maidan gegen Janukowitsch, die innerhalb von 3 Wochen auf 500.000 bis 800.000 vorwiegend junger Teilnehmer aus dem ganzen Land anschwellen, was nur aus den jahrelangen Vorbereitungen in den vom Westen unterstützten oppositionellen Vereinigungen und einer zentralen Steuerung erklärbar ist.

Daran war auch der dann Präsident gewordene Oligarch Petro Poroschenko mit seinem Fernsehsender Kanal 5 maßgeblich beteiligt. Er berichtete, daß die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland und die außenpolitische Sprecherin der EU Catherine Ashton am 11.12.2013, während der Nacht, in der der Sturm auf den Maidan begann, in Kiew waren. Nuland sprach mit den Demonstranten und half Essensrationen zu verteilen.

Ashton war Arm in Arm mit Jazenjuk unter den Demonstranten zu sehen. Auch der deutsche Außenminister Guido Westerwelle wollte bereits am 4.12.13 mit seinem Besuch bei den Demonstranten nach eigenen Aussagen ein "Zeichen setzen dafür, daß die Ukraine in Europa willkommen ist". Und der EU-Abgeordnete Elmar Brok bestärkte und befeuerte am 7.12.2013 in einer Rede auf dem Maidan die Demonstranten.

Verschiedene Videos zeigen große Mengen ukrainischer Jugendlicher, die Schlange stehen, um sich als Demonstranten gegen 20 Dollar pro Tag anheuern zu lassen. Von Anfang an waren die Demonstrationen nicht nur friedlich. Videos zeigen, wie Polizisten-Mannschaften, die sich völlig defensiv verhielten, mit Pfefferspray, Faustschlägen, Schlagstöcken, Pflastersteinen und Molotowcocktails unentwegt angegriffen und (vergeblich) provoziert wurden.

Die Verschwörung der USA und der EU zum Sturz der pro-russischen Regierung Janukowitsch wurde vollends an das Licht der Weltöffentlichkeit gezogen, als Rußland am 6. Februar 2014 ein abgehörtes Telefonat zwischen Victoria Nuland und dem US-Botschafter in Kiew Geoffrey R. Pyatt ins Netz stellte. Darin klärten beide ab - also während Janukowitsch noch im Amt war! - daß nicht der von der EU, insbesondere Deutschland, aufgebaute Boxer Wladimir Klitschko in die künftige Regierung solle, sondern daß Jazenjuk Ministerpräsident werden müsse. Pyatt wurde beauftragt, die Dinge entsprechend in die Wege zu leiten.

Seit Januar ließ der Anführer des Rechten Sektors, Dimitri Jarosch, seine Leute auf die Polizei schießen, wie selbst Spiegel-Online am 3.3.14 feststellte. "So trug er maßgeblich zur blutigen Eskalation bei." Diese erreichte ihren Höhepunkt am 20. Februar 2014.

Außer Scharfschützen von beiden Seiten gab es auf einmal ein zusätzliches Scharfschützen-Kommando, das wie bestellt von neun bis zwölf Uhr von Dächern und aus Fenstern u.a. des Hotels Ukraine gezielt sowohl Polizisten wie zahlreiche Demonstranten, unbeteiligte Passanten und Ärzte, insgesamt mehr als fünfzig Menschen, erschöß. "Die bekannte Strategie, Vertreter zweier Konfliktparteien zugleich zu töten, so daß jede Gruppe annehmen muß, die jeweils andere habe geschossen, ging auf: Chaos und blinde Wut griffen um sich."

Janukowitsch flüchtete am 21.2.14 vor den heranstürmenden bewaffneten Gruppen und wurde vom Parlament durch einen - eindeutig verfassungswidrigen - Beschluß seines Amtes entho-

ben. Es handelte sich also um einen Putsch gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten, was aber keine westliche "demokratische" Regierung störte.

Für Putin war mit der Installierung eines westlichen Marionetten-Regimes in Kiew eine absolute Grenze überschritten, die den elementaren Sicherheitsinteressen seines eigenen Machtbereiches gezogen ist. Er konnte nicht hinnehmen, daß die Ukraine zur Aufmarschbasis der NATO gemacht und Rußland von seinem einzigen eisfreien Marinestützpunkt auf der Krim abgeschnitten wird. Daß Putin als erstes die Schenkung Chruschtschows rückgängig machen und die Krim wieder Rußland anschließen würde, ja mußte, war vorauszusehen.

In einem CNN-Interview sagte US-Präsident Barack Obama am 1.2.2015 mit überraschender Offenheit:

"Putin traf die Entscheidung in Bezug auf die Krim nicht etwa aus einer großen Strategie heraus, sondern einfach, weil er von den Protesten des Maidan und der Flucht von Janukowitsch überrascht wurde, nachdem wir einen Deal zur Machtübergabe ausgehandelt hatten."

Also Putin hat nach Obama nicht etwa aus einer strategisch geplanten Ausweitung seines Machtbereiches die Krim annektiert, sondern er hat einfach nur auf den für ihn gefährlichen Machtwechsel reagiert.

Diese Aussage Obamas impliziert, daß strategisch planmäßig die USA gehandelt haben, die hinter den Kulissen für den für sie günstigen Machtwechsel gesorgt haben. Der eigentliche Angreifer sind die USA, Rußland hat sich im Interesse seiner Sicherheit nur gewehrt.

Einen Tag zuvor, am 30. Januar 2015 hatte der US-Politikwissenschaftler George Friedman, Gründer der einflußreichen Denkfabrik Stratfor (Spitzname: "Schatten-CIA") den Putsch in der Ukraine in die große Geostrategie der USA eingeordnet. Das Ziel der US-amerikanischen Politik sei es, eine europäische Supermacht durch die Annäherung zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Dem hätten auch die beiden Weltkriege gedient.

Diese Absicht bestimme ebenfalls den aktuellen Konflikt um die Ukraine. Es gehe darum, einen Gürtel aus antirussischen und europaskeptischen Staaten zu schaffen, die als Pufferzone zwischen Rußland und Deutschland fungierten. Hierzu gehörten vor allem die baltischen Staaten, Weißrußland und die Ukraine. -

Man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß die treibende aggressive Macht in der Ukraine das Weltimperium USA mit seinen Vasallen Nato und EU ist. Nicht Rußland hat Truppen und Waffen in Mexiko an der Grenze zu den USA zusammengezogen, sondern die USA haben die historisch eng mit Rußland verbundene Ukraine zu ihrem aggressiven Vasallen gemacht, und drohend gegen Rußland gerichtete Raketenysteme werden seit 2016 an verschiedenen Orten in Osteuropa installiert, die Putin auch in der immer intensiver mit der NATO zusammenarbeitenden Ukraine befürchtet.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22044" berichtete am 25. März 2022

(x1.085/...): >>>Dr. Ganser zum Ukraine-Konflikt: Die andere Seite der Wahrheit

"Ohne den Völkerrechtsbruch des US-Präsidenten Obama vor acht Jahren hätte es die illegale Militärintervention Putins vermutlich nicht gegeben." So die Recherche und Einschätzung des Historikers und Friedensforschers Dr. Daniele Ganser.

Ohne den Völkerrechtsbruch des US-Präsidenten Obama vor acht Jahren hätte es die illegale Militärintervention Putins vermutlich nicht gegeben. So schreibt Daniele Ganser, Doktor der Philosophie, auf der Internetplattform Rubikon.news. Dr. Ganser ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er leitet das "Swiss Institute for Peace and Energy Research" in Basel. Hier nun anschließend seine vollständige Einschätzung zum Ukraine-Konflikt.

"Am 24. Februar 2022 gab Rußlands Präsident Wladimir Putin seiner Armee den Befehl, in die Ukraine einzumarschieren — ein Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot und daher illegal.

Fast genau acht Jahre zuvor, am 20. Februar 2014, ließ US-Präsident Barack Obama die Regierung in der Ukraine stürzen, um das Land in die NATO zu ziehen. Dieser Putsch ist die Wurzel des Ukrainekrieges. Gleich wie die Invasion von Putin war auch Obamas Verhalten ein Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot und daher illegal. Es wird Zeit, sich nicht länger mit Halbwahrheiten der einen oder der anderen Seite zufriedenzugeben und die Geschichte des Konflikts vollständig und ausgeglichen zu erzählen.

Wir hören nur die halbe Geschichte

Derzeit liest und hört man in den Medien viel über die Invasion von Putin, die zu Recht kritisiert wird. Aber man liest und hört praktisch gar nichts über den Putsch von Obama. Warum wird uns nur die halbe Geschichte erzählt?

Haben die USA wirklich die Regierung in der Ukraine gestürzt? Warum hat das damals fast niemand bemerkt? Und welche historischen Belege gibt es dafür? Solche und ähnliche Fragen erhalte ich derzeit oft.

Als Historiker und Friedensforscher habe ich seit Jahren zu den offenen und verdeckten Kriegen der USA geforscht und in meinem Buch "Illegale Kriege" auch den Putsch in der Ukraine beschrieben. "Es war ein vom Westen gesponserter Putsch, es gibt kaum Zweifel daran", erkannte schon der frühere CIA-Mitarbeiter Ray McGovern.

In Berlin habe ich ein Jahr nach dem Putsch am 10. Mai 2015 einen Vortrag über die Ereignisse in der Ukraine gehalten und dort gezeigt, daß Präsident Obama tatsächlich die Regierung in der Ukraine gestürzt hat. Wer möchte, kann sich den Vortrag hier ansehen.

Konfrontation der Atommächte

Der Ukrainekrieg ist ein besonders delikater internationaler Konflikt, weil sich hier die USA und Rußland gegenüberstehen, die beide über Atomwaffen verfügen. Wie bei der Kubakrise spielen beide Seiten mit verdeckten Karten und versuchen, die Ukraine in ihren Einflußbereich zu ziehen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion erklärte die Ukraine 1991 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Die Schwäche von Moskau gab Washington erstmals die Chance, den US-Einfluß auf Osteuropa auszudehnen und die früher von Moskau kontrollierten ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes in die NATO aufzunehmen.

Die NATO-Osterweiterung und der Gipfel von Bukarest

Obschon die USA gegenüber Rußland versprochen hatten, die NATO werde sich nicht ausdehnen, geschah genau dies. Polen, Tschechien und Ungarn wurden im Jahre 1999 NATO-Mitglieder. Und beim NATO-Gipfel in der rumänischen Hauptstadt Bukarest im April 2008 erklärte US-Präsident George Bush, man werde auch die Ukraine in die NATO aufnehmen.

Rußland war erzürnt, denn die Ukraine grenzt direkt an Rußland. Und auch in den USA gab es mahnende Stimmen. "Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn China ein mächtiges Militärbündnis schmiedete und versuchte, Kanada und Mexiko dafür zu gewinnen", warnte der amerikanische Politologe John Mearsheimer von der Universität Chicago. Gemäß Mearsheimer hat der Westen die Russen unnötig provoziert und ist daher schuldig an der Krise in der Ukraine.

Senator John McCain auf dem Maidan

Auf dem Maidan, dem zentralen Platz der ukrainischen Hauptstadt Kiew, demonstrierten Ende 2013 immer mehr Menschen gegen die Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch und Premierminister Nikolai Asarow. Der bekannte Ex-Boxweltmeister Vitali Klitschko führte die Demonstrationen an und hielt in enger Absprache mit den USA flammende Reden.

In dieser angespannten Lage flog der einflußreiche US-amerikanische Senator John McCain in die Ukraine und besuchte am 15. Dezember 2013 Klitschko und das Protestlager auf dem Maidan. Der US-Senator ermunterte die Demonstranten, die ukrainische Regierung zu stür-

zen.

Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn ein bekannter russischer Parlamentarier nach Kanada fliegen würde, um dort Protestierende in der Hauptstadt Ottawa zu unterstützen, die kanadische Regierung zu stürzen.

Genau das taten die USA in der Ukraine.

Die US-Botschaft in Kiew koordiniert die Proteste

Die Anführer der Proteste auf dem Maidan gingen in der US-Botschaft ein und aus und holten sich dort ihre Befehle. Einige Demonstranten waren bewaffnet und gingen gewaltsam gegen die Polizei vor. "Die Amerikaner forcierten erkennbar die konfrontative Entwicklung", erinnert sich Premierminister Nikolai Asarow, der gestürzt wurde.

In der US-Botschaft in Kiew war es US-Botschafter Geoffrey Pyatt, der die Demonstranten unterstützte und dadurch die Ukraine destabilisierte. Botschafter Pyatt war in direktem Kontakt mit Ex-Boxer Klitschko. Die gut organisierte Demonstration auf dem Maidan wurde immer größer und die Spannungen in Kiew nahmen zu.

Auch der heutige US-Präsident Joe Biden war direkt in den Putsch involviert, da auch er die Demonstration auf dem Maidan unterstützte. Im Dezember 2013 rief Biden, damals Vizepräsident unter Obama, in der Nacht Präsident Janukowitsch an und drohte ihm mit Strafen, wenn er den Maidan durch die Polizei räumen lasse. Janukowitsch hat daraufhin die geplante Räumung zurückgezogen.

Die fünf Milliarden Dollar von Victoria Nuland

Im US-Außenministerium war Victoria Nuland für den Putsch verantwortlich. Nuland war unter US-Außenminister John Kerry als stellvertretende Außenministerin eine hochrangige Mitarbeiterin von Präsident Obama. Unter Präsident Donald Trump verlor Nuland an Einfluß, wurde aber von Präsident Joe Biden wieder als Staatssekretärin ins Außenministerium berufen. In der Ukraine wollte Nuland Premierminister Nikolai Asarow und Präsident Viktor Janukowitsch stürzen, um das Land in die NATO zu ziehen, wie es am Gipfel von Bukarest beschlossen worden war.

Die Anführer der Demonstration auf dem Maidan holten sich in der US-Botschaft nicht nur ihre Befehle, sondern auch ihre Bezahlung.

Im Dezember 2013, zwei Monate vor dem Putsch, hatte Nuland in einem Vortrag erklärt: "Wir haben mehr als fünf Milliarden Dollar investiert, um der Ukraine zu helfen Wohlstand, Sicherheit und Demokratie zu garantieren".

Das führte auch in den USA zu Kritik. Der frühere US-Kongreßabgeordnete Ron Paul fragte öffentlich:

"Wir haben gehört, wie die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland damit geprahlt hat, daß die USA fünf Milliarden Dollar für den Regimewechsel in der Ukraine ausgegeben haben. Warum ist das okay?"

Daß ein Teil der Demonstranten in der Ukraine bezahlt wurde, war damals ein offenes Geheimnis. "Es gibt Leute wie den US-Milliardär George Soros, die Revolutionen finanzieren. Soros hat auch den Maidan unterstützt, hat dort Leute bezahlt — die haben in zwei Wochen auf dem Maidan mehr verdient als während vier Arbeitswochen in der Westukraine", erklärte die Ukraine-Expertin Ina Kirsch gegenüber der Wiener Zeitung.

"Es gibt genügend Belege dafür, daß sowohl auf dem Maidan als auch auf der Gegenveranstaltung, dem 'Antimaidan', Leute bezahlt wurden", so Ina Kirsch, die in Kiew vor Ort war. "Es gab Preise für jede Leistung. Ich kenne Leute, die haben morgens auf dem Antimaidan bei der Gegendemo abkassiert, sind dann rüber auf den Maidan und haben dort nochmals kassiert. Das ist in der Ukraine ja nichts Ungewöhnliches".

Fuck the EU: Das Telefonat vor dem Putsch

Der zentrale Beweis für die Beteiligung der USA am Putsch in der Ukraine ist ein abgehörtes

Telefongespräch zwischen Victoria Nuland und Botschafter Geoffrey Pyatt, das diese am 7. Februar 2014 führten, nur wenige Tage vor dem Putsch.

Nuland sagt im Telefongespräch, wer in der Ukraine nach dem Putsch die neue Regierung bilden sollte. "Ich denke nicht, daß Klitschko Teil der neuen Regierung sein sollte, ich glaube, das ist nicht nötig und keine gute Idee", bestimmt Nuland. "Ich denke, Jazenjuk ist der richtige Mann, er hat die notwendige Erfahrung in Wirtschaft und Politik."

Tatsächlich wurde Arsenij Jazenjuk nach dem Putsch Premierminister in der Ukraine. Der Ex-Boxer Vitali Klitschko mußte sich mit dem Posten des Bürgermeisters von Kiew zufriedengeben. Dies beweist, daß Victoria Nuland für die USA den Putsch plante und erfolgreich durchführte. Ban Ki-moon von der UN "könnte helfen, das wasserfest zu machen, und weißt du was, fuck the EU", sagte Nuland im abgehörten Gespräch wörtlich, was bei Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einiger Empörung führte.

Scharfschützen lassen die Lage am 20. Februar 2014 eskalieren

Ende Februar eskalierte die Situation auf dem Maidan. Am 20. Februar 2014 kam es zu einem Massaker, als nicht identifizierte Scharfschützen aus verschiedenen Häusern auf Polizisten und Demonstranten schossen, es gab mehr als 40 Tote. Chaos brach aus. Sofort wurden die amtierende Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch und seine Polizeieinheit Berkut für das Massaker verantwortlich gemacht, obschon diese kein Interesse daran hatten, daß die Lage eskalierte, da sie sich ja nicht selber stürzen wollten. "Die Welt darf nicht zuschauen, wie ein Diktator sein Volk abschlachtet", kommentierte der Boxer Vitali Klitschko, der die Regierung stürzen wollte, im deutschen Boulevardblatt Bild.

Der Regime Change war erfolgreich: Präsident Janukowitsch wurde gestürzt und floh nach Rußland. Er wurde durch den Milliardär Petro Poroschenko ersetzt, der als Präsident umgehend erklärte, er wolle die Ukraine in die NATO führen.

Obama spricht über den Putsch

Ein Jahr nach dem Putsch hat US-Präsident Obama mit CNN über den Machtwechsel in der Ukraine gesprochen, dabei aber die Rolle der USA verschleierte. "Putin wurde durch die Proteste auf dem Maidan auf dem falschen Fuß erwischt", sagte Obama. "Janukowitsch ist geflohen, nachdem wir einen Deal zur Machtübergabe ausgehandelt hatten." Daß Obama tatsächlich die Regierung in der Ukraine gestürzt hatte, erfuhren die Zuschauer von CNN nicht.

Putin spricht über den Putsch

Aber die Russen wußten, daß die USA den Putsch organisiert hatten, und waren sehr verärgert. "Ich glaube, daß diese Krise willentlich geschaffen wurde", sagte Präsident Putin gegenüber der italienischen Zeitung Corriere della Sera. Die NATO-Länder hätten den Putsch verhindern können, zeigte sich Putin überzeugt.

"Wenn Amerika und Europa zu jenen, die diese verfassungswidrigen Handlungen begangen haben, gesagt hätten: 'Wenn ihr auf eine solche Weise an die Macht kommt, werden wir euch unter keinen Umständen unterstützen. Ihr müßt Wahlen abhalten und sie gewinnen', dann hätte sich die Lage völlig anders entwickelt".

Die Sezession der Krim

Präsident Wladimir Putin hatte nicht die Absicht, die Ukraine kampflos aufzugeben. Unmittelbar nach dem Sturz von Janukowitsch gab er in den frühen Morgenstunden des 23. Februar 2014 den Auftrag, mit der "Rückholung" der Krim zu beginnen. Russische Soldaten in grünen Uniformen ohne Abzeichen besetzten am 27. Februar 2014 alle strategischen Punkte in Simferopol, der größten Stadt auf der Halbinsel Krim.

Schon am 16. März 2014 stimmten 97 Prozent der Bevölkerung der Krim für den Austritt aus der Ukraine und den Anschluß an Rußland. Seither gehört die Halbinsel Krim nicht mehr zur Ukraine, sondern zu Rußland.

Weder die USA noch Rußland haben sich im Ukrainekrieg an das Völkerrecht gehalten. Zu-

erst brach Obama das Völkerrecht mit dem Putsch am 20. Februar 2014.

Als Reaktion darauf brach auch Putin das Völkerrecht mit der Besetzung der Krim am 23. Februar 2014. Die Besetzung der Krim durch Rußland "war ein Bruch geltenden Völkerrechts ... die völkerrechtliche Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine wurden mißachtet", erklärt Dieter Deiseroth, früher Richter am Bundesverwaltungsgericht. Der Westen kritisiere Putin nun scharf, obschon er selber "in zahlreichen Fällen immer wieder gegen geltendes Völkerrecht verstoßen hat und verstößt (Kosovo, Irak, Afghanistan, Libyen, Drohnenkrieg, Guantánamo et cetera), was seine Glaubwürdigkeit schwer beschädigt hat".

Der Donbas spaltet sich ab

Nach dem Putsch in Kiew und der Sezession der Krim stürzte die Ukraine in einen Bürgerkrieg. Der neue Premierminister Arsenij Jazenjuk versuchte mit der Armee, dem Geheimdienst und der Polizei das ganze Land unter seine Kontrolle zu bringen.

Doch nicht alle Soldaten, Polizisten und Geheimdienstmitarbeiter folgten den Weisungen der Putschregierung. Im an Rußland angrenzenden russischsprachigen Osten der Ukraine erklärten die Bezirke Donezk und Lugansk, daß sie die Putschregierung in Kiew nicht anerkennen würden. Die Separatisten besetzten Polizeistationen und Verwaltungsgebäude und argumentierten, die neue Regierung habe keine Legitimität, da sie auf illegalem Wege an die Macht gelangt sei.

Premierminister Jazenjuk wies dies vehement zurück und erklärte, alle Separatisten seien Terroristen. CIA-Direktor John Brennan flog nach Kiew, um die Putschisten zu beraten. Am 15. April 2014 begann die ukrainische Armee mit Unterstützung der USA ihren "Antiterror-Sondereinsatz" und griff die Stadt Slawjansk im Bezirk Donezk mit Panzern und Schützenpanzern an. Damit begann der ukrainische Bürgerkrieg, der in acht Jahren mehr als 13.000 Tote forderte und am 24. Februar 2022 zur illegalen Invasion durch Putin führte.

Der Putsch in Kiew gibt Putin kein Recht, in der Ukraine einzumarschieren und damit das Völkerrecht zu brechen. Aber wenn wir im Westen den Putsch von 2014 ignorieren, werden wir den Ukrainekrieg nie verstehen können." <<

Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete am 8. April 2022 (x1.134/...): >>**Innenminister freut sich darüber, daß sein Rheinland-Pfalz zum Superziel von Atomwaffen wird**

Ein Artikel von *Albrecht Müller*

Wenn jemand eine Reise tut, dann kann er viel erzählen. So auch der rheinland-pfälzische Innenminister Lewentz, der vor ein paar Tagen von einer USA-Reise zurückkam. Roger Lewentz meint, sein Land habe als Drehscheibe für die Nato-Ostflanke eine "unglaubliche Bedeutungsaufwertung erfahren". Und weiter nach *zeit.de*: "Dies sei sein Eindruck nach Gesprächen mit dem Pentagon, dem State Department und mit für den Militärhaushalt verantwortlichen Kongreß-Abgeordneten in Washington, sagte Lewentz der Deutschen Presse-Agentur in Mainz."

Ich zitiere nach *zeit.de* und versuche anschließend, diese Äußerungen einzuordnen:

Rheinland-Pfalz wird nach Einschätzung von Innenminister (sic!) Roger Lewentz (SPD) als Drehscheibe für die Ostflanke der Nato eine "unglaubliche Bedeutungsaufwertung erfahren". Dies sei sein Eindruck nach Gesprächen mit dem Pentagon, dem State Department und mit für den Militärhaushalt verantwortlichen Kongreß-Abgeordneten in Washington, sagte Lewentz der Deutschen Presse-Agentur in Mainz.

Im Haushalt der US-Regierung für das Haushaltsjahr 2023 seien Investitionen von 506 Millionen US-Dollar in die Militärstandorte Baumholder und Weilerbach vorgesehen. Darüber hinaus seien für die nächsten Jahre Investitionen von mehr als einer Milliarde US-Dollar geplant.

Im Entwurf der Regierung für das Haushaltsjahr 2023 seien 207 Millionen US-Dollar für

Baumholder eingeplant, um Wohnungen für Familien und Schulen sowie ein neues Headquarter für eine zusätzliche Stationierung zu bauen. Zu der neuen Einheit machte Lewentz noch keine Angaben.

Weitere 299 Millionen Euro seien für das neue Hospital in Weilerbach vorgesehen. "Das ist das größte Militärvorhaben außerhalb der USA." Der Vertrag mit dem Generalunternehmer sei geschlossen und der Baubeginn voraussichtlich im dritten Quartal dieses Jahres. "Das ganze Bauvolumen ist natürlich deutlich höher. Aber damit ist klar, daß in diesem Jahr gestartet wird."

"Wir haben in den letzten Monaten und Jahren beweisen können, daß man über das Drehkreuz Ramstein, aber natürlich auch mit den großen Nachschubmöglichkeiten aus Kaiserslautern flexibel und schnell verlegungsfähig ist", sagte Lewentz. Dies werde in den USA gesehen.

"Das Zusammenspiel der Standorte in Rheinland-Pfalz funktioniert." Die wichtigsten Standorte seien Spangdahlem und Ramstein für die Luftwaffe (Air Force) sowie Kaiserslautern und Baumholder für die Army. Rheinland-Pfalz sei nach dem Eindruck all seiner Gesprächspartner "die bedeutende Drehscheibe, um das amerikanische Engagement an der Nato-Ostflanke durchführen zu können".

Für die Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), "das 100-Milliarden-Euro-Paket für die Bundeswehr zu packen" gebe es höchste Hochachtung. "Und das bringt uns in eine ganz andere Diskussionskultur als in den letzten Jahren der Trump-Administration", betonte Lewentz. "In Amerika setzt man sehr stark auf ein starkes Deutschland."

Versuch einer Einordnung der Äußerungen des rheinland-pfälzischen Innenministers Roger Lewentz:

Der erste sozialdemokratische Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Rudolf Scharping, führte seinen Wahlkampf im Jahr 1991 unter anderem mit der Forderung: Wir wollen nicht weiter der Flugzeugträger der USA in Europa sein. - Scharping rückte zwar nach einem Besuch in den USA von dieser Einsicht ab. Aber sie war geäußert und bestimmte das Wahlergebnis, also seinen Wahlsieg von 1991 mit.

Die Äußerungen des jetzigen Innenministers (SPD) belegen einmal mehr, wie weit diese Partei inzwischen von ihrer eigenen Friedenspolitik entfernt ist. Sie setzt auf Aufrüstung statt auf Abrüstung, sie setzt auf Politik der Stärke und Abschreckung statt auf Verständigung. Mit der Friedenspartei SPD hat das, was ihre Repräsentanten vom Schlage Lewentz heute sagen, nichts mehr zu tun.

Die Einlassungen sind, wenn man die Bedürfnisse unserer Mitbürger in Rheinland-Pfalz in Betracht zieht, auch ausgesprochen gefährlich und rücksichtslos. Es ist nämlich sonnenklar, daß ein möglicher atomarer Angriff Rußlands, der auf das immer eklatanter werdende militärische und waffentechnische Engagement des Westens im Ukraine-Krieg folgen könnte, zu allererst und mit aller Macht die in Rheinland-Pfalz versammelten militärischen Einrichtungen der USA treffen wird.

Die "unglaubliche Bedeutungsaufwertung", von der der rheinland-pfälzische Innenminister schwärmt, wird nämlich dazu führen, daß seine Landeskinder, ihre Städte und ihre Dörfer die herausragende Zielscheibe russischer Atomraketen sein werden. Das ist eine Sorge, die mich persönlich und unsere Freunde hier in der Südpfalz umtreiben. Wir leben rund 60 km Luftlinie von Ramstein entfernt. Zumindest vom radioaktiven Fall-out würden wir im Ernstfall betroffen sein. Vermutlich von mehr.

Auch den Stolz des Herrn Innenministers auf die zusätzlichen Militärausgaben der Bundesrepublik Deutschland kann ich nicht teilen, auch deshalb nicht, weil wir Deutschen einen Teil der amerikanischen Militärausgaben in Deutschland mitfinanzieren. Der Bund beteiligt sich allein an den Planungskosten des neuen Militärkrankenhauses der USA in Weilerbach mit 151 Millionen Euro.

Die Äußerungen des rheinland-pfälzischen Innenministers sind insgesamt ein weiterer Beleg für den Verfall der friedenspolitischen Ausrichtung unseres Landes. Unabhängig davon, daß es sich hier um Einrichtungen der USA handelt, ist es unglaublich, daß ein deutscher Innenminister so von Ausgaben für das Militär schwärmt, wie das der zitierte Innenminister getan hat.

Von Seiten der Medien gab es nach meinen Recherchen keine kritische Reaktion. Angepaßt und gleichgeschaltet - so die Diagnose. Leider.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. April 2022: >>**Klartext im russischen Fernsehen: "Deutsche sind Kanonenfutter im Wirtschaftskrieg"**

Die Sanktionen gegen Rußland schaden der EU enorm, dennoch arbeitet man in Brüssel schon am sechsten Sanktionspaket. Vor allem die deutsche Wirtschaft soll wohl nurmehr als Kanonenfutter im Wirtschaftskrieg dienen. Wie tickt Putin? Wie funktioniert das von ihm regierte Land? ... _ von *Thomas Röper*

In der EU wächst der Druck, auch Öl und Gas aus Rußland zu sanktionieren. Außerdem herrscht noch keine Einigkeit, ob man auf die russischen Forderungen, Gas in Rubel zu bezahlen, eingehen soll. Zumindest die EU-Kommission hat schon mitgeteilt, in einem Eingehen auf die russischen Bedingungen einen Verstoß gegen die Rußland-Sanktionen der EU sehen zu wollen.

Im wöchentlichen Nachrichtenrückblick des russischen Fernsehens hat der russische Deutschland-Korrespondent die Probleme Deutschlands schonungslos beim Namen genannt. Da es immer interessant ist, wie in Rußland über die politische Lage in Deutschland berichtet wird, habe ich den Beitrag des russischen Fernsehens übersetzt.

Beginn der Übersetzung: Die Europäer sind immer noch unschlüssig, ob sie das russische Gas in Rubel bezahlen sollen. Zu sehr sind sie damit beschäftigt, ein neues, sechstes Sanktionspaket gegen Rußland zu erfinden. Nicht einmal die Proteste, die Verarmung der eigenen Bevölkerung, der rasante Anstieg der Preise für Heizung, Benzin und Lebensmittel können sie aufhalten.

Kein Rubel, kein Gas

Moskau hat unumwunden erklärt: Wenn nicht in Rubel gezahlt wird, gibt es kein Gas. Bislang haben sich nur wenige europäische Länder bereit erklärt, das Gas in Rubel zu bezahlen und ihre Wirtschaft nicht zu zerstören. Das sind Ungarn, Bulgarien, Moldawien, Serbien und Armenien.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) erträgt die Beschimpfungen des ukrainischen Botschafters Andrej Melnyk bislang mit stoischer Ruhe.

Wofür hat man Steinmeier so beleidigt? Seit Dienstagabend, als bekannt wurde, daß der deutsche Bundespräsident nicht nach Kiew reisen darf, analysieren deutsche Politiker und Medien die Gründe für die diplomatische Demarche. Steinmeier selbst hat sich dazu nicht geäußert, er hat sich auf die Fakten beschränkt. Er äußerte:

"Mein Kollege und Freund, der polnische Präsident Duda, schlug neulich vor, daß wir gemeinsam mit den Präsidenten Lettlands, Litauens und Estlands Kiew besuchen und ein Zeichen der europäischen Solidarität mit der Ukraine setzen sollten. Ich war bereit, aber offenbar muß ich zur Kenntnis nehmen, daß dies nicht im Sinne Kiews war."

Womit hat er, der Taufpate des derzeitigen ukrainischen Regimes, seine Schützlinge verärgert? Man hat sich an Steinmeiers Befürwortung von Nord Stream 2, an seine Kontakte zu Moskau und an die auf seinen Namen lautende Steinmeier-Formel erinnert, mit der das in Kiew verhaßte Minsker Abkommen umgesetzt werden sollte.

"Beleidigung, die keiner Seite hilft"

Selbst der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz äußerte:

"Diese Beleidigung, die einen politisch-historischen Hintergrund hat, interpretiere ich als eine

emotionale Reaktion der ukrainischen Führung, die keiner Seite hilft."

Andererseits hätte es Selenskyj kaum gewagt, Deutschland zu beleidigen, ohne Washington - direkt oder indirekt - zu konsultieren, wie die Mitwirkung Polens an der Provokation zeigt. Und natürlich war das eigentliche Ziel nicht Steinmeier, sondern sein Parteiliebhaber Olaf Scholz. Der deutsche Bundeskanzler will nicht in den Krieg ziehen und wenn man dem EU-Chefdiplomaten Borrell glauben darf, dann definiert Europa den Prozeß, in den es in der Ukraine verwickelt ist, ohne Euphemismen und Halbtöne für sich selbst als Krieg.

Die Rebellion der Waffenfreunde

Der erste Vorwurf gegen Scholz lautet, daß er keine schweren Waffen in die Ukraine schicken will. Der Konzern Reinmetall hat beschlossen, sich etwas dazu zu verdienen, und erwies dem Bundeskanzler einen Bärendienst, indem er der Welt verkündete, daß er fünf Dutzend veraltete Leopard 1-Panzer und etwa 60 ebenfalls uralte Marder-Schützenpanzer auf Lager habe und daß diese Geräte noch eingesetzt werden könnten. Diese Nachricht hat bei den Koalitionspartnern, die von Scholz grünes Licht für die Lieferungen verlangen, für große Aufregung gesorgt. Der Spiegel bemerkte dazu:

"Der Kanzler steht wegen seiner zurückhaltenden Ukraine-Politik zunehmend unter Druck - in Brüssel und in Berlin. In der Koalition ist eine Rebellion ausgebrochen. In den Reihen der Partner des schweigsamen und äußerst schwachen Regierungschefs wächst das Unverständnis."

Und Anton Hofreiter, Vorsitzender des EU-Ausschusses im Bundestag, bemerkte:

"Wir beschädigen unseren Ruf in den Augen aller unserer Nachbarn. Wir müssen endlich damit beginnen, die Ukraine mit dem zu versorgen, was sie braucht, nämlich auch mit schweren Waffen. Und Deutschland muß aufhören, das Energieembargo zu blockieren, insbesondere bei Öl und Kohle."

"Flugverbotszone würde Grenze überschreiten"

Die deutschen Grünen waren so aktiv, daß im Laufe der Woche tatsächlich Gerüchte aufkamen, daß Deutschland im Begriff sei, Ausrüstung in den Donbass zu schicken, zumal sich tatsächlich Militärtransporte irgendwohin in Richtung Osten bewegten. Der Gouverneur der Region Mykolajiw twitterte aufgeregt, daß deutsche Panzer wieder durch die Ukraine rollen und auf die Russen schießen würden. Aber das Gerücht hat sich nicht bestätigt: Die Bilder, die den ukrainischen Politiker so sehr beflügelt haben, haben dem Kanzler offenbar ein so düsteres Gefühl vermittelt, daß er vorerst ein entschiedenes "Nein" abgegeben hat.

Olaf Scholz betonte hingegen:

"Lassen Sie es mich noch einmal ganz deutlich sagen. Ich bin beeindruckt, wie viele Menschen es schaffen, etwas schnell zu googeln und sofort zu Waffenexperten zu werden. Natürlich wird es in einer solchen Situation immer jemanden geben, der sagt: Ich möchte, daß sich die Ereignisse so entwickeln. Aber ich möchte einigen dieser Jungs und Mädels sagen: Ich regiere das Land, gerade weil ich die Dinge nicht so mache, wie Ihr sie haben wollt."

Es ist klar, daß Scholz mit "Junge" den Abgeordneten Hofreiter meint. Aber meinte er mit "Mädel" Außenminister Baerbock? Übrigens: Nicht alle Grünen sind gegen Scholz. Sein unerwarteter Verbündeter in der Frage der Lieferung schwerer Waffen war einer ihrer Führer, Wirtschaftsminister Habeck. An der Seite von Scholz stand erwartungsgemäß auch der angesehene christdemokratische Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer.

Er äußerte:

"Wir würden eine Grenze überschreiten, wenn wir Panzer oder Flugzeuge liefern oder gar eine Flugverbotszone einrichten. Diese Linie muß beibehalten werden."

Zum Tanken nach Weißrußland

Ein Zugeständnis an die "Kriegspartei" war die Entscheidung von Scholz, die Verteidigungsausgaben sofort um zwei Milliarden Euro zu erhöhen - ein Großteil davon für den Kauf von

Waffen für die ukrainische Armee, die keine langwierige Ausbildung erfordern. Um die zweite Forderung zu erfüllen, benötigt Herr Scholz jedoch wesentlich mehr Geld und vor allem das, wovon ihm am Wenigsten zur Verfügung steht - Zeit. Die Partner fordern ein Energieembargo. Bei der Kohle hat man sich entschieden - die Importe sollen ab Mitte August eingestellt werden -, aber wie soll man ohne russisches Öl leben?

Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis wiederum äußerte:

"Wir beginnen jetzt mit der Arbeit am sechsten Sanktionspaket. Mit Optionen beim Öl. Das bedeutet, daß wir bereits mit der Arbeit begonnen haben, um einen Konsens zu erreichen, und ich hoffe, daß es dieses Mal klappt."

Nichts als Worte

Es wird auf jeden Fall klappen. Tatsächlich hat in dem Land, dessen Diplomatie von Herrn Landsbergis geleitet wird, bereits alles geklappt, nur hört man von der litauischen Industrie schon lange nichts mehr, und die Bürger fahren zum Tanken nach Weißrußland.

Man kann wohl sagen, daß Deutschland, seiner Wirtschaft und seinen privaten Haushalten, so ein Sieg über die Russen nicht gefallen wird. Zudem hat die OPEC in dieser Woche schwer enttäuscht; die Organisation erdölexportierender Länder wird nicht in der Lage sein, den Rückzug Rußlands aus dem Markt zu kompensieren, und die Ratingagentur Moody's rechnet damit, daß der Ölpreis in diesem Fall sofort auf 160 Dollar pro Barrel steigen wird. Berlin will eine schrittweise Strategie für den Ausstieg aus dem russischen Öl ausarbeiten, aber bisher sind das nur Worte.

Die Lage auf dem Gasmarkt ist noch unsicherer und droht die EU zu spalten - die Frist für die Umstellung auf den Rubel rückt näher. Die Europäische Kommission hat diese Woche eine Stellungnahme abgegeben, wonach dies gegen die EU-Sanktionspolitik verstößt, die auf eine Abwertung der russischen Währung abzielt. Man kann nur festhalten: Ja, die EU hat mit diesem Teil der Sanktionen ein großes Problem.

So erklärte der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer:

"Österreich steht mit seinem Widerstand gegen das Gasembargo nicht alleine da. Deutschland, Ungarn und andere EU-Mitgliedstaaten sind der gleichen Meinung. Auf der anderen Seite unterstützt Österreich gemeinsam mit den EU-Staaten mit Nachdruck Sanktionen gegen Rußland. Aber die Sanktionen sollten Rußland stärker treffen als die EU."

Und Ungarns Außenminister Peter Szijjártó sagte:

"Für uns gibt es eine rote Linie: Ungarns Energiesicherheit. Deshalb haben wir beschlossen, daß wir keine Sanktionen gegen Öl und Gas unterschreiben können."

Kampf um das Gas Katars

Wenn die Lieferung von russischem Gas beendet wird, wird die deutsche Wirtschaft in den nächsten zwei Jahren rund 220 Milliarden Euro verlieren. Sie würde sie auch dann verlieren, wenn sie eine Art Ersatz für die wegfallenden Mengen findet, denn es wird nie einen so günstigen Preis geben, wie ihn Gazprom anbieten kann. LNG aus Australien oder Kolumbien kann nicht dasselbe kosten wie Pipelinegas aus Rußland. Übrigens hat China seine LNG-Käufe im Vergleich zum Vorjahr mehr als verfünffacht, so daß es auch hier zu einem Kampf um Gas aus Katar kommen wird. Insgesamt sind strenge Selbstbeschränkung und Sparsamkeit in den kommenden Jahren der Schlüssel zu ihrem Überleben.

Robert Habeck, Wirtschaftsminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, äußerte:

"Ich bitte alle, ihren Beitrag zum Energiesparen zu leisten. Als Richtwert würde ich versuchen, 10 Prozent zu sparen, das ist machbar. Wenn Sie Ihre Wohnung heizen und abends die Vorhänge schließen, können Sie bis zu 5 Prozent Energie sparen. Und wenn Sie die Raumtemperatur um ein Grad senken, sind das etwa 6 Prozent. Natürlich ist das nicht so gemütlich, aber niemand friert. Eine Situation, in der es Versorgungsprobleme gibt oder Unternehmen

schließen müssen, wäre ein wirtschaftspolitischer Alptraum."

Er ruft seine Mitbürger fast jede Woche zum Sparen auf, also mit der gleichen Häufigkeit, mit der zum Beispiel Großbritannien lügt. Um den Sanktionswahn auf dem Kontinent aufrechtzuerhalten, verspricht National Grid, den Transit von in Norwegen gefördertem Gas zu erhöhen, aber wie sich Großbritannien in einer Krise tatsächlich verhält, konnte man auf dem Höhepunkt der Pandemie sehen, als es der Europäischen Kommission erfolgreich alle Impfstoffe vor der Nase weggeschnappt hat. Und eine Treibstoffkrise hat Großbritannien bereits. Die Inflation explodiert, im März lag sie bei 7 Prozent. Das hat es seit 30 Jahren nicht mehr gegeben. Und das gilt für ganz Europa.

Christine Lagarde, die Präsidentin der Europäischen Zentralbank äußerte dazu:

"Die Inflation stieg im März auf 7,5 Prozent gegenüber 5,9 Prozent im Februar. Die Energiepreise sind seit Beginn des Krieges gestiegen und liegen jetzt 45 Prozent höher als vor einem Jahr."

Ab in die betreute Armut

Und Friedrich Merz ist überzeugt:

"Den Höhepunkt unseres Wohlstands haben wir wahrscheinlich ohnehin schon lange hinter uns gelassen. Die Situation wird immer schwieriger. Das muß nicht nur ich als Oppositionsführer, sondern auch Bundeskanzler Olaf Scholz der Bevölkerung sagen."

Das Ende der Ära des Wohlstands, es ist schon lustig, daß diese Diagnose von dem Multimillionär und Parteivorsitzenden der CDU gestellt wird, der die Interessen des mittleren und Großkapitals vertritt. Aber im Grunde ist der öffentliche Pessimismus richtig. Die Inflation in Deutschland wird von den Verbrauchern bereits als 14 Prozent empfunden, also doppelt so hoch, wie sie tatsächlich ist, was bedeutet, daß der Frustrationsgrad schneller steigt als der reale Lebensstandard sinkt. Und da kommen einem verschiedene unglückliche Gedanken in den Sinn.

Die Süddeutsche Zeitung schreibt:

"Was ist die Doppelmoral heute? Es geht darum, den russischen Angriff zu verurteilen, aber das Gasembargo abzulehnen. Es geht darum, den Krieg in Europa zu verurteilen, aber den Krieg im Rest der Welt zu übersehen. Sie verurteilen die russische Propaganda, schweigen aber zum Irakkrieg, der auf Lügen aufgebaut war. Es geht darum, Putins Gas zu verteufeln, aber vor den Emiraten zu kriechen. Und man muß auf jeden Fall zugeben, wie man von Putin, den überzogenen Forderungen Rußlands und der russischen Seele selbst in die Irre geführt wurde."

Das Zitat aus der deutschen Zeitung klingt wie eine Aufforderung, über die eigenen Fehler nachzudenken.

Und natürlich kann man nachdenken, aber man kann nichts ändern. Der Untergang ist ein Gefühl, das sich langsam in der deutschen Gesellschaft breit macht. Die Situation mit Steinmeier, die ständigen Vorwürfe der Schwäche gegen Kanzler Scholz, der Riß in der Koalition, der Druck von denen, die die Deutschen als Verbündete betrachten - allmählich versteht man die eigene Rolle im Konflikt zwischen dem Westen und Rußland. Um es ganz offen zu sagen: Auch ein Wirtschaftskrieg braucht Kanonenfutter. ...<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 11. Mai 2022 über die Macht des Geldes (x1.141/...): >>**Plutokraten transformieren die Welt in einen internationalen Totalitarismus**

Im Laufe der vergangenen hundert Jahre haben die Reichsten der Welt eine ungeheure wirtschaftliche und politische Macht aufgebaut. Diese machtbesessene Gruppe von Plutokraten ist auf dem besten Wege, die Welt hinter dem Vorhang von Pandemiebekämpfungen in einen internationalen Totalitarismus zu verwandeln.

Die Demokratie-Versuche vieler Staaten sind in weiten Teilen jetzt schon ausgehöhlt und sol-

len mit dem "Great Reset" ganz abgeschafft werden. Wolfgang Effenberger zeigt in einem Gastbeitrag diese besorgniserregende Entwicklung auf, die nur aufgehalten werden kann, wenn die medial auf das Virus gebannte Bevölkerung endlich aufwacht. (hl)

Die plutokratische Transformation (1913-2030)

von Gastautor *Wolfgang Effenberger*

Für den Historiker David Engels steht die europäische Demokratie unwiderruflich am Abgrund, Europa führt nach seiner Einschätzung einen schweren Kampf um die Aufrechterhaltung seines ureigenen Wesens, das von innen durch Universalisten oder Fundamentalisten und von außen durch außereuropäische Weltmächte bedroht ist.

Er vergleicht verschiedene Aspekte der jetzigen EU mit Niedergangs-Symptomen der Römischen Republik und findet beklemmende Analogien: Der Untergang vor über 1.500 Jahren wurde begleitet von Werteverlust, Dauerkrise, Reformstau und steigenden Kosten durch eine ausufernde Bürokratie. Zugleich entwickelte sich das Römische Reich zu einem autoritären Imperium.

Der Macht des Geldes ausgeliefert

Seit Bestehen der USA lehnten durchweg alle Präsidenten vor 1913 eine Zentralbank strikt ab. Das änderte sich erst mit der Wahl von 1912. Theodore Roosevelt, auf den Nominierungsparteitag dem amtierenden Präsidenten Taft unterlegen, gründete damals flugs eine dritte Partei, die "Bull Moose Third Party". Davon profitierte dann Woodrow Wilson, der als lachender Dritter mit nur 42 % der Stimmen Präsident wurde. Zum ersten Mal zog kein Jurist und kein General in das Weiße Haus, sondern ein Universitätsprofessor.

Obwohl die allgemeine Stimmung dagegen war, den Banken die Kontrolle über die Währung zu überlassen, versuchte Wilson nun das "Federal Reserve Banking System" als progressive Maßnahme hinzustellen. Weitgehend unbemerkt von der amerikanischen Öffentlichkeit passierte dann am 23. Dezember 1913 der "Federal Reserve Act" den Kongreß und wurde noch am gleichen Tag von Wilson unterschrieben. Damit verzichtete der Kongreß auf die Macht, Geld zu drucken, und übertrug diese Aufgabe internationalen Bankiers, die für dieses Gesetz reichlich Lobbyisten-Gelder hatten fließen lassen.

Zu den leidenschaftlichen Gegnern des Gesetzes zählte der Kongreßabgeordnete Charles Lindbergh. Er warnte davor, daß durch dieses Gesetz der größte Trust auf Erden etabliert würde und dadurch Exekutive und Legislative der USA der Macht des Geldes ausgeliefert wären.

Der Kongreßabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Banken und Währung in den Jahren 1920-1931, Louis T. McFadden, sah im Nachhinein die Befürchtungen Lindberghs bei weitem übertroffen: Ein Super-Staat wird durch miteinander agierende internationale Bankiers und Industrielle kontrolliert und die Welt zu deren eigenem Vergnügen versklavt.

Spätestens seit der Bankenkrise von 2008 erscheint die "Finanzwirtschaft" als ein von Notenbanken und Politik koordiniertes elitäres Geldbeschaffungssystem. Gigantische Verluste krimineller Spekulationen wurden von steuerfinanzierten "Rettungsschirmen" aufgefangen.

Aus dem Nichts geschaffenes Geld ohne reale Deckung, das sogenannte "Fiat-Money", dient dazu, den Reichtum einiger Weniger noch weiter zu vermehren. Im Zentrum agiert die US-Zentralbank. Dieses Geldsystem ermöglicht es, fast jede Regierung und Institution auf dem Planeten zu korrumpieren bzw. in die gewünschte politische Richtung zu "dirigieren". Nach vielen Jahren immer größerer Schuldenexpansion steht die Weltwirtschaft am Rande des Zusammenbruchs, die Gesundheitskrise dient nun als Vorwand, um die Geldschöpfung noch weiter zu steigern.

2020: Mit Schrecken und Furcht in den "Great Reset"?

Mit dem Auftauchen des neuartigen Covid-Virus Ende 2019 wurden weltweit Maßnahmen ergriffen, die sich außer den Akteuren - hier sei u.a. an das Planspiel 201 erinnert - niemand

vorher auch nur im Ansatz hatte vorstellen können. Neben dem globalen Aufbau von autokratischen Strukturen wurde in einem ungeheuren Ausmaß Geld geschöpft und damit die Schuldenblase monströs ausgeweitet - bei steigendem Aktienmarkt (!).

Die Zeitlinie dieser Entwicklung geht über die Ereignisse von 9/11, welche den NWO-Akteuren die einmalige Gelegenheit boten, die Verfassung mit ihren vorformulierten "Patriot Acts" auszuweiten, und die beiden Weltkriege, von denen vor allem amerikanische Banker und Rüstungsindustrielle profitierten, bis zur Gründung der Federal Reserve im Jahr 1913 zurück.

Deren Netzwerke schöpften nicht nur über viele Jahre den Reichtum aus der Gesellschaft ab; sie konnten in Zusammenarbeit mit großen internationalen Institutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandels- und Weltgesundheitsorganisation und Vereinte Nationen sowie mit nationalen Zentralbanken und großen Finanzinstitutionen, militärisch-industriellem Komplex und Big Pharma alle Mainstream-Medien und fast alle Länder samt ihren Politikern kontrollieren. Dieser Hintergrund mag erklären, warum die Pandemie es möglich macht, daß bis auf wenige Ausnahmen global alle im Gleichschritt marschieren.

Vor angstschürenden Bildern mit nach Luft schnappenden Patienten und aufgestapelten Särgen kündigte der Gründer des "World Economic Forum" (WEF), Klaus Schwab, im Juni 2020 für den Januar 2021 einen "einzigartigen Zwillingsgipfel" zur globalen Gesundheitskrise in Davos unter dem janusköpfigen Motto "The Great Reset" an. Diesen "großen Neustart" definierte der Bilderberger Schwab als "Verpflichtung, gemeinsam und dringend die Grundlagen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems für eine gerechtere, nachhaltigere und widerstandsfähigere Zukunft zu schaffen".

Im Sinn der 2015 beschlossenen UN-Agenda 2030 soll ein ganz spezifischer Umbau - mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit - vorangetrieben werden. Ziel ist eine "nachhaltige Welt" mit gleichen Einkommen, mit einer Gleichstellung der Geschlechter und mit für alle verfügbaren Impfstoffe dank der Weltgesundheitsorganisation und CEPI.

Bei der Präsentation des "Großen Neustarts" arbeitete Schwab geschickt mit der Angst um den Planeten und rückte den Klimawandel und die grüne Agenda in den Mittelpunkt: "Wir haben nur einen Planeten und wir wissen, daß der Klimawandel die nächste große Katastrophe sein könnte, mit noch dramatischeren Folgen für die Menschheit."

Um zu unterstreichen, wie grün und nachhaltig seine Ziele sind, ließ das WEF den englischen Thronfolger Prinz Charles auftreten, der mit Blick auf die globale Covid-19-Katastrophe sagte: "Wenn wir eine einzelne zentrale Lektion aus dieser Krise mitnehmen, dann die, daß wir die Natur in den Mittelpunkt unseres Tuns stellen müssen. Wir dürfen schlichtweg keine Zeit mehr verlieren."

Mit dieser Inszenierung suggerierte Schwab, daß strikte Corona-Einschränkungen für den Kampf gegen den Klimawandel genutzt werden können. (Inzwischen wird bereits ein regelmäßiger Lockdown im Sinne des Klimas gefordert.) Weiter schwebt dem WEF-Chef vor, daß die enormen Konjunkturprogramme, welche die EU, die USA, China und andere Länder gerade verabschiedet haben, für den Aufbau einer neuen Wirtschaft genutzt werden, die "widerstandsfähiger, gerechter und auf lange Sicht nachhaltiger ist".

Diese hehren Ziele sollen von einer Finanz- und Wirtschaftselite umgesetzt werden, die den heutigen Zustand zu verantworten hat? Einer Elite, die sich nun auf einmal Sorgen um das Weltklima macht und im Privatjet anreist? 2019 jedenfalls sollen nach den Analysen des Unternehmens "Air Charter Service" rund 1.500 private Flieger rund um den Gipfel gelandet sein.

Umbau der Welt

Die Corona-Krise ermöglicht mittels eines sogenannten "Resets" den Umbau der Welt in eine digitale Diktatur. Das "World Economic Forum" hat im Oktober 2020 ein Weißbuch heraus-

gegeben: "Neuaustrichtung der Agenda für die Zukunft der Arbeit: Disruption und Erneuerung in einer Post-COVID-Welt".

Für dieses Papier haben sich mehr als 200 hochrangige Führungskräfte globaler Arbeitgeber, Bildungstechnologie-Anbieter, Akademiker und Regierungsvertreter aus neun Branchen zusammengesetzt, "um eine relevantere und integrativere "neue" Zukunft der Arbeit nach der Pandemie zu schaffen".

Dieses Papier liest sich - wie alle Weißbücher - sehr positiv und läßt wenig Kritik zu. Doch sollten die Absichten rund um das WEF nicht unterschätzt werden:

Schon 2016 hatte das WEF in einem Werbevideo 8 Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030 zusammengefaßt:

Die Menschen sind besitzlos. Güter sind kostenlos oder werden vom Staat geliehen.

Die USA werden als führende Supermacht abgelöst - eine Handvoll Länder wird dominieren.

Organe werden nicht transplantiert, sondern gedruckt.

Der Fleischkonsum wird minimiert werden.

Massive Vertreibung von Menschen wird stattfinden mit Milliarden von Flüchtlingen.

Zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes wird global ein exorbitanter Preis festgelegt.

Die Menschen können sich darauf vorbereiten, zum Mars zu fliegen ...

Das westliche Wertesystem wird bis zum Zerreißen belastet ...

Damals brachte Papst Franziskus in seiner Ansprache auf dem "Fortune-Time-Global-Forum" ähnliche Gedanken zum Ausdruck: "Wir brauchen jetzt keinen abstrakten neuen Gesellschaftsvertrag, sondern konkrete Ideen und entschlossenes Handeln, das allen Menschen zugute kommt und eine Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit gibt."

Antwort auf die drängenden Fragen finden sich beim WEF und beim "Council for Inclusive Capitalism" (Rat für inklusiven Kapitalismus), einer gemeinnützigen Organisation zur Förderung eines "humanen" Kapitalismus. Auf seiner Website verweist dieser Rat stolz darauf, daß er 10,5 Billionen Dollar an Vermögen verwaltet, 2,1 Billionen in Marktkapitalisierung hält und 200 Millionen Arbeiter in 163 Ländern vertritt. Gegründet wurde die Organisation von Lynn Forester De Rothschild, zugleich auch CEO. Hauptunterstützer sind die Ford Foundation und E. L. Rothschild. Am 8.12.2020 kündigte dieser Rat eine neue Partnerschaft zwischen dem Vatikan und Wirtschaftsführern aus aller Welt an.

Was für eine merkwürdige Allianz!

Für den deutsch-amerikanischen Autor und Wirtschaftsjournalisten William Engdahl handelt es sich bei dem "Rat" "wohl um eine der zynischsten und mit Blick auf die Teilnehmer gefährlichsten Schwindeleien, seit der Weltwirtschaftsforum-Guru und Henry-Kissinger-Protegé Klaus Schwab den "Großen Neustart" für die kapitalistische Weltordnung ausgerufen hat." Der "Neustart" wird in eine Welt totaler Kontrolle und Unterordnung unter die Diktatur des digital-finanziellen Komplexes führen.

Am 29. Dezember 2020 verabschiedete der Vatikan ein 20-Punkte-Papier zu Corona-Impfungen und forderte katholische Institutionen auf, sich an der weltweiten Impfkampagne zu beteiligen. Dieses Papier liegt voll auf der Linie von Bill Gates. Impfmittel, die mit Hilfe abgetriebener Föten hergestellt werden, wurden ausdrücklich zugelassen. Impfgegner werden als unsozial kritisiert, da die verweigerte Immunisierung zum Risiko für andere werden könnte.

Durch den Schulterschuß mit den weltweiten Bestrebungen der Macht- und Finanzelite begibt sich Papst Franziskus auf ein Terrain, das seinem offiziellen Auftrag und seinem Amt diametral entgegensteht. Von der Botschaft Jesu Christi, der sich nie auf die Seite der Mächtigen gestellt hat, daß Demut und Liebe der Kern des Glaubens seien und nicht der Kampf gegen vermeintliche Schädlinge, ist diese Haltung weit entfernt.

"Build back better"

Inzwischen wurde von Biden der Slogan "Build back better" ausgegeben und gleich von Greta

Thunberg, Gates, Clinton und Obama öffentlichkeitswirksam nachgeehot. Dabei haben Clinton und Biden 1999 die Ausplünderung der Erde mit der Aufhebung des Trennbankensystems erst möglich gemacht - die Folge war ein unkontrollierter Raubtier- und Spekulationskapitalismus, der in die Bankenkrise 2007/8 führte. Unter Obama/Biden wurden die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Die Banken wurden mit gigantischen Hilfspaketen aus Steuergeldern gerettet.

Clinton ist auch verantwortlich für den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien und Obama für die illegalen Kriege gegen Libyen und Syrien.

Wir brauchen keinen Rückbau durch Politiker, die diesen Planeten ruiniert haben, wir brauchen eine Zukunft, in der sich unser Planet von Krieg und Ausbeutung erholen kann!

Ausblick

Das Jahr 2020 könnte als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem eine kleine Wirtschafts- und Finanzelite mit der im Irakkrieg angewendeten US-Taktik der Schockwirkung ("Shock and Awe") den Gegner, also den Rest der Menschheit, nachhaltig verunsicherte, weitgehend willenlos machte und in Ketten legen konnte.

Kernziel der Vertreter einer NWO - Bilderberger, Club of Rome, CFR, Trilaterale Kommission und die diversen Foundations (Rockefeller, Ford, Bill & Melinda Gates, Clinton, Soros usw.) - dürfte die Zerstörung der bisherigen Gesellschaftsstrukturen sein. Wirtschaftlich geht es dabei um die Zerstörung von Eigenständigkeit und regionaler Versorgung, gesellschaftlich um das Aufweichen traditioneller und familiärer Bindungen sowie der Einbettung in Vereine und kulturelle Gemeinschaften.

Die Vision einer Welt von isolierten, bindungsarmen und finanziell wie psychisch abhängigen Einzelpersonen läßt Erinnerungen an die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts aufkommen. Die Menschen, die das "Dritte Reich" oder die Diktaturen in Osteuropa erlebt haben, erkennen in den Demonstrationsverboten, Reisebeschränkungen, Zensur und Diffamierungen, die bis zum Existenzverlust gehen, durchaus Parallelen und äußern sich oft auch kritisch und besorgt.

Der Großteil der im Wohlstand aufgewachsenen deutschen Bildungsbürger läßt sich dagegen durch immer mehr zu Propagandainstrumenten verkommene Medien und deren Frontorganisationen wie "Faktencheck" oder "Correctiv" manipulieren. Die Kollateralschäden der rigiden Corona-Maßnahmen werden ausgeblendet, die Fassade steht ja noch! Dabei gibt es schon Nachbarn, die kein Einkommen mehr haben oder keine Perspektive, Firmen, die insolvent sind und völlig isolierte alte Menschen.

Zur Transformation Europas gehört auch die gezielte Entwurzelung einerseits und die Überfremdung andererseits durch Migration. Einige alte weiße Multimilliardäre - die im Übrigen auch hinter Organisationen wie "Black Lives Matter" stehen und sie finanzieren - wollen Gott spielen und mittels KI und Transhumanismus den Menschen mit der Maschine verschmelzen. Das bedeutet die totale Kontrolle.

Der Weg dahin geht über soziale Distanz und menschliche Entfremdung hin zu einer Verschmelzung des westlichen Neoliberalismus mit der modernen Form des chinesischen Kommunismus. Die forcierte Impfung incl. Diffamierung der Kritiker und Deklassierung der Nichtgeimpften ist bereits ein Mittel dazu.

Bei den mRNA-Injektionen liegt der Verdacht nahe, daß die Impfkation in eine genetische Manipulation münden könnte. Fällt es den Menschen nicht auf, daß Informationen unterdrückt und sogar Wissenschaftler von internationalem Rang diffamiert werden, die Voraussetzungen für eine freie, demokratische Gesellschaft also nicht mehr gegeben sind?

Sogar der Publizist Heribert Prantl hofft, daß die Gesellschaft aufwacht. Er beobachtet mit Sorge, daß schon derjenige, der Grundrechte verteidigt, sich wappnen muß.

Schon der Schriftsteller und Politiker Ferdinand Lassalle (1825-1864) schrieb:

"Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist."

Die Demokratie ist in weiten Teilen jetzt schon ausgehöhlt und soll mit dem Reset ganz abgeschafft werden. Eine machtbesessene Gruppe von Plutokraten steuert hinter dem Vorhang der Pandemiebekämpfung auf einen internationalen Totalitarismus zu - und das weitgehend unbemerkt von einer schlafenden und gebannt auf das Virus starrenden Öffentlichkeit.

Wolfgang Effenberger, Jahrgang 1946, ehemaliger Offizier der Bundeswehr, setzt sich als Autor seit Jahrzehnten engagiert für den Frieden ein. Wichtige Bücher von ihm zum Thema: "Wiederkehr der Hasardeure" (2014, Koautor Willy Wimmer) und "Schwarzbuch EU & NATO" (2020).

Im April 2022 erschien von ihm das Buch "Die unterschätzte Macht: Von Geo- bis Biopolitik - Plutokraten transformieren die Welt", von dem der obige Artikel gewissermaßen eine gedrängte Zusammenfassung ist. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Mai 2022: >>**Davos: Habeck fordert die Neue Weltordnung**

Von *Sven Reuth*

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) beschreitet beim Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos genau die Pfade, die schon die frühere Kanzlerin Angela Merkel (CDU) beschritten hat. Klaus Schwab und sein WEF treiben den Great Reset voran.

Robert Habeck ist der Sonnyboy der deutschen Politik. Die Welt bezeichnet ihn schon als "Reservekanzler". Tatsächlich ist Habeck in den Medien weit präsenter als der eigentliche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Seine Partei, die Grünen, konnte bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen spektakuläre Zugewinne verbuchen, während die SPD, die in beiden Ländern früher traditionell stark war, abstürzte.

"Denkt das Undenkbare"

Auch beim derzeit tagenden Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos zieht Habeck das Interesse der Journalisten auf sich. Es ist schon gar kein Thema mehr, daß hier der Vertreter einer früheren Anti-Establishment-Partei auf dem Podium sitzt. Jeder weiß: Die Grünen sind das neue Establishment. Keiner wundert sich mehr darüber, daß ein grüner Spitzenpolitiker wie Habeck gegenüber einem Journalisten das Emirat Katar, dessen immenser Wohlstand alleine auf der Förderung fossiler Rohstoffe beruht, gegenüber einem Journalisten in Schutz nimmt und davor warnt, die Moral nur punktuell gegen diesen Staat anzuwenden.

Eine merkwürdige Aussage, denn genau das machen die ökonomischen und politischen Eliten Deutschlands derzeit doch gerade gegenüber Rußland. Bei einer Podiumsdiskussion mit dem indischen Energieminister Hardeep Singh Puri, dem Vorsitzenden der Internationalen Energieagentur Fatih Birol sowie zwei Managern der Energieindustrie redet der Grünen-Politiker dann Klartext. Er betont:

"Wenn das eine Zeitenwende ist, dann müssen sich auch die Regeln ändern. Denkt das Undenkbare."

In Merkels Spuren

Innerhalb weniger Wochen müßten Abhängigkeiten abgebaut werden, die innerhalb von Jahrzehnten gewachsen sind. Dazu gehöre es, "in Lichtgeschwindigkeit" Flüssiggasterminals zu bauen. Der Gewinner dieser Entwicklung sind die USA, die ihr völlig überteuertes Fracking-Gas dann auch in Deutschland verkaufen können. Das sagt Habeck bei seinem Auftritt in Davos natürlich nicht.

"Es geht um eine neue Energiesicherheit", betont der Grünen-Politiker. Und dann geht er noch weiter und sagt: "Wir brauchen eine neue Weltwirtschaftsordnung". Und genau darum geht es schließlich bei dem vom Weltwirtschaftsforum ausgerufenen WEF, dessen Leitmotto nicht umsonst "Dir wird nichts gehören und Du wirst glücklich sein" lautet.

Mit seinen Aussagen wandelt Habeck in den Spuren der bis zum Dezember vergangenen Jahres regierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Diese hatte auf ihrer letzten großen internationalen Konferenz - der Glasgower Klimakonferenz im Herbst 2021 - geäußert:

Wir werden mit staatlichen Aktivitäten alleine nicht vorankommen, sondern es geht um eine umfassende Transformation unseres Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens.

Einer ähnlich martialischen Bildsprache hatte sich Merkel schon beim Weltwirtschaftsgipfel 2020 in Davos bedient, als sie eine "Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß" angekündigt hatte. Die Abläufe in der Stahlproduktion und im Maschinenbau müsse man "vollkommen umstellen", hatte Merkel damals noch betont. In Habeck scheint Merkel nun einen würdigen Nachfolger gefunden zu haben.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22623" berichtete am 25. Mai 2022 (x1.140/...): >>**Stiftungen - Die Machtinstrumente des Geldadels**

Wußten Sie, daß Stiftungen auch milliardenschwer und damit sehr mächtig sein können? Deshalb gilt es genau darauf zu achten, wozu milliardenschwere Stiftungen ihr Geld einsetzen. Thomas Röper, Betreiber des medienkritischen Portals Anti-Spiegel, deckt in seinem Buch "Inside Corona" unter anderem auf, welche hintergründigen Ziele mit Gründungen von Stiftungen und NGO's oftmals verfolgt werden.

Stiftungen sind jedem von uns bekannt: wissenschaftliche, religiöse oder kulturelle Stiftungen, Stiftungen für Natur- und Tierschutz oder einfach gemeinnützige Stiftungen. Wußten Sie, daß Stiftungen auch milliardenschwer und damit sehr mächtig sein können? Die reichste Stiftung der Welt dürfte mit einem geschätzten Vermögen von ungefähr 73 Milliarden US-Dollar die international agierende dänische Novo Nordisk Foundation sein. Sie konzentriert sich auf medizinische Behandlung und Forschung.

Wie heißt es doch so trefflich: "Geld regiert die Welt." Mit anderen Worten: Geld bedeutet Macht. Deshalb gilt es genau darauf zu schauen, wozu milliardenschwere Stiftungen ihr Geld einsetzen. Eine sogenannt gemeinnützige Stiftung zu gründen kann nämlich der ideale Schachzug sein, einerseits Macht auszuüben und andererseits sich selbst einen Anstrich der Wohltätigkeit und Selbstlosigkeit zu verpassen.

Thomas Röper, Betreiber des medienkritischen Portals Anti-Spiegel, deckt in seinem Buch Inside Corona auf, wie das geht und welche hintergründigen Ziele mit Gründungen von Stiftungen und NGO's (Non-Governmental Organization) oftmals verfolgt werden:

Zweck 1: Die Stiftung als Mittel zur Steuereinsparung

Nehmen wir an, Sie hätten eine große Firma, die Millionen oder Milliarden an Gewinn macht. Sie müßten dann auch Millionen (oder gar Milliarden) an Steuern zahlen, und das finden Sie doof. Was also tun?

Ganz einfach: Sie gründen eine Stiftung (Foundation) und überführen Ihr Vermögen in diese Stiftung. Die Stiftung ist von der Steuer befreit, und Sie haben Millionen oder gar Milliarden an Steuern gespart, die Sie sonst jährlich zahlen müßten.

Der Nachteil ist, daß Ihnen das Geld nicht mehr gehört, es gehört der Stiftung. Das ist aber kein Problem, denn wichtig ist nicht, wem das Geld gehört, sondern wer darüber verfügen darf. Ein Beispiel: Wenn Sie in den Urlaub auf die Malediven wollen, dann ist das nun kein Urlaub mehr, sondern eine Studienreise oder eine Dienstreise zur Förderung der Völkerverständigung, und die Stiftung bezahlt die Reise.

... Im richtigen Leben haben Bill Gates, George Soros, Rockefeller und all die anderen "Wohltäter" genau das getan: Sie drücken sich vor den Steuern und nutzen ihr Geld für politischen Einfluß.

Wer mehr über diese "Wohltäter" erfahren will, dem sei das Buch "Inside Corona" zur Lektüre empfohlen.

Zweck 2: Vermehrung des Vermögens durch die Stiftung

Mit Stiftungen kann man aber nicht nur Geld sparen - es läßt sich auch vermehren!

Wie das geschieht, entlarvt Thomas Röper an zwei prominenten Beispielen:

1. Die Bill & Melinda Gates Foundation

Diese Stiftung wurde 1999 gegründet und hatte 2001 ein Vermögen von ca. 55 Milliarden US-Dollar. Laut Thomas Röper waren es 2021 fast 130 Milliarden US-Dollar und damit mehr als das Doppelte! Egal also, wie viel Geld die Stiftung für "gemeinnützige Ziele" ausgibt, das Geld wird nicht weniger, sondern mehr. Das Buch "Inside Corona" deckt auch ein konkretes Beispiel auf, an dem sich offenbart, mit welchem Kalkül die Stiftung in der Coronakrise ihr Geld einsetzte:

"Als Bill Gates 2019 Aktien der kleinen und unbekannteren Firma BioNTech gekauft hat, da hieß es in den Medienberichten darüber, Bill Gates unterstütze eine vielversprechende Firma finanziell. Das ist Blödsinn, es war ein Investment und keine Spende, wie die Medienberichte suggeriert haben. Wenn jemand Aktien kauft, ist er kein Spender, sondern ein Investor, der darauf setzt, daß die Firma in der Zukunft Gewinne macht und daß die Aktienkurse steigen werden.

Und als Bill Gates im Mai 2020 bei einer Geberkonferenz der EU 100 Millionen gespendet hat, war das reine PR, denn Bill Gates wußte, daß ein sehr großer Teil der insgesamt 7,4 Milliarden wieder an ihn zurückfließen würde, weil Pfizer und BioNTech einen Großteil aus diesem Topf bekommen würden, und an beiden Firmen ist Bill Gates beteiligt. Heute wissen wir, daß BioNTech und Pfizer den Löwenanteil des Geldes bekommen haben. Mehr noch: Die EU hat im Mai 2021 bekannt gegeben, nur noch die Impfstoffe von BioNTech/Pfizer zu kaufen und auch gleich eine Bestellung über 1,8 Milliarden Impfdosen verkündet.

Bei dem geschätzten Preis von knapp 20 Dollar pro Impfdosis überweist die EU 36 Milliarden Dollar an Pfizer und BioNTech. Da kann man vorher aus PR-Gründen auch mal 100 Millionen spenden, das gibt ordentlich gute Presse und das Geld kommt ja eh wieder zurück." Anzuführen ist hier noch, daß der Großteil dieser 7,4 Milliarden Euro, welcher zwecks Impfstoffentwicklung an die Impfstofffirmen geflossen war, aus Steuergeldern bestand. Mit anderen Worten: Die angeblich wohltätige Bill & Melinda Gates Foundation hat von Steuergeldern profitiert!

Open Philanthropy

Diese NGO wurde vom US-amerikanischen IT-Unternehmer und Milliardär Dustin Moskovitz und seiner Frau Cari Tuna gegründet. Obwohl es das Ziel von Open Philanthropy - kurz Open Phil - ist, "so effektiv wie möglich zu spenden", ist erstaunlicherweise das Vermögen seit 2014 von geschätzten 8,1 Millionen US-Dollar auf heute (Stand 2021) fast 28 Milliarden US-Dollar angewachsen.

Auch diese NGO zeigt lehrbuchmäßig, wie man das eigene Kapital vermehrt und dabei noch als Wohltäter dasteht. Hierzu ein weiterer Auszug aus "Inside Corona":

"2019 hatte Open Philanthropy eine gute Idee und hat im Januar 2019 die Gründung einer Firma namens Sherlock Biosciences ermöglicht. Open Philanthropy ist der Hauptinvestor der Firma und hat ihr außerdem eine Spende in Höhe von 17,5 Millionen Dollar zukommen lassen. Der Zweck der Spende vom Januar 2019 war:

'Unterstützung der Entwicklung einer Diagnoseplattform zur Identifizierung aller in einer Patientenprobe vorhandenen Viren.'

Das Investment und die Spende haben sich gelohnt, denn Sherlock war 2020 die erste Firma, die in den USA die Zulassung für einen CRISPR-basierten Test für Covid-19 erhielt. ... Open Philanthropy hatte den Erfolg des Projekts per Lobbyarbeit im US-Senat gesichert.

... Man sieht also, daß die Spenden die Investments unterstützen sollten, damit diese sich rentieren. Man lobbyiert ein Thema, spendet Geld zur Forschung, macht Lobbyarbeit dafür und

ist gleichzeitig an den Firmen beteiligt, die dann daran verdienen. So sieht es aus, wenn Philanthropen ihr Geld in Stiftungen einbringen, um dann großzügig die Welt zu retten."

Wir sehen: Auch hier wurde von Steuergeldern profitiert, denn die Kosten für die Tests wurden auch in den USA schlußendlich von der Bevölkerung bezahlt. Die beschriebene Praxis entlarvt endgültig die häßliche Fratze solcher sogenannt gemeinnützigen Organisationen.

Des Weiteren stellt sich auch die Frage, ob man bei Open Phil sehr genau wußte, was man tat, als man in die Entwicklung der genannten "Diagnoseplattform" - heute bekannt als der Covid-19-Test - zu investieren begann. Die Frage ist nicht aus der Luft gegriffen, denn Open Phil hatte diese glorreiche Idee nur gerade ein knappes Jahr vor der Ausrufung der Coronapandemie. Dieser hellseherisch anmutende Schachzug erinnert verdächtig an Event 201, jenes Planspiel, welches wenige Wochen vor der Ausrufung der Coronapandemie diese selbst voraussah. Und man glaubt es kaum: Auch hier wirkte Open Phil als Unterstützer mit!

Die beschriebenen Vorgänge zeigen nur einen Bruchteil der Realität und werfen einen dunklen Schatten auf wohlthätige Superreiche. Sie haben Thomas Röper dazu bewogen, nicht mehr von Philanthropen, also von Menschenfreunden, sondern von Oligarchen zu sprechen. Denn gemäß Definition sind Oligarchen Menschen, die durch ihre wirtschaftliche Macht mit wenigen anderen zusammen die Herrschaft ausüben. Und das trifft im Fall von Bill Gates, Dustin Moskovitz, George Soros und Co., wenn man den Ausführungen von Thomas Röper folgt, klar zu:

Ihre Stiftungen sind nicht wohlthätig oder gemeinnützig, sondern ganz im Gegenteil ausgeklügelte Instrumente zum Ausbau von Macht und Reichtum. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22645" berichtete am 27. Mai 2022 (x1.165/...): >> **Wer besitzt die Welt? Erkenne den Kopf des Oktopus!**

Monopoly - Der größte Teil unserer Welt gehört denselben Leuten. Wie eine Krake mit ihren Tentakeln können sie die ganze Welt kontrollieren und der gesamten Menschheit ihre Agenda aufzwingen. Diese Agenda besteht darin, Krisen verschiedenster Art wie Kriege, Pandemien, Klimapanik usw. zu inszenieren und daraus gigantische Profite zu ziehen. Um den Kopf dieser Krake zu entlarven und ein Krisengewinnverbot durchzusetzen, hat dieser Dokumentarfilm eine sehr fundierte und gut nachvollziehbare Vorarbeit geleistet. ...

Dieser unglaublich Augen-öffnende Dokumentarfilm bringt etwas Erstaunliches ans Licht: Der Großteil dessen, was unsere Welt ausmacht, befindet sich im Besitztum der gleichen Menschen. Wie ein Oktopus mit seinen Tentakeln können sie die ganze Welt kontrollieren und der ganzen Menschheit ihre Agenda auferlegen.

Diese Agenda besteht in der Inszenierung von Krisen unterschiedlicher Art wie Kriege, Pandemien, Klimapanik, usw. - und dabei werden gigantische Gewinne davon generiert. Um den Kopf dieses Oktopus offen zu legen, um seine Tyrannei zu beenden, durch ein Krisen-Profit-Verbot beispielsweise, hat diese Dokumentation "Monopoly - wer besitzt die Welt" sehr fundierte, umfassende und vorbereitende Arbeit geleistet.

Lieber Mitmensch, ich denke spätestens heute haben Sie das Gefühl, daß etwas nicht richtig ist an unserer jetzigen Situation. Ich denke aber auch, daß die vielen unbegründeten Verschwörungstheorien Sie dazu veranlaßt haben, sich sowohl von der Panikmache der Medien als auch von denjenigen zu distanzieren, die die Verschwörungstheorien verbreiten. Dennoch hoffe ich, daß Sie mir einen Moment zuhören, denn während Sie sich dieses Video ansehen, verarmen weltweit Hunderte von Millionen Menschen aufgrund der Maßnahmen, die schon so lange in Kraft sind.

Und obwohl die größte Wirtschaftskrise, die wir je durchleben werden, Sie vielleicht noch nicht persönlich getroffen hat, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Auswirkungen auch Sie und Ihre Lieben erreichen.

Das ist kein Alarmismus, sondern die harte Realität, mit der wir konfrontiert sind. Ich glaube auch, daß wir den Schaden begrenzen und sogar davon profitieren können, wenn wir richtig und objektiv über unsere aktuelle Situation informiert sind. Deshalb möchte ich euch einige leicht nachprüfbare Fakten aufzeigen, die ich für wesentlich halte.

Weniger als eine Handvoll Megakonzerne beherrschen jeden Aspekt unseres Lebens. Das mag übertrieben klingen, aber vom Frühstück, das morgens auf dem Tisch steht, bis zur Matratze, auf der wir nachts schlafen, und alles, was wir dazwischen tun, anziehen oder konsumieren, hängt weitgehend von diesen Unternehmen ab. Es handelt sich um Investmentgesellschaften immensen Ausmaßes, die die größten Geldströme der Welt verwalten. Sie sind die Protagonisten des Schauspiels, das wir gerade erleben. Um Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, habe ich die wichtigsten Informationen so kurz wie möglich zusammengefaßt.

Wie funktioniert das? Nehmen wir als Beispiel ein Unternehmen wie PepsiCo, die Muttergesellschaft vieler der beliebtesten Softdrinks und Snacks der Welt. Es scheint viele verschiedene konkurrierende Marken zu geben, aber sie stammen alle aus den Fabriken einer kleinen Anzahl von Unternehmen, die zusammen ein Monopol in der Branche haben. Unter den Herstellern von verpackten Lebensmitteln gibt es eine Reihe weiterer großer Unternehmen wie Unilever, Coca Cola Company, Mondelez und Nestlé.

Auf diesem Bild sehen Sie, daß praktisch jede bekannte Marke der verpackten Lebensmittel zu einem dieser Konzerne gehört. Sie können diese Art von Informationen leicht erhalten. Sie können sie auf den Websites der betreffenden Marken oder bei Wikipedia nachlesen. Unternehmen dieser Größe sind in der Regel börsennotiert und haben einen Vorstand, in dem die größten Aktionäre das Sagen haben. Auf Websites wie Yahoo Finance können wir detaillierte Unternehmensinformationen finden, einschließlich der größten Aktionäre dieser Unternehmen.

Nehmen wir wieder PepsiCo als Beispiel. Wir sehen, daß 73,14 % der Aktien von nicht weniger als 3.379 institutionellen Anlegern gehalten werden. Dazu gehören Investmentgesellschaften, Investmentfonds, Versicherungsgesellschaften, Banken und in einigen Fällen auch Regierungen. Schauen wir uns einmal an, wer die größten institutionellen Anleger von PepsiCo sind. Wie man sieht, entfallen auf nur zehn der 3.379 Anleger fast ein Drittel aller Aktien.

Das gesamte Aktienkapital dieser zehn führenden Unternehmen hat einen Wert von etwa 60 Milliarden Dollar. Aber von diesen zehn Investoren besitzen drei mehr Aktien als die übrigen sieben. Erinnern wir uns an ihre Namen und sehen wir uns an, wer die meisten Anteile an der Coca Cola Company, dem großen Konkurrenten von Pepsi, besitzt.

Wir sehen, daß genau wie bei PepsiCo die Mehrheit der Aktien von institutionellen Anlegern gehalten wird. Schauen wir uns die Top Ten an und beginnen wir mit dem letzten von ihnen. Vier dieser sechs institutionellen Anleger haben wir auch bei den letzten sechs von PepsiCo gesehen. Es handelt sich um Northern Trust, J. P. Morgan Chase, Geode Capital Management und Wellington Management. Schauen wir uns nun die vier größten Aktionäre an. Drei davon haben wir auch bei PepsiCo in den Top vier gesehen.

Es handelt sich um BlackRock, Vanguard und State Street, und es gibt noch einen weiteren: Berkshire Hathaway. Dies sind die vier größten Investmentgesellschaften der Welt. PepsiCo und Coca Cola sind alles andere als Konkurrenten, aber auch die anderen großen Unternehmen, denen viele Marken gehören, wie Unilever, Mondelez und Nestlé, sind im Besitz derselben kleinen Gruppe institutioneller Anleger, und man findet diese Namen nicht nur in der verpackten Lebensmittel-Industrie.

Schauen wir zum Beispiel bei Wikipedia nach, welches die größten Unternehmen in der Technologiebranche sind. Facebook ist Eigentümer von WhatsApp und Instagram. Zusammen mit Twitter bilden sie die beliebtesten Social-Media-Plattformen der Welt. Alphabet ist die Muttergesellschaft aller Google-Unternehmen, einschließlich YouTube und Gmail, aber sie

sind auch die größten Sponsoren und Entwickler von Android, einem der beiden Betriebssysteme, auf dem nahezu alle Smartphones und Tablets der Welt laufen.

Das andere Betriebssystem ist das IOS von Apple. Wenn wir schließlich Microsoft zu den anderen drei hinzufügen, sehen wir, daß vier Unternehmen die Software herstellen, von der fast alle Computer, Tablets und Smartphones auf der Welt abhängen. Schauen wir uns an, wer die meisten Anteile an diesen mächtigen Unternehmen besitzt.

Bei Facebook sehen wir, daß mehr als 80 % der Aktien im Besitz von institutionellen Anlegern sind. Dies sind die gleichen Namen, die wir in der Lebensmittelindustrie gesehen haben. Auch hier stehen die gleichen Investoren an der Spitze. Dann Twitter, das zusammen mit Facebook und Instagram die ersten drei Plätze einnimmt. Erstaunlicherweise befindet sich auch dieses Unternehmen im Besitz der gleichen Investoren.

Wir sehen sie bei Apple, aber auch bei ihrem großen Konkurrenten Microsoft. Wenn wir uns all die anderen Unternehmen ansehen, die die Technologiebranche dominieren und unsere Computer, Fernseher, Smartphones und Haushaltsgeräte herstellen, sehen wir dieselben Großinvestoren, die einen Großteil der Aktien besitzen.

Wir sehen das in allen industriellen Branchen auf der ganzen Welt, und nur um dir zu zeigen, daß ich nicht übertreibe, werde ich dir ein weiteres Beispiel geben. Nehmen wir an, wir wollen einen Urlaub planen. Auf unserem Computer oder Smartphone suchen wir über Websites wie Skyscanner und Expedia, die beide derselben Gruppe institutioneller Anleger gehören, nach einem günstigen Flug in die Sonne.

Wir fliegen mit einer der vielen Fluggesellschaften, deren Aktienmehrheit sich oft im Besitz derselben Investoren oder von Regierungen befindet, wie z.B. Air France-KLM. Das Flugzeug, mit dem wir fliegen, ist in den meisten Fällen eine Boeing oder ein Airbus. Auch hier sehen wir die gleichen Namen. Wir suchen ein Hotel oder eine Wohnung über Booking.com oder Airbnb.com.

Wenn wir an unserem Ziel angekommen sind, gehen wir essen und schreiben dann eine Bewertung auf Trip Advisor. Die gleichen Investoren sind die Grundlage für jeden Aspekt unserer Reise und ihre Macht geht sogar noch viel weiter, denn selbst das Kerosin, mit dem das Flugzeug betrieben wird, stammt von einer ihrer vielen Ölgesellschaften und Raffinerien. Genauso wie der Stahl, aus dem das Flugzeug besteht, von einem ihrer vielen Bergbauunternehmen stammt.

Dieser kleine Club von Investmentgesellschaften, Banken und Investmentfonds ist auch der größte Anteilseigner an den Primärindustrien, aus denen unsere Rohstoffe stammen. Wenn wir auf Wikipedia nach den größten Bergbauunternehmen der Welt suchen, sehen wir, daß ihre Aktionäre die gleichen institutionellen Anleger sind wie überall sonst auch.

Das Gleiche gilt für die größten Agrarunternehmen der Welt, von denen unsere gesamte Lebensmittelindustrie abhängt. Ihnen gehört zum Beispiel Bayer, die Muttergesellschaft von Monsanto, dem weltgrößten Saatguthersteller, der 90 % des gesamten Baumwollsaatguts auf der Erde sowie die Mehrheit aller anderen Saaten produziert.

Aber diese institutionellen Anleger sind auch die Aktionäre der größten Textilhersteller der Welt, und selbst die zahlreichen bekannten Bekleidungsmarken, die die Baumwolle in die Kleidung verwandeln, die wir tragen, gehören derselben Gruppe von Anlegern. Ob es sich um die weltgrößten Hersteller von Solarmodulen oder die größten Ölraffinerien handelt, die Aktien werden von denselben Unternehmen verwaltet. Ihnen gehören die Tabakkonzerne, die alle beliebten Tabakmarken der Welt herstellen.

Ihnen gehören aber auch alle großen Unternehmen der Pharmaindustrie und die wissenschaftlichen Institute, die die Medikamente herstellen. Ihnen gehören die Unternehmen, die unsere Metalle und Rohstoffe herstellen, und die gesamte Automobil-, Flugzeug- und Waffenindustrie, in der diese Metalle und Rohstoffe verarbeitet werden. Ihnen gehören die Unternehmen,

die unsere Elektronik herstellen. Ihnen gehören die großen Kaufhäuser und Online-Marktplätze und sogar die Zahlungsmittel, mit denen wir ihre Produkte bezahlen.

Da ich meine Geschichte so kurz wie möglich halten möchte, habe ich beschlossen, nur die Spitze des Eisbergs zu zeigen. Wenn Sie auf eigene Faust recherchieren, basierend auf den Quellen, die Sie gerade gesehen haben, dann werden Sie feststellen, daß selbst viele der bekanntesten Versicherungsgesellschaften, Banken, Bauunternehmen, Telefongesellschaften, Restaurantketten und Kosmetikmarken denselben institutionellen Anlegern gehören, die wir gerade gesehen haben.

Bei diesen institutionellen Anlegern handelt es sich, wie ich Ihnen bereits sagte, hauptsächlich um Investmentgesellschaften, Banken und Versicherungen. Sie sind wiederum auch im Besitz von Aktionären. Und was ist das Erstaunlichste daran? Alle diese institutionellen Anleger besitzen gegenseitig ihre Aktien und zusammen bilden sie ein riesiges Netzwerk, das wir mit einer Pyramide vergleichen können. Die kleineren institutionellen Anleger sind im Besitz von größeren Anlegern, die wiederum zu noch größeren Anlegern gehören.

Die sichtbare Spitze dieser Pyramide besteht aus nur zwei Unternehmen, deren Namen wir inzwischen schon oft gesehen haben. Es sind Vanguard und BlackRock.

Die Macht dieser beiden Unternehmen ist für uns kaum vorstellbar. Sie sind nicht nur die größten institutionellen Anleger aller großen Unternehmen der Welt, sondern sie besitzen auch die anderen institutionellen Anleger dieser Unternehmen, was ihnen ein vollständiges Monopol verschafft. Laut einem Bericht von Bloomberg, einer der weltweit angesehensten Institutionen im Bereich Finanzdaten und -analysen, gehen Experten davon aus, daß beide Unternehmen bis zum Jahr 2028 zusammen etwa 20 Billionen Dollar an Investitionen verwalten und dabei fast alles auf der Erde besitzen werden.

Derselbe Bloomberg bezeichnete BlackRock als den vierten Arm der Regierung, weil es die einzige nichtstaatliche Einrichtung ist, die eine enge Beziehung zu den Bundesbanken, auch Zentralbanken genannt, unterhält.

BlackRock leiht den Bundesbanken nicht nur Geld, sondern ist auch ihr wichtigster Berater und der Entwickler des Computersystems, das die Bundesbanken verwenden. Dutzende von BlackRock-Mitarbeitern hatten während der Bush- und der Obama-Regierung sowie derzeit unter Joe Biden leitende Positionen im Weißen Haus inne. BlackRock-CEO Larry Fink ist bei vielen Staatsoberhäuptern und Politikern ein gern gesehener Gast - und das ist auch verständlich. Er ist das Gesicht des Unternehmens, das die Fäden in der Hand hält.

Doch Larry Fink zieht nicht selbst die Fäden. Tatsächlich ist BlackRock selbst im Besitz von Aktionären. Und wenn wir uns ansehen, wer diese Aktionäre sind, kommen wir zu einem seltsamen Schluß. Wir sehen, daß der größte Aktionär von BlackRock Vanguard ist. Und hier wird es dunkel. Vanguard selbst hat eine einzigartige Struktur, die es unmöglich macht, zu erkennen, wer seine Aktionäre oder Kunden sind.

Die Elite, die Vanguard besitzt, will nicht, daß jemand weiß, daß sie die Eigentümer des mächtigsten Unternehmens der Welt sind.

Aber natürlich ist dies kein Geheimnis für diejenigen, die bereit sind, sich damit zu befassen. Aus Berichten von Oxfam und Bloomberg geht hervor, daß 1 % der Weltbevölkerung insgesamt mehr Geld besitzt als die anderen 99 %. Oxfam behauptet sogar, daß 82 % des gesamten 2017 verdienten Geldes an diese 1 % der Menschen ging. Natürlich sind diejenigen, denen das mächtigste Unternehmen der Welt gehört, auch die reichsten unter diesem 1 %. Mit anderen Worten: Sie gehören zu den 0,001 %.

Forbes, das bekannteste Wirtschaftsmagazin der Welt, behauptet, daß es im März 2020 etwa 2.075 Milliardäre gegeben hat. Der Oxfam-Bericht zeigt, daß zwei Drittel all dieser Milliardäre ihr Vermögen durch Erbschaften und Monopole erworben haben. Das bedeutet also, daß sich Vanguard in den Händen der reichsten Familien der Welt befindet.

Wenn wir ihre Geschichte studieren, stellen wir fest, daß diese Familien schon immer zur Spitze der Pyramide gehörten, einige sogar lange vor Beginn der industriellen Revolution. Weil ihre Geschichte so interessant und umfangreich ist, werde ich in dem Folgevideo, an dem ich gerade arbeite, etwas mehr über sie erzählen.

Aber um nicht zu sehr ins Detail zu gehen, möchte ich nur darauf hinweisen, daß viele dieser Familien zu königlichen Blutlinien gehören und daß sie die Begründer unseres Bankensystems, der Vereinten Nationen und jeder Industriebranche der Welt sind. Diese Familien haben ihre Macht nie verloren, aber aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung waren sie gezwungen, sich hinter Investmentgesellschaften wie Vanguard zu verstecken, deren größte Aktionäre die privaten Fonds und gemeinnützigen Organisationen dieser Familien sind.

Um das Gesamtbild klarer zu verdeutlichen, muß ich kurz etwas über diese gemeinnützigen Organisationen erklären. Sie sind das Bindeglied zwischen der Wirtschaft, der Politik und den Medien, was zu erheblichen Interessenkonflikten führt.

Auf den ersten Blick ist dies jedoch nicht allzu sehr auffällig. Non-Profit-Organisationen, auch Stiftungen genannt, sind Organisationen, die auf Spenden angewiesen sind, und sie müssen nicht veröffentlichen, von wem sie diese Spenden erhalten. Sie können dieses Geld in alles investieren, was sie wollen, und müssen keine Steuern auf ihre Gewinne zahlen, solange diese Gewinne in andere Projekte, an denen sie beteiligt sind, reinvestiert werden. Gemeinnützige Organisationen können Hunderte von Milliarden Dollar von unsichtbaren Investoren bewegen.

Einem Bericht der australischen Regierung zufolge sind gemeinnützige Organisationen daher ideal für die Finanzierung terroristischer Gruppen und die Wäsche großer Geldsummen. Die Stiftungen und Fonds der Familien, die in der Hierarchie der 1 % ganz oben stehen, verstecken sich soweit wie möglich hinter den Kulissen. Für öffentlichkeitswirksame und aufmerksamkeitsstarke Fälle greifen sie jedoch auf die Stiftungen von Philanthropen-Familien zurück, die in der Rangliste weiter unten stehen, aber ebenfalls sehr wohlhabend sind. Um mich kurz zu fassen, werde ich nur die drei wichtigsten Stiftungen der Welt hervorheben, die alle industriellen Branchen der Welt miteinander verbinden.

Dies sind die Bill & Melinda Gates Foundation, die Open Society Foundations des umstrittenen Multimilliardärs George Soros und die Clinton Foundation.

Eine kurze Einführung, um Ihnen eine Vorstellung von der Größe dieser Stiftungen zu geben. Laut der offiziellen Website des Weltwirtschaftsforums ist die Gates Foundation der größte Geldgeber der Weltgesundheitsorganisation, nachdem Präsident Donald Trump die Finanzierung der WHO durch die USA im Jahr 2020 gestoppt hat. Das macht die Gates Foundation zu einer der einflußreichsten Organisationen der Welt in allen Bereichen, die mit unserer Gesundheit zu tun haben.

Die Gates-Stiftung hat eine enge Partnerschaft mit den 16 größten Pharmaunternehmen der Welt, darunter Pfizer, AstraZeneca, Johnson & Johnson, BioNTech und Bayer, und wir haben gerade gesehen, wer die meisten Aktien dieser Unternehmen besitzt.

Bill Gates war alles andere als ein armer Computerfreak, der es zu einem der reichsten Menschen der Welt gebracht hat, sondern er stammte aus einer philanthropischen Familie, die, wie er selbst, für die absolute Elite arbeitete. Bill ist der Gründer von Microsoft, das sich im Besitz von BlackRock, Vanguard und bis vor kurzem auch von Berkshire Hathaway befindet. Aber gleichzeitig ist die Gates-Stiftung nach BlackRock, Vanguard und State Street der größte Aktionär von Berkshire Hathaway, wo er sogar eine Zeit lang im Vorstand saß.

Wir würden Stunden damit verbringen, alles zu betrachten, woran die Gates Foundation, die Open Society Foundations von George Soros und die Clinton Foundation beteiligt sind, aber da sie uns mit dem nächsten Thema und mit den aktuellen Ereignissen verbinden, war diese kurze Einführung wichtig.

Ich denke, das nächste Thema sollte mit einer Frage beginnen. Eine zufällige Person wie ich mit sehr wenig Erfahrung in der Videobearbeitung, die einen alten Laptop benutzt, kann in 20 Minuten objektiv darstellen, daß nur zwei Unternehmen ein totales Monopol über alle industriellen Branchen der Welt haben. Da liegt die Frage nahe: Warum hört man von all dem nichts in den Medien? ...

Jeden Tag haben wir die Wahl zwischen unzähligen Berichten, Dokumentarfilmen und Fernsehsendungen und doch wird in keiner einzigen davon gesprochen. Ist es nicht interessant genug oder sind vielleicht andere Interessen im Spiel? Die Antwort erhalten wir wieder von Wikipedia.

Etwa 90 % der internationalen Medien sind im Besitz von neun Medienkonglomeraten. Die Unternehmen, die diesen Medienkonglomeraten gehören, sind zu zahlreich, um sie alle aufzuzählen, also werde ich nur die wichtigsten Marken zeigen, die wir alle kennen. ViacomCBS ist die Muttergesellschaft u.a. aller CBS-Kanäle, von Paramount, wo die berühmtesten Filme und Serien der Welt herkommen, von MTV, Comedy Central, Nickelodeon, dem beliebten britischen Channel Five und dem beliebten australischen Ten. Raten Sie mal, wer die größten Aktionäre von ViacomCBS sind!

Bevor wir uns die anderen großen Konglomerate ansehen, sollten wir nicht vergessen, unsere extrem mächtigen Streaming-Monopolisten Netflix und Amazon Prime zu erwähnen, die beide denselben Aktionären gehören.

Dann AT & T, die Muttergesellschaft von Warner Brothers, HBO, Discovery Channel, CNN, Cartoon Network, TNT, DC und vielen anderen bekannten Marken. Raten Sie mal, wer die größten Aktionäre von AT & T sind!

Der dritte ist die allmächtige News Corp. Diesem Unternehmen gehören viele der bekanntesten nationalen und regionalen Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehsender in den USA, im Vereinigten Königreich und in Australien. Die Aktien von News Corp gehören dem amerikanischen Multimilliardär Rupert Murdoch und den institutionellen Anlegern, die wir überall sonst sehen. Das Schwesterunternehmen von News Corp ist die Fox Corporation, die ebenfalls zu den mächtigsten Medienkonglomeraten der Welt gehört. Genau wie News Corp ist sie im Besitz der Familie Murdoch und der üblichen Investoren.

Dann die Walt Disney Company, ein Konglomerat unvorstellbaren Ausmaßes mit vielen Tochtergesellschaften wie Pixar, Marvel, 20th Century, Lucas Film, ABC, National Geographic und Hulu. Wer sind ihre größten Aktionäre?

Ein weiteres mächtiges Medienkonglomerat ist Comcast. Dies ist die Muttergesellschaft von NBC, DreamWorks, Universal, The Sky Group, Focus Features, Xfinity und vielen anderen großen Medienmarken.

Wie zu erwarten, sind die größten Aktionäre Vanguard und BlackRock. Ich könnte stundenlang fortfahren und aufzeigen, daß in fast jedem Land der Erde die lokalen Medien in den Händen dieser Art von Konglomeraten sind, die wiederum im Besitz unserer institutionellen Investoren oder extrem reicher und mächtiger Elitefamilien sind.

Im Vereinigten Königreich zum Beispiel gehören praktisch alle populären Zeitungen und Zeitschriften der Daily Mail Group, Reach und der bereits erwähnten News Corp.

In den Niederlanden sind die gesamten Medien in den Händen von "de Persgroep", Mediahuis und Bertelsmann. Und in Deutschland werden die gesamten Medien entweder von der deutschen Regierung, ProSiebenSat1, Axel Springer und wiederum Bertelsmann kontrolliert, das ebenfalls ein Konglomerat von nie dagewesener Größe ist.

Bertelsmann ist nicht nur die Muttergesellschaft des größten Buchverlags der Welt, Penguin Random House, und Eigentümer und Gründer von BMG Music, sondern kontrolliert über seine Tochtergesellschaft RTL, ein Unternehmen mit 67 Fernsehkanälen, zehn Streaming-Plattformen und 38 Radiosendern, auch einen großen Teil der europäischen Medien.

Bertelsmann ist im Besitz der ultrareichen Familie Bertelsmann-Mohn, die offen mit den Nazis kollaborierte. Reinhardt Mohn wurde deshalb in den USA als Kriegsgefangener festgehalten. Neben RTL besitzt Bertelsmann auch einen großen Teil der französischen Mainstream-Medien, und zusammen mit Media Set, dem mächtigen italienischen Konglomerat des ehemaligen Präsidenten Berlusconi, das den größten Teil der italienischen Mainstream-Medien kontrolliert, gehören ihnen auch alle populären spanischen Fernsehsender.

Um das Bild zu vervollständigen, sollten wir uns ansehen, woher die Nachrichten kommen, mit denen uns all diese Medienkanäle täglich versorgen. Die verschiedenen Nachrichtenmedien produzieren ihre Nachrichten nicht selbst, sondern verwenden Informationen und Bilder von Nachrichtenagenturen wie Reuters, der niederländischen ANP und der französischen AFP. Diese Organisationen sind alles andere als unabhängig. Reuters ist im Besitz der mächtigen kanadischen Familie Thomson. Die ANP gehört dem niederländischen Investor Cees Oomen, die AFP wird weitgehend von der französischen Regierung finanziert.

Die wichtigsten Journalisten und Redakteure, die bei unseren Medien oder bei diesen Nachrichtenagenturen arbeiten, sind mit wichtigen journalistischen Organisationen wie dem European Journalism Center verbunden. Das European Journalism Center ist einer der größten Geldgeber für medienbezogene Projekte in ganz Europa. Es bildet Journalisten aus, erstellt Studienmaterial, vermittelt Praktika z.B. bei der ANP und arbeitet eng mit den größten Unternehmen der Welt wie Google und Facebook zusammen.

Für journalistische Analysen und Meinungen nutzen alle großen Medien der Welt Project Syndicate, die mächtigste Organisation in ihrem Bereich. Sie beliefert die 506 wichtigsten Medien in 156 Ländern. Project Syndicate und eine Organisation wie das European Journalism Center sind zusammen mit den Nachrichtenagenturen das Bindeglied zwischen den verschiedenen Medien auf der ganzen Welt. Wenn die Nachrichtensprecher die Nachrichten von ihren Telepromptern ablesen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß der Text von einer dieser Organisationen stammt. Infolgedessen ist die Berichterstattung der globalen Medien oft synchronisiert. ...

Im September 2020 haben das European Journalism Center und Facebook einen Fonds eingerichtet, um ausgewählte Nachrichtenorganisationen bei der Berichterstattung über die Corona-Krise zu unterstützen. Schauen wir uns an, wer die Organisationen sind, die zusammen mit den Nachrichtenagenturen unsere Nachrichten produzieren. Bei Project Syndicate sehen wir die Bill & Melinda Gates Foundation, die Open Society Foundation und das European Journalism Center.

Dann das European Journalism Center selbst. Auch hier sehen wir die Gates Foundation und die Open Society Foundation, die außerdem große Spenden von Facebook, Google, dem niederländischen Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft und dem niederländischen Außenministerium erhalten. Die Organisationen, die im Zentrum unseres Informationsflusses stehen, werden von den gemeinnützigen Organisationen derselben Elite finanziert, die auch die gesamten Medien kontrolliert. Allerdings fließt auch ein Teil unserer Steuergelder an diese Organisationen.

Vier feindliche Zeitungen sind mehr zu fürchten als tausend Bajonette ...

Okay, mir ist klar, daß das eine Menge Informationen waren, die man verarbeiten muß. Und glauben Sie mir, ich habe mich so kurz wie möglich gefaßt und nur die Beispiele verwendet, die mir notwendig erschienen, um Ihnen das Gesamtbild zu zeigen, damit Sie die aktuelle Situation besser verstehen können.

Es ist ein allumfassendes Thema, das unsere Sicht auf viele historische Ereignisse verändern kann, aber mein Ziel ist es, Sie über die Gefahr zu informieren, in der wir uns derzeit befinden. Wir werden noch genug Zeit haben, um uns mit der Vergangenheit zu beschäftigen, also lassen Sie uns jetzt über die aktuellen Ereignisse sprechen.

Die Elite, die jeden Aspekt unseres Lebens kontrolliert, bis hin zu den Informationen, die wir erhalten, hängt von einer unvorstellbar koordinierten Zusammenarbeit ab, um alle verschiedenen Industrien auf der Erde miteinander zu verbinden, um sicherzustellen, daß sie alle im Interesse der Elite arbeiten. Dies geschieht auf dem Weltwirtschaftsforum, einer der wichtigsten Organisationen der Welt.

Bei seinem jährlichen Treffen in Davos kommen die Vorstandsvorsitzenden der größten Unternehmen der Welt zusammen mit Staatsoberhäuptern, Politikern und anderen einflußreichen Personen und Organisationen wie UNICEF und Greenpeace. Im Kuratorium des WEF sitzen der ehemalige US-Vizepräsident und "Klimawandel-Guru" Al Gore, der CEO von BlackRock Larry Fink, die Präsidentin der Europäischen Zentralbank Christine Lagarde, die Direktorin des CERN Fabiola Gianotti, die Königin von Jordanien, der Direktor des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Peter Maurer und viele andere Politiker und CEOs der einflußreichsten Unternehmen der Welt.

Laut der offiziellen Website des WEF liegt der jährliche Mitgliedsbeitrag zwischen 53.000 und 530.000 Euro. Den Jahresberichten des WEF zufolge stammen jedoch rund 71 % seines Gesamtbudgets von seinen Partnern, die auf diese Weise für die Mitgliedschaft junger Politiker aufkommen, die sich ihren eigenen Beitrag nicht leisten können.

Wikipedia berichtet das Folgende: "Kritikern zufolge ist das WEF ein Wirtschaftsforum, auf dem die reichsten Unternehmen mit anderen Unternehmen oder mit Politikern Geschäfte aushandeln können. Der Zweck des WEF sei für viele der Teilnehmer der persönliche Gewinn, anstatt globale Probleme zu lösen."

Ich stelle nicht gerne Vermutungen an, aber gäbe es so viele Probleme auf der Erde, wenn sich die wichtigsten Wirtschaftsführer, Banker und Politiker seit 1971 jährlich versammelt hätten, um die Probleme unserer Welt zu lösen? Ist es nicht seltsam, daß sich die weltweit führenden Umweltorganisationen seit 50 Jahren mit den CEOs der am stärksten verschmutzenden Konzerne treffen, während sich die Situation für unsere natürliche Welt immer weiter verschlechtert?

Daß diese Kritiker des WEF Recht haben, wird schnell klar, wenn wir uns ansehen, wer die wichtigsten Partner sind, die fast 71 % des WEF-Budgets ausmachen. Es sind BlackRock, The Open Society Foundations, The Bill & Melinda Gates Foundation und viele andere große Unternehmen, deren Aktien Vanguard und BlackRock direkt oder indirekt besitzen.

Der Präsident und Gründer des WEF ist Klaus Schwab, ein deutscher Professor und Geschäftsmann. In seinem Buch "The Great Reset" beschreibt er detailliert die Pläne seiner Organisation.

Das Coronavirus ist seiner Meinung nach eine hervorragende Gelegenheit, unsere Gesellschaft in jeder Hinsicht buchstäblich zurückzusetzen. Er nennt dies "Build Back Better" und dieser Slogan scheint das Motto aller globalistischen Politiker in der Welt zu sein.

Klaus Schwab: "Und es ist jetzt ein historischer Moment, ein entscheidender Moment, um die Zukunft neu zu bauen, um unsere Politik neu zu gestalten."

Boris Johnson: "Und natürlich wollen wir auch gemeinsam daran arbeiten, besser zurückzubauen."

Jo Biden: "Wissen Sie, ich habe gesagt, wir werden zurückbauen und wir werden besser zurückbauen."

Mark Rutte: "Es ist sicherlich eine große Krise, aber sie bietet uns auch eine einzigartige Chance."

Spanischer Prime Minister: "Wir müssen diese historische Chance nutzen ..."

Antonio Guterres: "Gemeinsam können wir eine Krise in eine Chance verwandeln."

Justin Trudeau: "Aber diese weltweite Pandemie hat es ermöglicht, besser zurückzubauen."

Spanischer Prime Minister: "... um später besser zurückbauen zu können."

Mark Rutte: "Aber auch um besser zurückzubauen."

Wilhelm Alexander (König der Niederlande): "... um eine bessere Welt zurückzubauen."

Antonio Guterres: "... um besser zurückzubauen ..."

Jo Biden: "Wir können nicht einfach zurückbauen. Wir müssen besser zurückbauen."

Antonio Guterres: "Und die Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen."

Justin Trudeau: "Und der Klimaschutz ist ein wesentlicher Bestandteil davon."

Schwab zufolge sollte unsere alte Gesellschaft gegen eine neue ausgetauscht werden, in der die Länder ihre Souveränität an eine allumfassende Weltregierung abgeben, in der die Menschen nichts besitzen, sondern für den Staat arbeiten und im Gegenzug ihre Wohnung, Gesundheitsversorgung und alle anderen Grundbedürfnisse erhalten. All dies ist laut WEF notwendig, weil unsere moderne Konsumgesellschaft, die uns die Elite selbst auferlegt hat, so nicht weitergehen kann, sie ist nicht mehr tragbar.

Schwab sagt in diesem Buch, daß wir niemals zur alten Normalität zurückkehren werden. Und das WEF hat ein Video veröffentlicht, das deutlich macht, daß wir im Jahr 2030 nichts mehr besitzen werden, aber wir werden glücklich sein. Wahrscheinlich haben Sie schon einiges über die Neue Weltordnung gehört. Die Medien wollen uns glauben machen, daß dies ein Thema für Verschwörungstheoretiker ist, obwohl Präsidenten wie George Bush Senior, Nelson Mandela und Bill Clinton schon seit Generationen davon sprechen.

George H. W. Bush: "Wir haben die Möglichkeit, für uns und für künftige Generationen eine neue Weltordnung zu schaffen, eine Welt, in der das Recht und nicht das Gesetz des Dschungels das Verhalten der Nationen bestimmt. Wenn wir erfolgreich sind - und das werden wir sein - haben wir eine echte Chance auf diese neue Weltordnung. Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle nutzen kann, um das Versprechen und die Vision der UNO-Gründer zu erfüllen."

Bill Clinton: "Nach 1989 sagte Präsident Bush einen Satz, den ich selbst oft verwende: daß wir eine neue Weltordnung brauchen."

Joe Biden: "Die positive Aufgabe, die wir jetzt haben, besteht darin, tatsächlich eine neue Weltordnung zu schaffen."

Aber auch ... die berühmtesten Philanthropen der Welt wie Cecil Rhodes, David Rockefeller, Henry Kissinger und sogar George Soros (forderten eine Neue Weltordnung):

George Soros: "Man braucht eine Neue Weltordnung, die von China mitgestaltet werden muß, und sie müssen sich daran beteiligen. Sie müssen sie besitzen."

Diese wichtigen Persönlichkeiten, die, abgesehen von Mandela, zu Lebzeiten alle zur Spitze der Elite gehörten, sind nicht die einzigen, die von einer allmächtigen Weltregierung träumen. Im Jahr 2015 stellte die UNO ihre umstrittene Agenda 2030 vor, die fast identisch mit Klaus Schwabs Great Reset ist. In ihren eigenen Worten wollen die UN wie Schwab dafür sorgen, daß es bis 2030 keine Armut, keinen Hunger, keine Umweltverschmutzung und keine Krankheiten mehr auf der Erde gibt.

Das klingt nach einem sympathischen Plan, bis man das Kleingedruckte liest. Die Idee ist nämlich, daß die Agenda 2030 von uns, den Bürgern, bezahlt werden soll. Und so wie man heute von uns verlangt, daß wir unsere Grundrechte zugunsten der öffentlichen Gesundheit aufgeben, wird man von uns verlangen, daß wir unseren Wohlstand zugunsten der Armutsbekämpfung aufgeben. Dies sind keine Verschwörungstheorien. Sie können dies selbst auf der offiziellen Website nachlesen.

Kurz gesagt, es läuft darauf hinaus: Die UNO will die Steuergelder aller westlichen Länder nehmen und sie den Megakonzerne der Elite geben, die dann mit dem Wiederaufbau der Gesellschaft beauftragt werden. Weltweit wird eine völlig neue Infrastruktur benötigt, da die fossilen Brennstoffe laut UNO der Vergangenheit angehören müssen. Für dieses gewaltige Projekt brauche man eine Weltregierung, sagt die UNO, und dieselbe UNO macht sich zur Auf-

gabe, diese Weltregierung zu sein. Genau wie Schwab ist auch die UNO der Meinung, daß eine Pandemie die perfekte Gelegenheit ist, um die Umsetzung der Agenda 2030 zu beschleunigen.

Es ist besorgniserregend, daß das WEF und die UNO offen zugeben, daß sie Pandemien und andere Katastrophen als Chance zur Umgestaltung der Gesellschaft betrachten, zumal wir gesehen haben, daß die Elite über alle Mittel verfügt, um uns glauben zu machen, daß es eine Pandemie gibt, und sogar eine zu schaffen. Wir sollten diese Dinge also keinesfalls auf die leichte Schulter nehmen und sie sorgfältig prüfen. Und wenn wir das tun, stoßen wir auf Dinge, die noch beunruhigender sind.

Am Freitag, dem 18. Oktober 2019, Monate vor der Ausrufung der Pandemie, fand im Pierre Hotel in New York City ein Treffen für eine ausgewählte Gruppe von etwa 130 sehr wichtigen Gästen statt, darunter Politiker und die weltweit angesehensten Mediziner und Pharmazeuten. Zweck des Treffens war es, die möglichen Szenarien im Falle einer weltweiten Pandemie zu simulieren.

Das könnte ein Zufall sein, könnte man meinen. Für diese Simulation wurde jedoch ein Coronavirus als Beispiel verwendet. In der Simulation wurde detailliert beschrieben, wie sich das Coronavirus entwickeln würde und wie man es nur durch die intensive Zusammenarbeit ganzer industrieller Branchen, Regierungen und Behörden in den Griff bekommen könnte.

Wieder einmal eine Neue Weltordnung, die uns vor der Zerstörung bewahren soll. Überrascht es Sie, wenn ich Ihnen sage, daß dieses Treffen mit der Bezeichnung Event 201 von niemand anderem als dem Weltwirtschaftsforum, der Bill & Melinda Gates Foundation und dem Johns Hopkins Institute organisiert wurde?

Dies ist keine Verschwörungstheorie. Überzeugen Sie sich selbst auf der offiziellen Website von Event 201. Vielleicht wird es Sie an dieser Stelle nicht mehr überraschen, daß das deutsche Robert-Koch-Institut, das wie alle nationalen Gesundheitsinstitute der Welt eng mit der von Bill Gates finanzierten WHO verbunden ist, im Jahr 2012 eine ähnliche Simulation erstellt hat. Wie beim Ereignis 201 ging die Simulation von einem Coronavirus aus. Bei dieser Simulation wurde davon ausgegangen, daß sich auf einem südostasiatischen Lebensmittelmarkt ein Coronavirus vom Tier auf den Menschen überträgt.

Was für ein Zufall, nicht wahr? In dieser Simulation dauert es mehrere Wochen, bis die Behörden das Virus identifizieren, so daß es sich weltweit ausbreiten kann. Simuliert werden die folgenden drei Jahre, in denen es zu Abriegelungen kommt und die Wirtschaft zerstört wird, aber auch die Auswirkungen auf die Gesellschaft werden in allen Aspekten simuliert. Sogar die Proteste. Ich werde Sie nicht mit den Details ermüden. Sie können diese Analyse sogar selbst von der Website der deutschen Regierung herunterladen.

Als Letztes möchte ich einen Auszug aus einem Vortrag zeigen, den der belgische Spitzenvirologe Mark van Ranst am 22. Januar 2019 im Chatham House gehalten hat, einer bedeutenden gemeinnützigen Organisation in London, in der sich wichtige Staats- und Regierungschefs treffen, um globale Fragen zu erörtern. Zu den Preisträgern des Chatham House Prize gehören Hillary Clinton, Melinda Gates und John Kerry.

Was van Ranst hier erörtert, ist einfach schockierend. Van Ranst erklärt nämlich, wie er die gesamte belgische Bevölkerung während der Schweinegrippe durch Angstmacherei, aus dem Zusammenhang gerissene Sterblichkeitsraten und Medienmanipulation getäuscht hat. Er erklärt lachend, wie es ihm gelungen ist, der verängstigten belgischen Bevölkerung den Impfstoff gegen die Schweinegrippe aufzuzwingen. Ein Impfstoff, der von den Pharmaunternehmen hergestellt wurde, für die er arbeitete.

Van Ranst: "Vielen Dank, danke für die Einladung. Ich wurde gebeten, Ihnen von meinen Erfahrungen als Krisenmanager, als Grippekommissar für Belgien zu berichten und die Kommunikation hervorzuheben. Und dann hat man eine Chance, es richtig zu machen. Ich meine,

der erste Tag ist so wichtig. Am ersten Tag beginnt man mit der Kommunikation mit der Presse, mit den Menschen, und man muß es richtig machen. Ich meine, man muß mit einer Stimme sprechen, mit einer Botschaft.

In Belgien hat man sich dafür entschieden, einen Nicht-Politiker mit dieser Aufgabe zu betrauen. Ich habe keine Parteizugehörigkeit, und das macht die Dinge, zumindest zu dieser Zeit, ein wenig einfacher, weil man politisch nicht angegriffen wird, weil man in der Minderheit ist. Das kommt nicht ins Spiel und das war ein großer Vorteil. Der zweite Vorteil ist, daß man in Brüssel den totalen Naivling spielen kann und viel mehr erreichen kann, als man es sonst könnte.

Man muß am ersten Tag oder an den ersten Tagen omnipräsent sein, damit man die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zieht. Man trifft eine Vereinbarung mit ihnen, daß man ihnen alles erzählt, und wenn sie anrufen, geht man ans Telefon. Wenn Sie das tun, dann können Sie von diesen ersten Tagen profitieren, um eine vollständige Berichterstattung des Unternehmens über das Gebiet zu erhalten, und sie werden dort nicht nach alternativen Stimmen suchen. Und wenn du das tust, macht das die Sache sehr viel einfacher.

In den ersten Wochen ist es einfach, wenn man keine Opposition hat und jeder Nachrichten braucht und sie zu einem kommen können, kann man eine Menge neutraler Informationen bringen und sie werden aufgegriffen und, nun ja, die Nachrichten werden so gebracht, wie man sie bringt und das kann man nur in den ersten paar Wochen oder Monaten. Und dann muß man sagen:

Okay, wir werden H1N1-Todesfälle haben. Das läßt sich natürlich nicht vermeiden. Ich habe Sir Donaldson zitiert, der sagte, daß im Vereinigten Königreich auf dem Höhepunkt der Epidemie bis zum Ende des Sommers täglich 40 Menschen sterben würden. Also zu dieser Zeit 62 Millionen Menschen im Vereinigten Königreich, 40 Tote pro Tag. Ich habe das für Belgien ausgerechnet.

Das wären sieben Tote pro Tag auf dem Höhepunkt der Epidemie. Das habe ich in den Medien verwendet. Sieben belgische Grippetote pro Tag auf dem Höhepunkt der Epidemie wären realistisch. Das ist in jedem Jahr der Fall. Selbst interepidemisch ist das sehr konservativ. Es ist jedoch wichtig, von Todesfällen zu sprechen, denn wenn man das sagt, sagen die Leute: Wow, was soll das heißen? Menschen sterben an der Grippe?

Und das war ein notwendiger Schritt, der getan werden mußte. Und dann gab es natürlich ein paar Tage später den ersten H1N1-Todesfall im Lande und die Szene war abgesteckt und es wurde bereits darüber gesprochen. Und dann muß man auswählen, wer zuerst geimpft werden soll, und dann nun Frauen und Kinder zuerst. Was auch immer, ich meine Risikogruppen waren wichtig.

Und dann habe ich die Tatsache mißbraucht, daß die belgischen Spitzenfußballvereine entgegen allen Abmachungen ihre Fußballspieler zu bevorzugten Personen gemacht haben. Also habe ich gesagt, das kann ich nutzen, denn wenn die Bevölkerung wirklich glaubt, daß dieser Impfstoff so begehrt ist, daß sogar die Fußballspieler unehrlich wären, um sich impfen zu lassen, dann sagte ich, okay, damit kann ich spielen. Also habe ich einen großen Wirbel darum gemacht. Das ist wahnsinnig, (lacht) ... Aber es hat funktioniert ..."

Die Chatham-House-Organisation wird auch von allen großen Konzernen der Elite, der Gates Foundation und den Open Society Foundations finanziert. Wir könnten stundenlang über das Coronavirus sprechen, das eine Überlebensrate von 99,98 % hat, und über die unfaßbaren Maßnahmen, die unsere Gesellschaft zerstören. Millionen von Unternehmern haben ihr Einkommen verloren. Unzählige ältere Menschen sind in Einsamkeit gestorben, isoliert von ihren Familien, aber ich denke, wir haben genug Fakten besprochen, die die globalen Covid-Maßnahmen in einen größeren Zusammenhang stellen - aus Sicht der Elite.

Diese extrem reiche Elite, die zusammen über Zehntausende von Milliarden verfügt, hat überhaupt kein Problem damit, daß mehr als 40 % der Weltbevölkerung mit weniger als fünfzehn Dollar pro Tag auskommen muß oder daß Millionen von Kindern an dem von ihnen verseuchten Trinkwasser, an Unterernährung oder durch ihre Kugeln und Bomben sterben. Sie wollen nur noch mächtiger werden.

Die Eliten haben absolut nicht die Absicht, ihren Reichtum mit uns zu teilen. In der Tat sind sie ehrlich über ihre Pläne, uns auch noch das letzte Bißchen zu nehmen. Und diese Pläne werden gerade umgesetzt, während ich dies erzähle. Die zugrundeliegenden Motive der Elite werden in dieser Folge nicht erklärt, denn dafür müssen wir in die Geschichte eintauchen und Themen diskutieren, die jenseits unseres modernen, rationalen Denkens liegen.

Aber für den Moment werden Sie vielleicht mit der einfachen Logik verstehen, daß eine neue Weltordnung oder eine allumfassende Weltregierung die einzige Möglichkeit für eine kleine Elite ist, ihre Macht über eine ständig wachsende Weltbevölkerung zu behalten.

Unternehmen wie BlackRock und Vanguard profitieren nicht von nationalen Grenzen, Importsteuern und echter Vielfalt. Nur durch Angst und Medienmanipulation können sie ihren Einfluß auf uns alle aufrechterhalten. Und ich habe die unmenschlichen Erpressungsmethoden, mit denen die Elite ihre eigenen wichtigsten Untergebenen bei der Stange hält, absichtlich noch nicht einmal erwähnt, denn wenn dieses Thema Ihre Neugierde geweckt hat, werden Sie zweifelsohne alles darüber rechtzeitig herausfinden.

Die Eliten haben nicht die Absicht, uns von den zahllosen Krankheiten zu heilen, die wir uns durch die von ihnen produzierten giftigen Lebensmittel zugezogen haben. Und von der Umweltverschmutzung, die sie verursacht haben. Denn wenn wir nicht krank würden, würde die gesamte Pharmaindustrie zusammenbrechen. "Nichts verkauft sich so gut wie Angst", lautet das Motto von Spitzenvirologen wie Mark van Ranst. Sie werden erstaunt sein, wie ich es war, wenn Sie entdecken, daß wir unzählige Male vor dieser Elite gewarnt wurden.

John Lennon (Beatles): "Ich glaube, wir werden von Wahnsinnigen geführt. Wenn irgend jemand zu Papier bringen kann, was unsere Regierung und die amerikanische Regierung usw. und die russische und die chinesische Regierung tatsächlich zu tun versuchen, dann halte ich sie alle für wahnsinnig. Aber ich könnte für diese Äußerung als verrückt abgestempelt werden. Das ist das Verrückte daran. Ich meine, finden Sie nicht auch?"

John F. Kennedy: "Denn uns steht weltweit eine monolithische und rücksichtslose Verschwörung gegenüber, die sich vor allem auf verdeckte Mittel zur Ausweitung ihres Einflußbereichs verläßt, auf Infiltration statt Invasion, auf Subversion statt Wahlen, auf Einschüchterung statt freier Wahl, auf Guerilla bei Nacht statt Armeen bei Tag.

Es handelt sich um ein System, das enorme menschliche und materielle Ressourcen für den Aufbau einer engmaschigen, hocheffizienten Maschinerie mobilisiert hat, die militärische, diplomatische, nachrichtendienstliche, wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Operationen miteinander verbindet. Seine Vorbereitungen werden verheimlicht, nicht veröffentlicht. Ihre Fehler werden begraben, nicht in den Schlagzeilen erwähnt. Andersdenkende werden zum Schweigen gebracht, nicht gelobt. Keine Ausgabe wird in Frage gestellt, kein Gerücht wird gedruckt, kein Geheimnis wird gelüftet."

Nachrichtensprecher - sieht man nicht: "Präsident Kennedy ist ermordet worden, jetzt ist es offiziell. Der Präsident ist tot. Die Frauen hier stehen unter Schock, einige von ihnen sind ohnmächtig, die Männer des Secret Service stehen in der Notaufnahme, Tränen laufen ihnen über das Gesicht. Es gibt nur ein Wort, um das Bild hier zu beschreiben, und das ist Trauer und zwar große Trauer. Es ist offiziell. Seit wenigen Augenblicken ist der Präsident der Vereinigten Staaten tot."

Isaac Kappy, Hollywood-Schauspieler: "Wenn es um die wirklichen Ebenen der Elite geht, ist der Name des Spiels Erpressung. Das ist es, was das ganze System im Grunde steuert. Sie

wollen kompromittierte Leute, weil sie leicht zu kontrollieren sind. Ich bin nicht selbstmordgefährdet."

John McAfee, Software-Legende: "Der tiefe Staat sind die Leute innerhalb der US-Regierung, die Karriere machen und nicht von den Leuten entlassen werden können, die wir wählen, vom Kongreß oder vom Präsidenten. Haben diese Leute die Kontrolle? Können sie Gesetze erlassen? Verdammt, ja! Können wir diese Leute entlassen? Nein. Kann der Präsident sie entlassen? Nein.

Das ist so vorgesehen, damit politische Parteien und politische Interessen den Tiefen Staat nicht beeinflussen können. Versteht ihr den Alptraum unserer Situation, Leute? Es ist kein Geheimnis. Es ist so offen, wie es nur sein kann, der Tiefe Staat kontrolliert Amerika. Wacht auf, Leute, bitte Gott. Benutze deinen verdammten gesunden Menschenverstand. Ich danke euch."

George Orwell: "Etwas wie 1984 könnte tatsächlich passieren. Das ist die Richtung, in die sich die Welt zurzeit bewegt. In unserer Welt wird es keine Gefühle außer Angst, Wut, Triumph und Selbsterniedrigung geben. Der Sexualtrieb wird ausgerottet werden. Es wird keine Loyalität mehr geben außer der Loyalität zur Partei.

Aber immer wird es den Rausch der Macht geben. In jedem Augenblick wird es den Rausch des Sieges geben, das Gefühl, einen hilflosen Feind niederzutrapeln. Wenn Sie sich ein Bild von der Zukunft machen wollen, stellen Sie sich einen Stiefel vor, der für immer auf einem menschlichen Gesicht herumtrampelt. Die Moral, die man aus dieser gefährlichen Alptraumsituation ziehen kann, ist einfach. Lassen Sie es nicht geschehen. Es kommt auf dich an."

Ich hoffe, daß ich dich mit diesem Video erreichen kann, um die immer größer werdende Distanz zwischen uns zu verringern. Nur wenn wir gespalten sind, kann die Elite ihre Macht über uns behalten. Die größte Angst der Elite ist, daß wir erkennen werden, was wirklich auf der Erde vor sich geht. Und der einzige Weg, wie die Elite glaubt, dies verhindern zu können, ist Zensur, das Verhindern von menschlichem Kontakt, die ständige Verleumdung von politischen Gegnern oder Andersdenkenden und der Einsatz von roher Gewalt.

Die Pläne der Elite sind klar, ebenso wie die rücksichtslose Art und Weise, in der sie sie verwirklichen wollen. Wenn wir dies zulassen, wird auf der Asche dessen, was wir einst kannten, eine neue Gesellschaft entstehen. Eine neue Gesellschaft, in der wir nichts besitzen werden, nicht einmal ein eigenes Haus.

Die Elite will sicherstellen, daß zwischen jetzt und 2030 alles, was du jetzt besitzt, ihnen gehören wird. Dazu ist eine verheerende Wirtschaftskrise notwendig. Zuerst wird die Mittelschicht angegriffen, die das Rückgrat der Gesellschaft ist. Die Unternehmer werden gezwungen, sich enorm zu verschulden, was letztlich dazu führt, daß sie ihr gesamtes Hab und Gut verlieren.

Danach werden sich die Dinge schnell entwickeln. Die Banken werden zusammenbrechen, Bargeld wird nicht mehr existieren und die einzige Möglichkeit, nicht zu verhungern, wird die Annahme staatlicher Unterstützung sein, die an verschiedene Bedingungen geknüpft ist wie z.B. den Impfaß und die Aufgabe aller privaten Besitztümer.

Da die Unternehmer die Ersten sind, die fallen, werden viele andere die Krise nicht sofort spüren. Die Menschen bleiben unter sich gespalten, bis es zu spät ist. Dies ist kein Weltuntergangsszenario, das ich mir ausgedacht habe. Das ist einfach The Great Reset, die Neue Weltordnung, die seit vielen Generationen vorbereitet und in jeder kommunistischen Diktatur der Welt ausgiebig getestet wurde.

Aber das kann auch in eine andere Richtung gehen und statt eines Großen Reset können wir ein Großes Erwachen herbeiführen und eine Welt schaffen, in der niemand hungern muß und in der wir auf nachhaltige Weise in Freiheit miteinander und mit der Natur leben können. Dies ist keine idealistische Träumerei. Es hat immer Kräfte gegeben, die versucht haben, die Macht

der Elite zu brechen, aber bis vor kurzem waren unsere Kommunikationsmittel immer unzureichend, um ein Massennetzwerk in Bewegung zu setzen.

Die Elite hat uns immer in Unkenntnis über die Entdeckungen von Genies wie Tesla gehalten, der auf dem Gebiet der sauberen, freien Energie weit fortgeschritten war. Oder Dr. Rife, der Radiowellen einsetzte, um mindestens 16 Krebspatienten im Endstadium zu heilen, bevor er, genau wie Tesla, unter verdächtigen Umständen starb. Oder Henry Ford, der bereits 1941 ein Auto aus Biokunststoff herstellte, das sich als stärker als Stahl erwies. Die Elite hat uns zahllose solcher Techniken vorenthalten, weil sie eine Bedrohung für ihre Monopole in allen Branchen darstellen.

Es waren Techniken, die uns Freiheiten gegeben hätten und die Macht der Eliten gefährdeten, die auf unserer Angst und Abhängigkeit von ihren Produkten beruht. Das sind keine Verschwörungstheorien, sondern Tatsachen. Was ich damit sagen will, ist, daß sich für uns alle eine Welt mit neuen Möglichkeiten eröffnet, in der es keine Armut, keine Umweltverschmutzung, keine Krankheiten oder Kriege gibt und in der die Regierungen für das Wohl der Menschen arbeiten und nicht andersherum.

Unzählige Krankheiten, die der Pharmaindustrie Hunderte von Milliarden Dollar einbringen, werden geheilt werden. Niemand muß sich mehr den Hintern aufreißen, um ein würdiges Leben zu führen. Die Menschen werden nicht mehr in Angst vor den Lügen der Medien, der Pharmaindustrie, der Klimalobbys und der Politiker leben. Das alles ist am Horizont zu sehen, aber wir müssen zuerst durch den Sturm gehen und erkennen, was das wahre Problem in unserer Gesellschaft ist. Ich möchte Ihnen dafür danken, daß Sie mir zugehört haben, und ich hoffe, daß wir eines Tages in Freiheit gemeinsam auf diesen einzigartigen Moment in der Geschichte zurückblicken werden. Es gibt noch so viel zu erzählen, aber den Rest heben wir uns für später auf. Dieses Video war nur als Einführung gedacht.

Hier beginnt unsere Reise, und es wird eine schwierige Reise sein, aber wir werden sie gemeinsam antreten und uns gegenseitig aufhelfen, wenn wir fallen.

Wir werden keine Angst haben. Wir sind die 99 %.<<

Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete am 3. Juni 2022 (x1.144/...): >>**Die Amerikanisierung Europas und ihr notwendiges Ende - Warum die EU und vor allem Deutschland sich von "America First" befreien müssen**

Ein Artikel von *Werner Rügemer*

Der Krieg in der Ukraine und die europäischen Reaktionen darauf zeigen einmal mehr, wie sehr Europas Politik die Interessen der USA priorisiert - sie scheinen sogar wichtiger zu sein als die eigenen europäischen Interessen. Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Folge einer langen und sehr erfolgreichen Einflußpolitik der USA.

Werner Rügemer hat diese Entwicklung in einem vor der russischen Invasion geschriebenen Beitrag für den neu erschienenen Sammelband "Fortschritt in neuen Farben? Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelöste Krisen der Gegenwart" skizziert, den die NachDenkSeiten heute ihren Lesern vorstellen wollen.

Führende EU-PolitikerInnen fordern seit einigen Jahren immer stärker eine "größere Unabhängigkeit Europas". Doch in Wirklichkeit wächst die Gefolgschaft der EU gegenüber den USA in mehrfacher Hinsicht: militärisch, investiv, außenpolitisch, finanziell, kulturell, geheimdienstlich. Das hat eine hundertjährige Vorgeschichte, die vielen Europäern, auch Linken gerade in Deutschland, immer noch weitgehend unbekannt ist. Es gehört im 21. Jahrhundert zu den Existenzfragen der Menschheit, ob und wie sich Europa und Deutschland auf friedenspolitischer Grundlage von einer imperialen Politik lösen kann, die seit Jahrzehnten US-dominiert ist.

Umkehrung des Verhältnisses durch den Ersten Weltkrieg

Bis Anfang des 20. Jahrhunderts waren US-Unternehmen auf Kredite europäischer Banken,

insbesondere aus Frankreich und England, angewiesen. Auch die Nord- wie die Südstaaten wurden für den Bürgerkrieg von europäischen Banken und Börsenplätzen mitfinanziert, vor allem aus London, Paris, Frankfurt und Amsterdam. Ab den 1870er Jahren war etwa die Deutsche Bank an der Elektrifizierung des Landes beteiligt.

Die Wall Street war durch eingewanderte Bankiers aufgebaut worden. Die Gründung der US-Zentralbank Federal Reserve 1913 durch Wall-Street-Banken markiert einen Einschnitt: Die Kreditmöglichkeiten für die Banken selbst wie für den Staat wurden enorm ausgeweitet. So finanzierten nun v.a. US-Banken den Krieg in Europa, insbesondere finanzierten sie Frankreich und England.

Durch den unter Führung von US-Präsident Woodrow Wilson abgeschlossenen Versailler Vertrag wurde das Deutsche Reich der Hauptschuldner und, um auch die Kriegsreparationen zahlen zu können, Hauptempfänger von US-Krediten: Sie gingen an die Deutsche Reichsbank, an deutsche Unternehmen, aber auch an US-Unternehmen:

Sie kauften in Westeuropa Unternehmen oder Unternehmensanteile und errichteten Tochterfirmen, so etwa Ford, General Motors, IBM, ITT, General Electric, International Harvester, Coca-Cola und Hollywood-Firmen wie Paramount. Dabei spielten der Dawes-Plan (1924) und der Young-Plan (1929) eine wichtige Rolle.

Auch in faschistischen Regimen wie unter Benito Mussolini in Italien oder Francisco Franco in Spanien, von den USA schnell diplomatisch anerkannt, wurde kräftig investiert. Schwerpunkt war allerdings der technologisch führende Standort Deutschland, hier waren Anfang der 1930er Jahre einige hundert der wichtigsten US-Unternehmen präsent.

So entstand auch mit Hilfe der USA in Hitler-Deutschland die modernste Militärmaschine Europas - und keineswegs unterbrochen im Zweiten Weltkrieg. Trotz militärischer Feindklärung durch die US-Regierung produzierten Ford, General Motors, IBM, Hollywood und Co. auch im Krieg für das NS-System, für die Wehrmacht und auch für die KZ-Verwaltung.

Die von der Wall Street 1930 in Basel/Schweiz gegründete Bank for International Settlements (BIS, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich/BIZ, Zentralbank der Zentralbanken auch heute) wusch Raubgold und Raubaktien, die die Wehrmacht aus den besetzten Staaten herausholte, und verschaffte dem Deutschen Reich international notwendige Devisen für die Beschaffung von Rohstoffen und Kriegsmaterial. In der BIS kooperierten auch während des Krieges die Zentralbanken der militärisch verfeindeten Staaten, also USA und Deutschland, Japan, Frankreich, Belgien, Italien, Schweden usw. Nur die Sowjetunion war nicht vertreten, die Leitung hatte der Wall-Street-Banker Thomas McKittrick.

US-Neuordnung (West)Europas I: Marshall-Plan

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA die neue westliche Supermacht. Nicht nur (West-)Deutschland war wesentlich geschwächt, sondern auch die anderen imperialistischen und kolonialistischen Staaten Europas, insbesondere Großbritannien und Frankreich, aber auch die kleineren Staaten Italien, Belgien, Portugal und die Niederlande. Vor allem Großbritannien war bei den USA tief verschuldet.

USA nach dem Krieg: Den Wirtschaftsboom fortsetzen

Die USA hatten sich durch den Zweiten Weltkrieg endlich aus der tiefen Produktionskrise, die 1928 begonnen hatte, befreit. Den Kriegsboom, den größten Wirtschaftsboom, den die USA bis dahin erlebt hatten, wollten sie nach dem Krieg fortführen. Nach dem Dawes-Plan folgte der viel umfangreichere Marshall-Plan (1947).

Das treibende Motiv des Plans war nicht die vielbeschworene "Hilfe" für das zerstörte Europa - denn zum einen war nur das kapitalistische Westeuropa gemeint, nicht die am meisten zerstörte Sowjetunion und andere von den Nazis verwüstete osteuropäische Staaten. Zum anderen galt die Hilfe vorrangig den USA, ihren Unternehmen und Banken selbst.

Das Marshall-Programm wurde von denen geleitet, die schon die transatlantischen Beziehun-

gen zwischen US-Unternehmen und europäischen, insbesondere deutschen Konzernen vor und während des Krieges gestaltet hatten. So etwa war McKittrick, von 1940 bis 1945 Chef der u. a. als NS-Finanzier fungierenden BIS, in der Pariser Zentrale des Marshall-Plans zuständig für die Finanzabwicklung. So wurde der Wall-Street-Anwalt, dann stellvertretende Kriegsminister ("Assistant Secretary of War"), dann Präsident der Weltbank, John McCloy, zum Marshall-Plan-Beauftragten für die neu gegründete Bundesrepublik Deutschland und ab 1949 auch zu deren US-Hochkommissar.

Ausschluß sozialistischer Parteien und Staaten

Für den Erhalt von Marshall-Hilfen mußten die Empfänger das Politik-, Parteien- und Gewerkschaftssystem antikommunistisch säubern. Kein Kommunist durfte Regierungsmitglied werden. Sozialisten und Sozialdemokraten durften sich nur dann an einer Regierung beteiligen, wenn sie zugleich antikommunistisch waren. Sogar der konservative Charles de Gaulle, der mit "Freies Frankreich" gegen die Nazis gekämpft hatte, wurde von den USA schon 1946 aus der Regierung verdrängt.

Sozialistische Staaten wollten und konnten sich dem Marshall-Regelsystem nicht anschließen. Das hatten die USA von vornherein geplant und schlossen die Sowjetunion schon 1944 bei der Gründung des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank aus.

Öffnung für den Marshall-Plan: Krieg der USA in Griechenland

Wenn es nötig schien, verschärften die USA auch Bürgerkriege. Sie wurden dann anders entschieden als es nach den Kräfteverhältnissen im Land gekommen wäre. 300 CIA-Agenten, 450 US-Militär- und 1.200 US-Wirtschaftsberater wurden 1947 als American Mission for Aid to Greece (AMAG) eingesetzt. Sie unterstützten nationalistische und monarchistische Militärs in Griechenland (die teilweise mit den Nazi-Besatzern kooperiert hatten) durch Geld, Sturzkampfbomber und Napalmbomben. Reiche griechische Unternehmerfamilien, darunter Reeder wie Aristoteles Onassis, wurden subventioniert.

Die schwächelnde Kolonialmacht Großbritannien zog sich aus ihrem traditionellen Einflußbereich zurück und überließ der neuen Supermacht das Feld. So wurde die demokratische und antifaschistische Befreiungsbewegung mitten in "Friedenszeiten" vernichtet: Zwischen 1948 und 1952 wurden zehntausende Kommunisten und Linke eingesperrt, über 1.500 wurden hingerichtet. Dann flossen auch die Gelder des Marshall-Plans. Zum "Kalten Krieg" gehörten für die USA immer auch "heiße" Kriege.

Antikommunistische Steuerung der Gewerkschaften

Der mit der CIA verbundene US-Gewerkschafts-Dachverband AFL-CIO infiltrierte, finanzierte, spaltete, erpreßte ab 1945 Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien und Funktionäre in allen westeuropäischen Staaten, so in Frankreich, Italien, Großbritannien, Westdeutschland, aber auch etwa in den skandinavischen Staaten.

Antifaschismus und Kapitalismus-Kritik wurden weitgehend ausgetrieben. Gegen den 1945 gegründeten überparteilichen Welt-Gewerkschaftsbund initiierten die USA über den AFL-CIO den antikommunistischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, in den der DGB, der englische TUC usw. aufgenommen wurden.

Noch in den 1970er Jahren war z.B. der hauptamtliche DGB-Funktionär Walter Boehm gleichzeitig Gehaltsempfänger des US-Geheimdienstes.

Seit den 1980er Jahren: Noch mehr transatlantische Investitionen

Der Marshall-Plan löste eine dauerhafte US-Investitionselle aus, die weit über den Umfang der Plan-Hilfen hinausging: Während die US-Investitionen zwischen 1950 und 1970 in Lateinamerika auf das Dreifache stiegen, in Asien (einschließlich Japan) auf das Fünffache, im traditionellen Nachbarschaftsmarkt Kanada um das Sechsfache, stiegen sie in Westeuropa um das Vierzehnfache. Aber das war nicht das Ende.

US-Berater: Für DDR-Verkauf, Privatisierung, Rüstungsbeschaffung ... Ab den 1980er Jah-

ren wurden Wall-Street-Investmentbanken wie JP Morgan und Goldman Sachs, teilweise vermittelt über die Europäische Kommission, in EU-Staaten für die Privatisierung der großen staatlichen Unternehmen wie Post, Bahn, Medien und deren Börsengänge herangezogen, zuerst in Großbritannien durch die Tory-Regierung von Thatcher, dann auch etwa durch die von Bundeskanzler Kohl geführte Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP:

Sie holte ab 1990 JP Morgan, McKinsey, PricewaterhouseCoopers (PwC) usw. als Berater in die Treuhand-Anstalt, um die Betriebe der Ex-DDR möglichst schnell und billig zu privatisieren.

McKinsey, PwC, Ernst&Young, Freshfields, Fleishman Hillard und Accenture - die "zivile Privatarmee des transatlantischen Kapitals" - sind zu Dauer-Beratern nicht nur der großen privaten Unternehmen in der EU geworden, etwa bei Bilanzen, Übernahmen, Fusionen und Börsengängen, sondern auch der EU-Regierungen wie der deutschen und auch der Europäischen Kommission, so bei Flüchtlingspolitik, Rüstungsbeschaffung oder Jobcenter-Umgestaltung.

Und die drei großen US-Ratingagenturen Standard&Poor's, Moody's und Fitch beherrschen auch in der EU die Bonitätsbewertung nicht nur der Unternehmen, sondern auch der EU-Staaten und legen deren Kreditkonditionen fest, für den griechischen genauso wie für den deutschen Staat.

Weitere US-Interventionen: De-Industrialisierung der EU

Trotz der verstärkten Investitionen westeuropäischer Banken und Unternehmen seit den 1980er Jahren in den USA blieb die US-Dominanz nicht nur erhalten, sondern wurde seit Beginn des 21. Jahrhunderts weiter ausgebaut.

Dabei haben die US-Akteure die EU-Staaten Irland, Luxemburg, die Niederlande und auch die City of London zu besonders willigen Finanzoasen ausgebaut - mit Hilfe und aktiver Duldung der EU. Die strukturelle Verarmung der staatlichen Haushalte in der EU sind die Folge, Verfall oder teure Privatisierung der Infrastruktur inbegriffen.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts förderte die deutsche Regierung aus SPD/Grünen unter Kanzler Gerhard Schröder mit dem Programm "Entflechtung der Deutschland AG" durch Deregulierungen und Steuerbegünstigungen den Kauf deutscher Mittelstandsunternehmen und öffentlicher Wohnungsbestände durch Private-Equity-Investoren ("Heuschrecken") wie Blackstone und KKR - Vorbild für die ganze EU.

Verwertung der Substanz, De-Industrialisierung

Das Prinzip: Die vorhandene wirtschaftliche Substanz verwerten, Arbeitseinkommen senken, Gewinne rausziehen, keine Zukunftsinvestitionen. Ergebnis: Investive Entmächtigung der EU, De-Industrialisierung, Absturz gegenüber den USA und v. a. der Volksrepublik China.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 drangen dann die größeren Kapital-Organisatoren der Ersten Liga ein, wieder v. a. aus den USA: BlackRock, State Street, Vanguard und Co., neben vereinzelt Staatsinvestoren wie Norges (Norwegen), Temasek (Singapur) oder solchen aus den Golfstaaten. Sie sind nun die führenden und gleichzeitigen Eigentümer der wichtigsten Banken und Konzerne in Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Großbritannien usw., auch in der Schweiz.

Und der gegenwärtig größte Kapital-Organisator, BlackRock, ist nicht nur gleichzeitig Aktionär in allen DAX- und weiteren hunderten deutschen Unternehmen - auch in den fünf größten Wohnungskonzernen - und in den bedeutendsten Unternehmen der wichtigsten EU-Staaten, sondern ist auch mit drei Managern in der US-Regierung von Joe Biden vertreten. Er ist gleichzeitig Berater der Federal Reserve, der Europäischen Kommission und der EZB, auch für die Umsetzung des Corona-Wiederaufbau-Programms der EU.

Arbeitsverhältnisse und die Umdeutung der Menschenrechte Die International Labour Organization (ILO) konkretisiert die Universellen Menschenrechte der UNO im Bereich der Arbeitsbeziehungen: Recht auf Arbeit, Recht auf freie Gewerkschaften und Streik, Recht auf Kran-

ken-, Arbeitslosigkeits- und Rentenversicherung, gerechtes Arbeitsentgelt, Kündigungsschutz, Arbeits- und Ruhezeiten, bezahlter Urlaub, Verbot der Zwangs- und Sklavenarbeit, Schutz der Wanderarbeit usw. Die westlichen EU-Staaten haben in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg eine Vielzahl der knapp 200 ILO-Konventionen ratifiziert.

Aber: Von 1948 bis ins Jahr 1970 war David Abner Morse Generalsekretär der ILO, länger als jemals ein anderer Generalsekretär vor oder nach ihm. Er war zuvor Vize-Arbeitsminister der US-Regierung und Arbeits-Berater der US-Militärregierung in Westdeutschland.

Die USA haben bis heute nur ein Dutzend der Konventionen ratifiziert, und schon gar nicht die wichtigsten - und stehen damit weltweit an vorletzter Stelle, weniger sind es noch bei Katar. Ein Hinweis darauf, warum die USA stets danach trachtete, daß einer der ihren, ob nun US-Bürger oder nicht, die ILO führt und neutralisiert. Unter der Regie von Morse wurden die ILO-Arbeitsrechte völkerrechtswidrig verdrängt, praktisch außer Kraft gesetzt, gezielt auch bei den Vorläufern der EU. Dies wirkt bis heute fort, etwa auch bei internationalen Freihandelsverträgen.

Dies steht im Kontext der US-geführten Umdeutung der Menschenrechte: Arbeits- und Sozialrechte raus, Individualrechte bleiben übrig, heute zugespitzt auf Diversität.

Working poor, working sick, migrantische Arbeit von legal bis illegal

US-Konzerne wie McDonald's und UPS waren in Westeuropa ab den 1970er Jahren die Vorreiter für gewerkschaftsfeindliche prekäre Arbeitsverhältnisse. Working poor, zudem verbunden mit working sick, breitete sich von den USA kommend auch in der EU aus. Sie fördert den Ersatz des regulierten Voll- und Dauerarbeitsplatzes durch den hochflexiblen Job nach US-Vorbild. Die Situation der abhängig Beschäftigten in der EU gleicht sich den US-Verhältnissen immer mehr an, auch mit der Nutzung legaler wie illegaler migrantischer Arbeit.

Seit Beginn der 2000er Jahre wurde die in den USA entwickelte Dienstleistung des Union Busting auch in der EU installiert: Professionelle Bekämpfung von unabhängigen Belegschaftsvertretungen. Wie in den USA besteht die Klasse der abhängig Beschäftigten heute aus vielfältigsten Gruppen, die nach Nationalität und Ethnie, rechtlichem Status, Arbeitsumfang und Legalität/Illegalität hochgradig und kaum organisierbar zersplittert sind und wo schon erste Ansätze einer Organisierung bekämpft werden.

Ost-Erweiterung und Digitalisierung

Mit der Osterweiterung der EU wurden und werden die neuen Mitglieds- und Anwärterstaaten zweifach genutzt: 1. für selektive Investitionen einzelner v. a. westlicher Unternehmen, ohne die Volkswirtschaft und die Infrastruktur zu fördern, 2. als Reservoir für millionenfache, befristete migrantische Arbeit in den Sektoren Bau, Logistik, Gesundheit, Landwirtschaft (Saisonarbeit), häusliche und Alten-Pflege, Gastronomie und auch Prostitution.

US-Konzerne wie Uber, Amazon, Facebook/Meta sind mit ihren EU-weiten Subunternehmerketten die Vorreiter der digitalisierten und durch Künstliche Intelligenz beschleunigten Prekarität (gig und crowd working, oft vertragslos, oft einseitiges anonymes Anweisungsverhältnis), zusätzlich befördert durch die Pandemie(-Politik).

US-Neuordnung (West-)Europas II: NATO

Im Vorfeld der NATO-Gründung wußten die Verantwortlichen in den USA: Die Sowjetunion bedeutet keine militärische Gefahr. Einen Angriff auf Westeuropa konnte die geschwächte Macht, selbst wenn sie wollte, nicht durchhalten:

Die Wirtschaft der Sowjetunion war zu schwach; ihr Transportsystem zu unausgereift; ihre Ölindustrie ist viel zu leicht anzugreifen. Die Männer im Kreml sind kluge Tyrannen, urteilte der Chefplaner im State Department, George Kennan, die ihre innere Macht nicht durch militärische Abenteuer im Ausland aufs Spiel setzen. Dies hielt Kennan ab 1948 für Außenminister Marshall, Präsident Truman und die US-Botschafter in diversen Memoranden wiederholt

fest.

Die Gründungslüge

Die tieferen Gründe für die militärische Besetzung Europas waren andere. Im März 1943 machte es der neolibérale Geostratege Walter Lippmann offiziell: Nach der Eroberung Nordamerikas, Mittelamerikas, der Karibik, der Philippinen und Inseln im Pazifik (Wake Islands, Guam, Hawaii ...) seien die USA bisher gezwungen gewesen, "zwei Drittel der Erdoberfläche von unserer kontinentalen Basis in Nordamerika aus zu verteidigen."

Jetzt aber eröffne sich mit der absehbaren Niederlage der Achsenmächte Deutschland, Japan, Italien eine neue Möglichkeit: Die USA können jetzt ihre "Verteidigungslinie" entscheidend erweitern, "indem wir unsere Außenpolitik auf zuverlässige Bündnisse in der alten Welt gründen."

1947: Vom Department of War zum Department of Defense

Von 1776 an, seit ihrer Gründung, hatten die USA faktengemäß ein Kriegsministerium (Department of War). Aber gerade jetzt, 1947, auf der erweiterten Stufe ihrer globalen Expansion, wurde das Kriegsministerium als Verteidigungsministerium (Department of Defense) deklariert. Dies war durchaus ein internationaler Trend, der es dem Kriegsbündnis NATO leichter machte, unter "Verteidigungsbündnis" zu firmieren.

Die 1949 gegründete NATO war Zwillingsgeschöpf des Marshall-Plans. Das verkörperte George Marshall selbst: Während des Zweiten Weltkriegs koordinierte er als Chief of Staff das US-Militär auf allen Kriegsschauplätzen zwischen Nordafrika und Japan. Nach dem Krieg organisierte er als Außenminister von 1947 bis 1949 den nach ihm benannten Plan. Und 1950 organisierte er als US-Verteidigungsminister die im Jahr zuvor aus der Taufe gehobene NATO mit.

Die Fortsetzungslüge: EU-Osterweiterung mit NATO

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die ins Feld geführte Legitimation für die NATO weggefallen. Aber für die USA als "einzige Weltmacht" war und ist die Beherrschung ganz Eurasiens "von Lissabon bis Wladiwostok" das Ziel, so 1996 der führende Berater mehrerer US-Präsidenten, Brzezinski.

Der unter dem Deckmantel der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker - bis hin zur Behauptung, "ein neues Auschwitz" müsse verhindert werden -, geführte Krieg gegen Jugoslawien war ein Einschnitt. Heute ist man weiter: Rußland muß erobert werden, auch um die großen Ressourcen nicht China zu überlassen; dafür ist die Ukraine der wichtigste Zwischenschritt, so das geostrategische Konzept.

Alle osteuropäischen Staaten, ob Ungarn, Polen, Tschechien, Kroatien, Litauen usw. wurden und werden zuerst Mitglieder der NATO, bevor sie nach einigen Jahren auch EU-Mitglied werden dürfen. Der Kosovo wurde völkerrechtswidrig von Serbien abgetrennt und zum Staat erklärt (bis Ende 2021 von gut 100 Ländern, darunter 22 der 27 EU-Staaten, anerkannt), um dort, umgeben von Armut und Korruption, den neuen US-Militärstützpunkt Bond Steel zu betreiben.

So sind zwar die britischen, französischen, belgischen und niederländischen Besatzungstruppen aus der Bundesrepublik abgezogen, aber nicht die US Army und nicht die US-Atombomben - im Gegenteil: Die etwa drei Dutzend US-Militärstützpunkte und Operationsbasen werden umgebaut, erweitert, modernisiert, für Kriege in Asien, "Operationen" in Afrika und den Aufmarsch gegen Rußland. Kein größerer Staat der Welt ist so dicht mit ausländischem, also US-Militär, besetzt wie der "mächtigste" EU-Staat, und dies verschärft in den 16 Regierungsjahren der "mächtigsten Frau der Welt".

Befreiung von "America First"!

Die deutsche Bundeskanzlerin ließ sich und ihre Regierungsmitglieder von US-Geheimdiensten ausspionieren. Aber selbst als dieses Mal zufällig und kurzzeitig bekannt wurde -

Frau Merkel unternahm nichts dagegen. Das gehört seit Bundeskanzler Adenauer zum Standard dieser besonders tiefen transatlantischen "Freundschaft". Ergebnis: Die Macht Deutschlands und der EU erodiert, auf allen technologischen und geostrategischen Gebieten, so der außenpolitische Thinktank European Council on Foreign Relations.

"Machtlos gegen Big Tech"

Die EU hat seit einem Jahrzehnt auf strategisch wichtigen Feldern immer wieder versucht, die US-Vorherrschaft zumindest etwas zu begrenzen: Bei der organisierten Steuerflucht von US-Unternehmen, bei der Einschränkung des Wettbewerbs durch die großen fünf US-Digitalkonzerne Google, Apple, Microsoft, Facebook und Amazon (GAMFA), bei der Abschöpfung von Bürger- und Unternehmensdaten und deren Transfer in die USA, bei der Abhängigkeit der EU im Bereich der Software, der Chip-Produktion und der Clouds.

Es wurden schon mal ein paar Milliarden Bußgelder eingetrieben - aber die Strukturabhängigkeit von den Digitalkonzernen wächst, noch beschleunigt mit der Pandemie-Politik. Dabei werden die dreistelligen Millionenbeträge nicht einmal thematisiert, mit denen die GAMFA mitunter Lehrstühle finanzieren und über häufige und große Anzeigen auch Abhängigkeiten der sogenannten Leitmedien in der EU schaffen, in Deutschland von taz bis FAZ.

Da bilanziert die FAZ: "Verzweifelte Aufholjagd einer Schlüsselindustrie. Brüssel will die Chip-Branche in der EU vor dem Niedergang retten. Der aber ist längst im Gange." Und das Handelsblatt bilanziert: "Machtlos gegen Big Tech". Deshalb schlägt die US-lastige Unternehmer-Postille als "Lösung" offen vor: "Mit Apple und Google verbünden"!

Noch mehr Unterwerfung trotz wachsender Zweifel an der Supermacht

Zwei Jahrzehnte haben die wichtigsten und auch kleine EU-Staaten und ebenso ihre Neutralität zelebrierende Staaten wie die Schweiz den US- und NATO-Krieg in Afghanistan mitgetragen: militärisch, finanziell, propagandistisch, geheimdienstlich und übrigens auch mit christlich-kirchlicher Beweihräucherung vor Ort.

Ergebnis: Millionen Menschen auf der Flucht, hunderttausende Tote, ein destabilisiertes und verarmtes Land, mit vielgestaltig korrumpierten Marionettenregierungen, Oligarchen, Warlords, einheimischen "Menschenrechtlern" und "Ortskräften" sowie eine wieder zur Macht gekommene Taliban-Regierung. Das nur als ein Beispiel, ein aktuelles, für die menschenrechtlich, moralisch, politisch, finanziell und sogar noch militärisch desaströse US- und NATO-Gefolgschaft.

Selbst ein transatlantisches Flaggschiff wie die "Zeitung für Deutschland" konstatiert die technisch-finanzielle Dominanz der USA, und auch die sich vertiefenden Zweifel an der "einzigsten Weltmacht": Durch "strukturellen Rassismus, Waffengewalt auf den Straßen, zehntausende Drogentote, rechten Populismus - die Krisensymptome sind nicht mehr zu leugnen und reichen weit in das liberale Bürgertum", so die FAZ in ihrer immer noch beschönigenden Krisenanalyse, in der z.B. der Afghanistan-Krieg fehlt.

Aber solange Rußland und China uns bedrohen, so das von Facebook und Google mittels Inseraten reichlich bedachte Leitmedium, "muß Europa sein Mißtrauen Washington gegenüber überwinden und auf Amerika setzen."

Militärische Budgets weiter erhöhen

Derlei herrschende Meinungsmache erreicht, in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, in der gegenwärtigen Feindbild-Konstruktion, in der Haß- und Hetzproduktion gegen Rußland und die Volksrepublik China "Weltniveau".

Die EU erweitert die "eigenen" militärischen Instrumente, aber die NATO-Führung bleibt, und die EU-Staaten erfüllen schrittweise die dem US-Präsidenten Barack Obama verbindlich zugesagte Forderung der Supermacht, die Rüstungsetats mindestens auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.

Die USA schrumpfen sich und die besten Alliierten volkswirtschaftlich, ihre wichtigsten in-

ternationalen Instrumente sind Boykotte und Sanktionen - und haben als wichtigstes Alleinstellungsmerkmal nur noch den weltweit größten Destruktionsapparat zu bieten: Militär zu Land, zur See, in der Luft, im Weltraum; die mit riesigem Abstand meisten Militärstützpunkte rund um den Planeten; die größten Rüstungskonzerne und den größten Rüstungsexport, die meisten Kriege, offene und verdeckte.

Die notwendige Befreiung von "America First"

Nach dem bisher größten Weltkrieg wurden die Konsequenzen gezogen: UN-Völkerrecht und Universelle Menschenrechte. Um den nächsten, noch größeren Weltkrieg zu verhindern - und auch seine teils geifernd begrüßten Vorstufen zu entschärfen -, muß die Menschheit zu diesem Völkerrecht und diesen Menschenrechten zurück: Globalisierung ohne militärische Begleitung. Befreiung der UNO und ihrer Unterorganisationen aus dem Zugriff der USA. Austritt aus der NATO, statt dessen gemeinsame Sicherheitsarchitektur für das ganze Europa - jenseits von "America First". ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. Juni 2022: >>Erzbischof Vigano: "Ukraine-Krieg dient Great Reset"

Ein Gottesmann blickt hinter die Kulissen: Der traditionalistische Erzbischof Carlo Maria Vigano stand dem bekannten Corona-Kritiker und Juristen Dr. Reiner Füllmich Rede und Antwort. ...

_ Reiner Füllmich im Gespräch mit Erzbischof Carlo Maria Vigano

Reiner Füllmich: Exzellenz, die Corona-Krise geht nun in ihr drittes Jahr. Inzwischen sind die Kriege im Osten und vor allem die massive politische und mediale Kriegshetze hinzugekommen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Erzbischof Carlo Maria Vigano: Lassen Sie uns einen grundlegenden Punkt klären: Die Ukraine-Krise wurde vom tiefen Staat bewußt provoziert, um die Welt zu zwingen, die Reformen des Great Reset durchzuführen, insbesondere den sogenannten "technologischen Übergang" und die "grüne Wende". Sie ist die zweite Stufe des globalistischen Technokraten-Putsches nach der Pandemie-Farce.

Die Psychopandemie war die erste Stufe eines wirklichen Angriffs, um die Kontrolle über die Regierungen zu erlangen. In Wirklichkeit versuchen sie heute nur, die politische Macht zu umgehen, die bisher nur als reiner Befehlsausführer diente. Unter dem Vorwand der Pandemie haben sie Systeme zur detaillierten Bevölkerungskontrolle eingeführt, darunter auch Systeme zur Rückverfolgung einzelner Bürger, die mit dem experimentellen Gen-Serum geimpft worden sind.

"Stellen Sie sich einen biologischen Chip vor, der in einer Pille enthalten ist, die, wenn sie geschluckt wird, in den Magen geht und ein Signal aussendet. Stellen Sie sich die Anwendungen vor, die Möglichkeit, Menschen gefügig zu machen. Was auf diesem Gebiet geschieht, ist faszinierend."

Und Bourla sagt "was passiert", weil er über bestehende Technologien und nicht über imaginäre Projekte spricht. Das Vorhandensein von Graphen und sich selbst zusammensetzenden Nanoschaltkreisen wird jetzt sogar von denen zugegeben, die noch vor einem Jahr diejenigen, die Alarm schlugen, als "Verschwörungstheoretiker" bezeichneten.

Immunsystem irreversibel geschwächt

Die Bevölkerungen der Länder, die sich der Agenda 2030 angeschlossen haben, sind jetzt größtenteils geimpft, oder besser gesagt: sie wurden genetisch verändert, und ihr Immunsystem ist jetzt auf irreversible Weise geschwächt. Und vielleicht - wie einige Juristen jetzt anprangern - wird man entdecken, daß sie zusammen mit dem genetischen Serum Chips injiziert haben, die in der Lage sind, sogar die Reaktionen der Menschen zu kontrollieren, ihr Verhalten zu beeinflussen und sie gefügig zu machen, wenn es zu Unruhen kommt, oder gewalttätig, wenn es nötig ist, einen Vorwand für militärische Interventionen zu haben.

Wir sind weit über einen globalen Staatsstreich hinaus: Dies ist der größte, aufsehenerregendste, noch nie dagewesene Angriff auf die menschliche Person - auf die Freiheit, das Gewissen und den Willen des Menschen.

Man kann sich gut vorstellen, welches Risiko es birgt, der WHO im Falle einer Pandemie die souveräne Kontrolle über die Gesundheitssysteme verschiedener Nationen zu übertragen, wenn diejenigen, die über Impfkampagnen und Behandlungen, über Eindämmungsmaßnahmen und Abriegelungen entscheiden müssen, alle von den großen Pharmakonzernen und von der Bill & Melinda Gates Foundation finanziert werden, die über die ewige Pandemie und den ewigen Auffrischungsimpfstoff theoretisiert. Selbst die Resolution, über die in der WHO abgestimmt werden sollte - und die zumindest vorerst verhindert wurde - ging in Richtung einer totalen Kontrolle durch die globalistische Synarchie.

Man darf sich also nicht wundern, wenn die WHO in dem kläglichen Versuch, die Nebenwirkungen des experimentellen Gen-Serums zu vertuschen, nun Alarm schlägt wegen der angeblichen Affenpocken, deren Symptomatik einigen der Nebenwirkungen des mRNA-Impfstoffs merkwürdig ähnlich ist. Sowohl die WHO als auch die Europäische Arzneimittelagentur (die zu 75 Prozent von Big Pharma finanziert wird) haben gezeigt, daß sie sich in einem klaren Interessenkonflikt befinden und völlig von der Pharmaindustrie abhängig sind.

Der Westen wollte den Krieg

Was die russisch-ukrainische Krise betrifft, so wurde das, was eine Friedensoperation hätte sein sollen, um der ethnischen Verfolgung der russischsprachigen Minderheit in der Ukraine durch Neonazi-Extremisten ein Ende zu setzen, vorsätzlich und schuldhaft in einen Krieg verwandelt. Die wiederholten Appelle von Präsident Putin an die internationale Gemeinschaft, das Minsker Protokoll zu respektieren, sind auf taube Ohren gestoßen.

Und warum? Aus dem einfachen Grund, daß es eine hervorragende Gelegenheit war.

Erstens war es eine Gelegenheit, improvisiert eine globale Energiekrise herbeizuführen, um den Übergang zu alternativen Energiequellen zu erzwingen, zusammen mit all den damit verbundenen Geschäften. Wie könnte man ohne eine Krise die Erhöhung der Gas- und Benzinspreise als Instrument einsetzen, um Unternehmen und Einzelpersonen zu dem berühmten "ökologischen Übergang" zu zwingen, den niemand je gewählt hat und der von Bürokraten aufgezwungen wurde, die von der Elite verklavt sind?

Zweitens, um auf kontrollierte und rücksichtslose Weise alle Unternehmen zu zerstören, die als nutzlos oder schädlich für die globale Wirtschaft der multinationalen Konzerne gelten. Millionen von Handwerksbetrieben, kleine Unternehmen, die die Nationen Europas und insbesondere Italiens einzigartig machen, mußten schließen, weil nach den Katastrophen, die durch die Abriegelungen und die Regeln der Psychopandemie verursacht wurden, ein Anstieg der Gas- und Ölpreise provoziert wurde, mit kriminellen Spekulationen durch den Markt und ohne daß die Russische Föderation auch nur einen Cent mehr bekommen hätte.

All dies wurde von der Europäischen Union auf Anweisung der NATO mit Hilfe von Sanktionen herbeigeführt, die sich auf diejenigen auswirken, die sie verhängt haben. Der Zusammenbruch der traditionellen Wirtschaft ist nicht die unglückliche Folge eines unerwarteten Konflikts, sondern die vorsätzliche kriminelle Aktion einer globalen Mafia, im Vergleich zu der die traditionelle Mafia wie eine vorteilhafte Partnerschaft erscheint. Der Vorteil dieser subversiven Operation kommt den multinationalen Konzernen zugute, die Unternehmen und Immobilien zu Konkurspreisen aufkaufen können, und auch den Finanzunternehmen, die von Krediten an Millionen neuer Armer profitieren.

Auch hier bedienen sich die ideologischen - und teuflischen - Ziele der Elite der Komplizenschaft von Wirtschaftspotentaten, deren Ziel es ist, einfach nur Profit zu machen. Mit dem Krieg haben die Rüstungsindustrie und die nicht minder florierende Industrie der Informationstechnologien und Söldner nun die Möglichkeit, lukrative Geschäfte abzuschließen, mit

denen sie die Politiker großzügig belohnen, die für die Lieferung von Waffen und Unterstützung in die Ukraine gestimmt haben.

Drittens diente der Krieg in der Ukraine auch dazu, den Skandal um Hunter Biden zu vertuschen, der mit der Metabiota-Gesellschaft an der Finanzierung von Biolabors beteiligt war, in denen bakteriologische Massenvernichtungswaffen hergestellt werden. Die Belagerung des Stahlwerks Asowstal war gerade dadurch motiviert, daß sowohl die Mitglieder ausländischer NATO-Truppen zusammen mit den Neonazis von Asow und Prawij Sektor als auch die durch internationale Konventionen verbotenen Biolabore, die für Experimente an der örtlichen Bevölkerung genutzt werden sollten, versteckt werden mußten.

Viertens, weil das Psychopandemie-Narrativ trotz der Komplizenschaft der Mainstream-Medien nicht verhindern konnte, daß die Wahrheit ans Licht kam und sich allmählich in immer breiteren Kreisen der öffentlichen Meinung verbreitete. Die Krise in der Ukraine sollte eine gut organisierte Operation zur Ablenkung der Massen sein, um zu verhindern, daß die zunehmend unkontrollierbaren Nachrichten über die tödlichen Auswirkungen des experimentellen Serums und die katastrophalen Folgen der von den Nationen während der Notfallpandemie ergriffenen Maßnahmen an die Öffentlichkeit gelangen.

Die Fälschung von Daten ist inzwischen offenkundig; die absichtliche Verschleierung der Ergebnisse der ersten Phase des Experiments wird von den Pharmakonzernen selbst zugegeben; die Unbrauchbarkeit von Masken und Abriegelungen ist durch mehrere Studien belegt; der Schaden für das psychophysische Gleichgewicht der Bevölkerung und insbesondere für Kinder und ältere Menschen ist unabsehbar, ebenso wie der Schaden, der den Studenten durch den Fernunterricht entstanden ist.

Es ist das Mindeste, was diese verrückten Kriminellen tun können, die für die Pandemie ebenso verantwortlich sind wie für die russisch-ukrainische Krise, indem sie die Menschen mit antirussischer Propaganda vor dem Fernseher oder in den sozialen Medien gefesselt halten, um sie daran zu hindern, zu begreifen, was ihnen angetan wurde. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22896" berichtete am 24. Juni 2022 (x1.150/...): >>Wie Medien gekauft / geschmiert sind

Berichterstattung über einen aktuellen Krieg - Informationen bezüglich Corona - News über einen amerikanischen Präsidenten: So unterschiedlich die Themen auch sein mögen, die Berichterstattung der Leitmedien deckt sich weitgehend. ...

Es ist bekannt, daß vor allem die Printmedien laufend Abonnenten verlieren. Weniger Abonnenten heißt aber auch entsprechend weniger Einnahmen! Warum die Zeitungen dennoch weiter ihre Arbeit tun und sie ihre Ausgaben noch mit neuen Rubriken erweitern können, ist Inhalt dieser Sendung.

Praktisch alle Medien gehören Stiftungen oder sogar deren Gründern. Bekannte Namen sind die Bertelsmann Stiftung oder die Axel Springer Stiftung.

Wenn ein Medienhaus mit seinen Journalisten nicht mehr selbständig, sondern von "Fremdgeldern" abhängig ist, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gegen die Überzeugungen seines Geldgebers, noch negativ über seine Stiftung berichten. Ein Beispiel dazu: Das deutsche Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" bekam 2018 von der Bill & Melinda Gates Stiftung 2,5 Millionen Dollar gespendet und im Oktober 2021 nochmals 2,9 Millionen.

Der zuletzt erwähnte Betrag wurde von der Stiftung bezahlt, um im "SPIEGEL" ein Gemeinschaftsprojekt zu verwirklichen durch eine neue Rubrik "Globale Gesellschaft". Unter anderem wurden Themen wie Frauenrechte, Verhütung, Klimakrise samt ihren Wechselwirkungen erörtert. Mit den Spenden konnte Bill Gates erreichen, daß gewisse Themen in seinem Sinn journalistisch aufgearbeitet wurden und durch die Zeitschrift großflächig unter das Volk kamen.

Natürlich wurde irgendwann bekannt, daß DER SPIEGEL Geld von der Bill & Melinda Gates

Stiftung erhalten hatte und er mußte sich rechtfertigen. Das Medienhaus behauptete, seine Arbeit weiterhin vollkommen unabhängig zu tun und es weiterhin möglich sei, kritisch über Bill Gates zu berichten. Allerdings ist festzustellen:

Als im Zuge des Epstein-Skandals, bei dem es darum ging, daß Jeffrey Epstein Minderjährige selbst mißbrauchte und zur Prostitution gezwungen hatte, um sie seinen reichen und mächtigen Freunden, Partnern und Kunden zuzuführen, sickerte durch, daß auch Bill Gates enge Kontakte zu Epstein gepflegt hatte. Obwohl gleichzeitig über ihn selber Belästigungsversuche gegenüber Frauen per Presse bekannt wurden, war DER SPIEGEL bemüht ihn reinzuwaschen. Der Kontakt zu Epstein sei lose gewesen, nichts sei bewiesen.

Interessant, denn DER SPIEGEL behandelt sonst Vorverurteilte bei MeToo nicht zimperlich, nur schon bei Belästigungsvorwürfen werden vermutete Täter sofort an den medialen Pranger gestellt. Nicht so Bill Gates! Zur Erklärung: Unter Hashtag MeToo (Ich auch) läuft eine Kampagne auf Twitter, auf der Millionen von Frauen weltweit sexuelle Übergriffe auf sie öffentlich gemacht haben oder über sexuelle Gewalt diskutieren.

Auf einer kleinen Übersicht sehen Sie nun in der Vergangenheit gezahlte Gelder an Medienhäuser von der Bill & Melinda Gates Stiftung. Dabei sei erwähnt, daß jeder andere Philanthrop wie Soros, Rockefeller und wie sie noch alle heißen, durch ihre Stiftungen oder Nichtregierungsorganisationen ebenfalls den Medien Gelder zukommen lassen. Da diese aber keine detaillierten Angaben dazu machen, können diese leider nicht aufgelistet werden.

Gelder an Medienhäuser von der Bill & Melinda Gates Stiftung

An wen - Wieviel - Wann - Zweck ...

Zuwendungen an den SPIEGEL: 250.000 Euro während 2016 bis 2018 für globale Nachhaltigkeitsziele im Projekt "Expedition ÜberMorgen" und weitere 175.000 Euro über zwei Jahre für das journalistische Flüchtlingsprojekt "The New Arrivals".

Im Jahr 2018 bekam dann die Zeitschrift zweieinhalb Millionen Dollar ohne daß die Stiftung einen Zweck nannte. Scheinbar haben sie ihre Arbeit gut gemacht!

Insgesamt 2 Millionen 280 Tausend Euro, verteilt auf drei Jahre, bekamen sie dann zweckgebunden für die Rubrik "Globale Gesellschaft".

Weitere 2,9 Millionen Dollar sind im Oktober 2021 auf das Konto des SPIEGELS geflossen.

Auch andere namhafte Zeitungen wurden mit Spenden versehen:

An die englische Tageszeitung "The Guardian" insgesamt 14 Millionen Dollar seit 2011 zweckgebunden für das Thema Globale Gesellschaft.

Vier Millionen Dollar 2013 an die spanische Zeitung "El Pais" für das gleiche Thema.

An "Le Monde" zusammengerechnet vier Millionen seit 2014.

Die englische Rundfunkanstalt BBC erhielt mehrmals Finanzspritzen von insgesamt 50 Millionen Dollar seit 2005.

Marginal scheint die Überweisung an den US-amerikanischen Fernsehsender CNN. Sie war einmalig und betrug 3,6 Millionen Dollar im Jahr 2020.

Bis Juni 2020 können dann noch Beiträge an verschiedenste Medien in der Höhe von zusammengerechnet 250 Millionen Dollar ausgemacht werden.

Die Praxis zeigt, daß die Aussage "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing" für die Medienhäuser nicht nur stimmt, sondern die Zusammenhänge noch weitgreifender sind. Tatsache ist, daß die verschiedenen Stiftungen, denen die einzelnen Medienhäuser gehören, untereinander auch noch vernetzt sind. Im Westen sind das vor allem transatlantisch Denkende, die mit ihren Netzwerken den politischen Kurs vorgeben.

Diese mehrheitlich deutschen Führungskräfte aus Politik, Wissenschaft und Medien glauben an eine globale Führungsrolle der USA und bringen dieses amerikanische Gedankengut sozusagen über den Atlantik nach Europa. Das Ergebnis ihres Handelns war und ist ganz Europa vom politischen Kurs der USA zu überzeugen und sie so auch für die NATO auf Kurs zu be-

halten.

Und da praktisch jeder Chefredaktor der Leitmedien in einem der verschiedenen transatlantischen Netzwerke eingebunden ist, wird in allen europäischen Zeitungen die gleiche Meinung über eine Sache berichtet. Das geht soweit, daß wir Europäer weitgehendst amerikafreundliche Nachrichten zu hören bekommen und Rußland entsprechend in ein schlechtes Licht gerückt wird.

So wird in den westlichen Medien Rußland immer wieder heftig kritisiert, weil es 2012 ein "Gesetz über ausländische Agenten" eingeführt hat. Unter "ausländischen Agenten" sind auch politisch tätige Nichtregierungsorganisationen, die vom Ausland bezahlt werden, gemeint. Rußland will dabei ausländischen Einfluß auf seine Innenpolitik verhindern.

Ohne genauer auf den Inhalt einzugehen, kann diese Kritik insofern als inhaltslos bezeichnet werden, da Rußland dieses Gesetz zum Teil mit gleichen Begriffen von den USA abgeschrieben hat. Dort besteht es schon seit 1938 und trägt den Namen: "Foreign Agents Registration Act."

Das nachgeahmte russische Gesetz ist jedoch bei gleichen Verstößen weit weniger streng. Sowohl die Bußen wie auch die Gefängnisstrafen für gleiche Zuwiderhandlungen sind geringer. Das aber erzählen die westlichen Medien nie, wenn sie wieder einmal über das russische Agenten-Gesetz herziehen.

Diese Beispiele zeigen glaubhaft auf, daß unsere Hauptmedien vielseitig beeinflusst werden: Von außen durch die sogenannten Philanthropen und Stiftungen und von innen durch die Chefredakteure, die fast ohne Ausnahme einem transatlantischen Netzwerk angehören, welche die Aufgabe haben, proamerikanisches Gedankengut in Europa zu verbreiten.

Falls Sie lieber Zuschauer, dieses Thema noch ausführlicher interessiert, so finden Sie den Inhalt dieser Sendung in dem neu erschienenen Buch von Thomas Röper "Inside Corona".

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. Juni 2022: >>>**Morgenthau 2.0: Grüne Agenten der Deindustrialisierung**

_ von Alexander Markovics

Habeck, Baerbock & Co. treiben eine selbstmörderische Energie- und Wirtschaftsagenda voran, die Deutschland innen- und außenpolitisch in die Katastrophe treibt. Damit erweisen sie sich als späte Vollstrecker eines alten Plans. ...

Auf der Zweiten Quebec-Konferenz im September 1944, an der sowohl der britische Premierminister Winston Churchill als auch US-Präsident Franklin D. Roosevelt teilnahmen, schlug der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau, einen Plan zur Deindustrialisierung Deutschlands vor.

Dieser sogenannte Morgenthau-Plan, der die Zerstückelung Deutschlands sicherstellen sollte, plädierte für die Überstellung wichtiger Industriegebiete unter internationale Kontrolle, die Demontage der Schwerindustrie sowie die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland. Die wichtigsten Auszüge aus dem Morgenthau- und dem sogenannten Kaufman-Plan ("Deutschland muß vernichtet werden"). Beide Pläne plus Hintergründe finden Sie in COMPACT-Spezial "Krieg. Lügen. USA - Die Blutspur einer Weltmacht")

Die Einzelheiten des Pamphlets wurden an die Presse weitergeleitet und verursachten eine Welle der Empörung. Der Plan war so monströs, daß die Nazipropaganda nicht anders konnte, als ihn zu ihrem Vorteil zu verwenden. Nichtsdestotrotz war er real und spiegelte die Haltung der amerikanischen Eliten gegenüber Deutschland zu diesem Zeitpunkt wider.

Von Morgenthau zu Marshall

Die USA hatten die Absicht ihren Hauptwidersacher im Nachkriegseuropa auszuschalten, um sicherzustellen, daß Deutschlands industrieller und politischer Einfluß nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes keinesfalls wiederhergestellt werden könnte.

Im Oktober 1945 veröffentlichte der Verlag Harper and Brother Morgenthau Buch *Germany is our Problem (Deutschland ist unser Problem)*, in dem der Autor seinen Plan nochmals ausführte und beschrieb. Im November 1945 stimmte General Dwight D. Eisenhower, seines Zeichens Militärgouverneur der US-Besatzungszone, der kostenlosen Verteilung von 1.000 Exemplaren unter amerikanischen Militärbehörden im besetzten Deutschland zu.

Im Nachkriegsdeutschland übernahm die US-amerikanische Verwaltung eine Reihe von Maßnahmen um die wirtschaftliche Entwicklung einzuschränken. Als Folge dieser Maßnahmen sank der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung dramatisch, und es kam zu einer Hungersnot nach dem Krieg. Es dauerte bis zum Ausbruch des Kalten Krieges 1947 und der damit einhergehenden Notwendigkeit eine Bastion in Westeuropa gegen die UdSSR zu schaffen, bis der auf die Industrialisierung Westdeutschlands abzielende Marshall-Plan den Morgenthau-Plans ersetzte.

Deutschland wird wieder zum Problem

Das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung Deutschlands stellten die Anglo-Amerikaner vor ein neues Problem: Plötzlich war die Bedrohung verschwunden, deretwegen sie die Unterdrückung der deutschen Industrie aufgegeben hatte: Die UdSSR und das internationalistische sozialistische System.

Die Bundesrepublik und Frankreich waren zum Kern eines Blocks geworden, der die europäische Integration anstrebte und der das Potential hatte, ein geopolitischer und geökonomischer Mitbewerber der Vereinigten Staaten zu werden. Innerhalb der EU wurde Deutschland zur unumstrittenen Führungsmacht, was wiederum London nicht paßte. 2003 traten Paris und Berlin schließlich in den offenen Aufstand: Gemeinsam mit Rußland stellten sie sich gegen die anglo-amerikanische Invasion des Irak.

Politik und geökonomische Interessen gingen dabei Hand in Hand. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde Deutschland als Wirtschaftsmacht Nummer 1 in Europa zum Hauptwirtschaftspartner Rußlands. Das aufstrebende China sah ebenso Deutschland als vielversprechenden Wirtschaftspartner.

Der Zugang zu den günstigen Energiequellen Rußlands war und ist noch immer von großer Wichtigkeit für die Entwicklung der deutschen Industrie. Die Bundesrepublik und Rußland waren sehr an einer Zusammenarbeit interessiert.

Um das kontinentale Bündnis zwischen Deutschland, Rußland und China zu unterminieren, das sich trotz des Transatlantismus unter deutschen Politikern großer Beliebtheit erfreute, setzten die USA von nun an auf die Regierungen Osteuropas.

Die neue Deindustrialisierung

Dennoch gelang es Moskau und Berlin nach dem Umsturz in der Ukraine von 2004 die Ostsee-Pipeline Nord Stream zu starten und schließlich Nord Stream 2 nach der Farbrevolution von 2014. Insgesamt gereichte die geopolitische Lage auf der Welt den USA und dem Vereinigten Königreich nicht zum Vorteil. Die industriellen und politischen Zentren Eurasiens, die danach streben ihre Potentiale zu integrieren (Stichwort Neue Seidenstraße), drohen, den USA ihre Rolle als globaler Hegemon streitig zu machen.

Unter der Führung Donald Trumps versuchten die Vereinigten Staaten Europas wirtschaftliches und politisches Wachstum einzubremsen, indem sie es zu mehr Rüstungsausgaben und dem Kauf von amerikanischem Erdgas (das viel teurer ist als das russische) zu verdonnern. ... Trump mag nicht mehr Präsident sein, aber die strategischen Ziele der USA sind dieselben geblieben, nur ihre Taktik hat sich geändert. Jetzt verwenden die Demokraten und Joe Biden die "grüne Agenda" um Europa und Deutschland zu schwächen. Geht es nach den Plänen der EU, deren Führung von Transatlantikern dominiert wird, soll Europa bis zum Jahr 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden.

Experten schätzen, daß hunderttausende Menschen in Deutschland ihren Arbeitsplatz verlie-

ren könnten als Ergebnis der von der EU genehmigten sogenannten Energiewende. Gegenwärtig schränken Industrieunternehmen ihre Produktion ein, um ein Gleichgewicht zwischen Energieversorgung und Nachfrage aufrecht erhalten zu können.

Allein in der Automobilindustrie stehen laut dem Bericht der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) bis zum Jahr 2030 mehr als 400.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Digitalisierung der Pkw-Herstellung führt zu einem weiteren Problem: die großen amerikanischen Technologiefirmen versuchen sogar einen noch größeren Anteil an der Wertschöpfung in der Autoproduktion zu erobern.

Annalena Baerbock und die Interessen der USA

Der sogenannte Green Deal war eine der Forderungen der US-Demokraten vor der Machtergreifung Bidens. In Europa wurde und wird die Hysterie um den Klimawandel vor allem von Bewegungen und NGOs mit engen Verbindungen zum Netzwerk des US-Milliardärs George Soros, der den Demokraten nahesteht, angeheizt.

In Deutschland haben die Grünen, genauso wie anderswo in Europa, Gelder von großen US-Firmen erhalten. Einer der größten Geldgeber der Wahlkampagne der deutschen Grünen für den Bundestag war die amerikanisch-niederländische IT-Firma Elastic, die mit der US-Armee zusammenarbeitet.

Seitdem die Grüne Annalena Baerbock Deutschlands Außenministerin ist, sind die USA dazu in der Lage, einen Morgenthau-Plan 2.0 durchzuführen, der von den deutschen Eliten selbst freudig vorangetrieben wird.

Nicht nur Baerbocks Handlungen, sondern auch ihre Aussagen, die sie im Dezember 2021 getätigt hat, spielen den USA in die Hände. Die Rede ist von ihren Aufrufen, Nord Stream 2 einzustellen. Dies führte nicht nur zu einem Anstieg der Gaspreise auf dem Markt, sondern auch zu einer Änderung der Routen von US-Tankschiffen, die Flüssiggas transportierten - auf einmal brachen sie nach Europa auf! Die US-Finanzunternehmen die mittels Spekulationen an der Börse Profite machten, sind nicht Pleite gegangen.

Den Löwenanteil zur Finanzierung einer neuen Finanzblase und dem künstlichen Anstieg der Gaspreise müssen die Durchschnittseuropäer bezahlen. Der Start von Nord Stream 2 könnte die Situation beruhigen, aber genau dieser wird durch die Anstrengungen der Grünen verhindert, die den Interessen der Deutschen zuwider laufen.

Im Endeffekt treiben die Grünen eine absolut selbstmörderische Wirtschaftsagenda voran, die alles daran setzt, das wirtschaftliche Potential Deutschlands einzugrenzen und seine innen- wie außenpolitische Situation zu verschlechtern. Unter begeisterter Beteiligung der bundesrepublikanischen Eliten selbst und den Lügenmärchen von Umweltschutz, Menschenrechten und Demokratie treiben die USA Deutschland in eine Sackgasse, während sie selbst ihre geopolitischen Ziele weiterverfolgen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Juli 2022: >>**Oskar Lafontaine: "Öffnet endlich Nord Stream 2!"**

Aus gegebenem Anlaß dokumentieren wir einen Eintrag, den der frühere Bundesfinanzminister und SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine auf seinem Facebook-Profil veröffentlicht hat. Die Kriegstreiber stürzen Deutschland in den Abgrund. ...

Facebook-Eintrag von Oskar Lafontaine:

"Ich kann das Gejammer von Steinmeier, Scholz und anderen über die sozialen Verwerfungen, die entstehen werden, wenn der Gaspreis sich verdreifacht, nicht mehr hören. Wenn man nur von Staaten wie den USA, Saudi-Arabien oder Katar und Rußland, denen man völkerrechtswidrige Kriege vorwirft, Energie beziehen kann, dann sollte man den Lieferanten bevorzugen, der die beste und günstigste Ware hat. Das ist Rußland. Es wird zudem immer deutlicher, daß die deutsche Wirtschaft auch bei vielen anderen notwendigen Rohstoffen und Ersatzteilen eng mit Rußland verflochten ist.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Wenn man wegen Menschenrechtsverletzungen die Verbindungen zu einem Land abbricht, dann darf man mit den USA, die für die meisten Menschenrechtsverletzungen in der Welt verantwortlich sind, keinen Handel treiben.

Es war doch wirklich peinlich, mit anzusehen, wie Biden auf der Pressekonferenz mit Scholz in Washington diesem überdeutlich machte, wer bestimmt, ob die Ostseepipeline Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird oder nicht.

"Bis hierhin und nicht weiter"

Wann wird es einen Bundeskanzler geben, der den Mut hat, Washington zu sagen, bis hierhin und nicht weiter. Woher kommt diese deutsche Sucht, sich zu unterwerfen, wenn man sieht, wie sich deutsche Journalisten und Politiker gegenüber Washington verhalten?

Wenn man an die eigene Bevölkerung denkt, gibt es nur eine Lösung: Öffnet Nord Stream 2, um das Schlimmste zu verhindern. De Gaulle wußte noch, Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen. So wie die Amis seit 100 Jahren versuchen, das Zusammengehen deutscher Technik mit russischen Rohstoffen zu verhindern (George Friedman), so sollte die Bundesregierung endlich einsehen, daß die Sanktionen nicht Rußland und den USA schaden, sondern in erster Linie Deutschland und Europa.

"Höhepunkt der Neocon-Bewegung"

Bundesregierung und deutsche Medien können nicht länger leugnen, was ihnen der renommierte US-Ökonom Jeffrey Sachs kürzlich wieder ins Stammbuch geschrieben hat:

"Der Krieg in der Ukraine ist der Höhepunkt eines 30-jährigen Projekts der amerikanischen neokonservativen Bewegung (Neocons). In der Regierung Biden sitzen dieselben Neokonservativen, die sich für die Kriege der USA in Serbien (1999), Afghanistan (2001), Irak (2003), Syrien (2011) und Libyen (2011) stark gemacht und die den Einmarsch Rußlands in die Ukraine erst provoziert haben."

Wenn man einen großen Fehler gemacht hat, muß man den Mut haben, ihn zu korrigieren. Keine Bundesregierung hat das Recht, Millionen Deutsche ärmer zu machen und die deutsche Wirtschaft zu ruinieren." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Juli 2022: >>**Wortbruch: Verzicht auf NATO-Osterweiterung**

Der Krieg in der Ukraine ist Resultat einer langen Reihe von Versprechen, die die NATO gegenüber Rußland gebrochen hat. Vor allem der Zusage, auf eine Osterweiterung zu verzichten. Mainstream-Medien bemühen sich um deren Relativierung oder gar Beschweigung. Dabei gab es diese Zusage nachweislich auf mehreren Ebenen. ...

Am 31. Januar 1990 erklärte der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher in einem Vortrag in der Akademie Tutzing:

"Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. Der Westen muß auch der Einsicht Rechnung tragen, daß der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozeß nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen dürfen."

Dieser Rede, so der Jurist Frank Elbe, sei eine äußerst diplomatische Ära gefolgt:

"Genscher sprach wenige Tage danach mit Baker in Washington über diese Rede. Daraufhin hat sich dann (US-Außenminister James) Baker bereit erklärt, für dieses Konzept - Deutschland in der NATO, aber keine weitere Ausdehnung nach Osten - einzutreten. Damit ist Baker nach Moskau gefahren. Vorher hatte er sich noch mit dem französischen Außenminister Dumas und dem britischen Außenminister Hurt abgesprochen."

Am 2. Februar 1990, während der 2+4 Verhandlungen zur deutschen Einheit, verlautbarten der deutsche und der amerikanische Außenminister Genscher und Baker in Washington vor laufenden Kameras:

"Wir waren uns einig, daß nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszuweiten nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, die wir nicht einverleiben wollen, sondern das gilt ganz generell."

Frank Elbe bestätigte, am 2. Februar 1990 hätten James Baker und Genscher in seinem Beisein in Bakers Arbeitszimmer ihr beiderseitiges Verständnis zum Ausdruck gebracht, daß es keine Ausdehnung der NATO jenseits der Elbe geben sollte.

Eine gleichbedeutende Aussage machten Genscher und Douglas Hurd bei einem Treffen am 6. Februar 1990. In den britischen Aufzeichnungen wurden Genschers Äußerungen festgehalten: "Die Russen müssen die Gewißheit haben, daß, wenn beispielsweise die polnische Regierung an einem Tag aus dem Warschauer Pakt austritt, sie am nächsten Tag nicht der NATO beitreten wird."

Der Interpretation, daß es sich nur um eine persönliche Erklärung gehandelt habe, widerspricht Elbe, der dies als Zusage für eine Erklärung der NATO verstand: Am 8./9. und 10. Februar 1990 hätten James Baker, Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher bei ihren Moskauer Gesprächen mit Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse das Versprechen gegeben, die NATO nicht nach Osten zu erweitern.

Entsprechend hätten sich damals auch andere Regierungsmitglieder und Diplomaten der USA, der Bundesrepublik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens sowie der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner geäußert, gegenüber der Regierung in Moskau wie gegenüber Regierungen ost-/mitteleuropäischer Staaten wie Polen und der CSSR als auch öffentlich.

Zusage auf höchster Ebene

Frank Elbe bezieht sich auf ein offizielles Dokument, den Brief von US-Außenminister Baker, der am 7./8. Februar zu Gesprächen mit Gorbatschow in Moskau war, an Helmut Kohl, der einen Tag später, am 9. Februar nach Moskau reiste.

Baker schreibt Kohl, er habe Gorbatschow erklärt, daß die NATO sich keinen Zoll weiter nach Osten bewegen werde. Darauf hätte Gorbatschow relativ erstaunt reagiert, schreibt Baker, aber dann selbst auch wiederholt, daß dies natürlich niemals passieren dürfte, daß sich die NATO weiter nach Osten ausdehnt. Dieser Brief sei Kohl vor seiner Reise nach Moskau übergeben worden.

Der US-Politikwissenschaftler Joshua Shiffrin fand im britischen Nationalarchiv die Aktennotiz über ein Gespräch hochrangiger Vertreter des deutschen, des britischen, des französischen und des US-Außenministeriums in Bonn am 6. März 1991. Darin heißt es wörtlich:

"(Staatssekretär und Diplomat Jürgen) Chrobog said we needed new ideas on how to provide for the Security of Central and East European Countries. We had made it clear during the 2+4 negotiations that we would not extend NATO beyond the Elbe (sic). We could not therefore offer membership of Nato to Poland and the others."

(Staatssekretär und Diplomat Jürgen) Chrobog sagte, wir brauchen neue Ideen, wie wir die Sicherheit der mittel- und osteuropäischen Staaten gewährleisten. Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen deutlich gemacht, daß wir die NATO nicht über die Elbe hinaus ausdehnen wollen. Wir können deshalb nicht die Nato-Mitgliedschaft Polen und den anderen anbieten.)

Er meinte wahrscheinlich Oder statt Elbe. Von mehreren Seiten, auch auf höchster Ebene, gab es also diese Zusage an Rußland, keine NATO-Osterweiterung zuzulassen, sie war die Grundlage für den Abschluß des Zwei-Plus-Vier-Vertrages von 1991.

Es ist falsch, wenn Horst Teltschik, ein enger Berater Kohls, 2017 behauptete, es habe von Deutschland nie ein Versprechen über die Nato-Erweiterung gegeben, denn die Rede Genschers über dieses tatsächlich gegebene Versprechen ist noch als Video abrufbar. Diese Zusage war maßgeblich für das Zustandekommen des zwei-Plus-Vier-Vertrages von 1991, wurde aber

nicht vertraglich und völkerrechtsverbindlich fixiert, da es beim Vertrag um die Zukunft Deutschlands ging.

Die Warschauer Pakt-Staaten existierten ja noch und keiner konnte sich damals eine Auflösung dieses Pakts vorstellen, obwohl die Weichen dafür gestellt wurden. Rußland hat sein Versprechen eingehalten und sich militärisch komplett aus der Ex-DDR zurückgezogen. Von daher ist es schon verständlich, daß Rußland dieses Versprechen des Westens anmahnt und es als Betrug ansieht, daß es nur sehr kurzfristig eingehalten wurde, weil sich die NATO dann in rasantem Tempo nach Osten ausdehnte.

Aufrüstung der Ukraine mit US-Geldern

Innerhalb weniger Jahre traten ab 1999 alle weiteren Warschauer Pakt Staaten: Albanien, Bulgarien, Tschechoslowakei (heute Tschechien und Slowakei) Ungarn, Polen, Rumänien sowie die ehemaligen Sowjet-Republiken Estland, Lettland, Litauen der NATO sukzessive bei. Mit der Spaltung der Ukraine 2014 in einen pro-europäischen Westen und einen pro-russischen Osten wurde eine rote Linie überschritten, zumal unter Selenskyj sofort ein Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt wurde und auch die Waffenlieferungen der USA immer mehr zunahmen.

Nach eigenem Bekunden haben die USA inzwischen für 6 Milliarden Dollar Waffen an die Ukraine geliefert, davon schätzungsweise die knappe Hälfte schon vor dem Einmarsch der Russen. Für eine weitere Milliarde Dollar sollen nun nochmals US-Waffen geliefert werden. Rußland soll in die Knie gezwungen werden, zumal die USA an die wertvollen Bodenschätze in der Ukraine wollen:

Seltene Erden wie Lithium für Handys, Laptops und PCs. Dafür ist ihnen kein Preis zu hoch, weil sie dadurch im wirtschaftlichen Wettbewerb mit China gestärkt werden, die große eigene Lagerstätten haben und die Weltmarktpreise bestimmen können. Es gießt weiteres Öl ins Feuer, wenn die USA die Wirksamkeit ihrer Waffen im Ukrainekrieg loben. Die acht bisher gelieferten Mehrfach-Raketenwerfer HIMARS (High Mobility Artillery Rocket System) sollen erhebliche Zerstörungen in russischen Munitionsdepots angerichtet haben, daher wollen sie vier weitere liefern.

Die abgefeuerten Präzisionsraketen M30/M32 haben eine Reichweite von 80 km, bei Wechsel der Munition bis zu 300 km. Die Eskalation ist also vorbereitet. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. Juli 2022: >>**Great**

Reset: Putin und das letzte Gefecht

Von Jürgen Elsässer

Der Kampf der Völker ist fürs Erste verloren, doch er kann im zweiten Schritt noch gewonnen werden, wenn die Menschheit den Transhumanismus besiegt. Und mit der russischen Offensive werden die Karten noch einmal neu gemischt. ...

Wir haben in COMPACT seit der Gründung immer die brennenden Fragen der Zeit aufgegriffen. Unser Metathema ist seit Beginn die nationale Souveränität Deutschlands, was sich bis 2014 hauptsächlich in Berichterstattung über militärische und finanzielle Angriffe der Globalisten niederschlug.

Nach der Grenzöffnung 2015 sahen wir die Islamisierung und die ungebremste Zuwanderung als Hauptgefahr, was innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem Volksaustausch führen würde. Damit wäre nicht nur die Souveränität unseres Staates ausgelöscht, sondern auch seine ethnische Substanz - Deutschland wäre nur noch ein geographischer Begriff, dessen sich andere Völkerschaften bemächtigen, etwa in Form eines Kalifats oder einer afrikanischen Vorzivilisation.

Eine historische Zäsur

Mit der Corona-Inszenierung ist für COMPACT eine neue Epoche angebrochen - weil für die gesamte Menschheit eine neue Epoche angebrochen ist. Es ist genau so, wie es Klaus Schwab,

als Chef des Weltwirtschaftsforums einer der Drahtzieher der Corona-Diktatur, ganz offen 2020 einräumte:

"Die Coronavirus-Pandemie stellt einen grundlegenden Wendepunkt auf unserem globalen Kurs dar. Einige Analysten sprechen von einem Scheideweg, andere von einer tiefen Krise biblischen Ausmaßes, das Ergebnis ist jedoch gleich: Die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten des Jahres 2020 kannten, gibt es nicht mehr, sie hat sich ... aufgelöst. Es kommen derart radikale Veränderungen auf uns zu, daß manche Experten bereits von der Zeit "vor Corona" (BC) und "nach Corona" (AC) sprechen."

Der Titel von Schwabs Buch, aus dem diese Sätze stammen, lautet *The Great Reset*. Und die Kürzel BC und AC werden im Englischen für "Before Christ" und "After Christ" verwendet, stehen also für die bis dato wichtigste Einteilung der Menschheitsgeschichte. Schwab und Co. planen offensichtlich mit dem Great Reset eine Zäsur, die mindestens ebenso einschneidend ist.

Mit der Corona-Inszenierung ist eine neue Epoche angebrochen.

Hat also der Patriotismus, den COMPACT und ich in den letzten zehn Jahren verteidigt haben, im letzten Gefecht keine Bedeutung mehr? Geht es nicht mehr um die Verteidigung von Volk und Vaterland, sondern nur noch um die Verteidigung der Gattung Homo sapiens? Vermutlich sind es solche Überlegungen, die manchen Rechten davon abhalten, sich in den Protest gegen die Impfpflicht und den Great Reset einzureihen. ...

Und doch: Begreift man den transhumanistischen Angriff allumfassend, wird schnell klar, daß die Rechte ein notwendiges Element ist, ohne das der Kampf nicht gewonnen werden kann. Die Kritik der Einschränkung von Freiheitsrechten und die Kritik am Raubtierkapitalismus der Herren Schwab, Musk, Bezos, Zuckerberg, Gates und Soros mag zwar zunächst als genuines Feld der Linken erscheinen.

Aber schon die Tatsache, daß sie in ihrer erdrückenden Mehrheit dieses Terrain preisgegeben haben und den Great Reset unterstützen, zeigt, daß ihr ursprünglicher antiautoritärer und anti-kapitalistischer Impuls nach 1968 überlagert wurde und heute ausgelöscht ist. Körper und Hirn über mRNA-Einspritzung oder Chip-Implantat entsprechend anzupassen. ...

Hat der Patriotismus im letzten Gefecht keine Bedeutung mehr?

Dagegen ist festzuhalten: Die Schöpfung ist wunderbar in ihrer Vielgestaltigkeit und darf deshalb nicht angetastet werden. Dieser identitäre Ansatz findet sich bei den Linken höchstens noch in Spurenelementen, dafür aber zumindest bei einem relevanten Teil der Rechten und Konservativen, vor allem aber bei den Frommen. Der Schöpfungsgedanke ist das wirksamste Antidot gegen den Transhumanismus.

Seit alten Zeiten haben sich unterschiedliche Typen des Homo sapiens herausgebildet; alle sind gleichwertig in ihrer Schönheit, obwohl sie ontologisch nicht gleich sind. Es gibt keine höherwertigen und minderwertigen Rassen; es gibt aber immerhin unterschiedliche Rassen. Mit Völkern und Geschlechtern verhält es sich ebenso. Wer den Angriff auf die Gattung ablehnt, weil dieser der Schöpfung widerspricht, wird deshalb über kurz oder lang darüber nachdenken, ob er nicht ebenso den Angriff auf die Völker, also den Multikulturalismus, und auf die Geschlechter, also den Genderismus, ablehnen müßte.

Im letzten Gefecht wird deswegen nicht nur dieses entschieden, sondern auch die früheren Fronten werden von Neuem eröffnet: Der Transhumanismus kann nur von Menschen zurückgeschlagen werden, die sich ihrer Identität als Menschen bewußt sind. Sie werden sich dann aber auch ihrer Identität als Mann oder Frau, als Deutscher oder Chinese, als Weißer oder Schwarzer wieder bewußt werden. ...

Putin: Das Aß im Ärmel

Aber sind die militärischen Zwangsmittel des Regimes nicht übermächtig? Können wir, die Gewaltfreien, unter seiner eisernen Ferse nicht nach Belieben zerquetscht werden? ...

Meine vorläufige Meinung: Putin ist das Aß im Ärmel Gottes, um die Pläne von Klaus Schwab und Co. zu durchkreuzen. Zum Ersten hat seine Offensive die Globalisierung gestoppt, der weltweite Warenverkehr stockt. Zum Zweiten hat dieser stoffliche Prozeß Auswirkungen auf die Ideologie: Anstelle der Neuen Weltordnung, die seit 1990 propagiert wurde, tritt ein neuer West-Ost-Konflikt; das woke One-World-Geschmuse wird ersetzt durch knallharten Atlantizismus, in einigen Fällen - wie der Ukraine und Großbritannien - sogar durch positiven Bezug auf Nation und Vaterland. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. Juli 2022: >>**Kaltmacher: Habeck auf den Spuren Morgenthau**

Von *Jürgen Elsässer*

Robert Habeck; mit ihm könnte den Grünen gelingen, was Churchill und Morgenthau versagt blieb: Die Vernichtung Deutschlands. ...

Die "Welt" verglich Habeck Ende Juni schon mit Winston Churchill. Einen "Churchill von der Nordsee" wollte auch die "Kleine Zeitung" aus Österreich gesichtet haben: "Robert Habeck zeigt, wie modernes Führen in der Krise geht." "Blut, Schweiß und Tränen" hatte der britische Premier gefordert, um das Letzte aus seinem Volk gegen die verhaßten Deutschen herauszuholen. Der Grüne macht es ihm nach, dieses Mal geht es gegen die verhaßten Russen - und dennoch werden auch bei ihm zuerst die Deutschen leiden.

"Wissen Sie, was ein harter, entbehrungsreicher Winter bedeuten kann? Daß Unternehmen ihre Produktion einstellen müssen, ihre Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen, daß Lieferketten zusammenbrechen, Leute sich verschulden, um ihre Heizrechnungen zu bezahlen, daß Menschen ärmer werden, daß Frust sich in unser Land frißt. ... Wir laufen in eine harte Zeit rein," skizzierte Habeck sein "Alptraum-Szenario" im "Spiegel". ...

Der manische Russenhaß des grünen Emporkömmlings wird noch durch seine notorische Blödheit in den Schatten gestellt, und gerade die Kombination beider Eigenschaften könnte Deutschland wieder einmal in den Untergang führen. Konkret: Die bisher für beide Seiten so gedeihliche Energiepartnerschaft mit Moskau zu zerstören, ist eine Sache. Aber das zu tun, ohne einen Plan B zu haben, ist der Gipfel. Wo soll denn der Ersatz für das russische Gas herkommen, dessen Bezug die Grünen durch immer weitere Kriegstreiberei und Sanktionsgedöns aufs Spiel setzen? ...

Robert Habeck nutzt die Ukraine-Eskalation, um endlich die Deindustrialisierung und Verarmung Deutschlands durchzusetzen. Dabei folgt er einem Plan der US-Besatzer von 1944/45 - dem berüchtigten Morgenthau-Plan. ...

Wer war dieser Henry Morgenthau? Im August 1944, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches schon absehbar war, formulierte der US-amerikanische Finanzminister eine Agenda für die Zukunft des unterworfenen Feindstaates: "Dieses Programm ... soll Deutschland in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter verwandeln."

Morgenthau's Überlegungen wurden im Folgemonat auf der alliierten Konferenz in Quebec von US-Präsident Franklin D. Roosevelt und dem britischen Premier Winston Churchill gebilligt. Dabei war selbst US-Kriegsminister Henry L. Stimson erschrocken über die Ausführungen seines Kabinettskollegen - nach seiner Schätzung würden mindestens 20 Millionen Deutsche in Folge des Morgenthau-Plans verhungern und erfrieren. Außenminister Cordell Hull rechnete vor, daß sogar rund 40 Prozent der Bevölkerung zu Grunde gehen würden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Juli 2022: >>**Wladimir Putin über die kommende neue Weltordnung**

_ Übersetzung von *Thomas Röper*

In einer am 21. Juli dieses Jahres gehaltenen Rede äußerte sich der russische Präsident Wladimir Putin zur kommenden Weltordnung und der "goldenen Milliarde", aus der wir hier einen Auszug veröffentlichen. ...

"Der Mechanismus dieses Wettbewerbs wird den Herausforderungen unserer inneren Entwicklung und unserer Zeit gerecht, in der wirklich revolutionäre Umwälzungen immer mehr an Dynamik und Kraft gewinnen. Diese gewaltigen Veränderungen sind natürlich unumkehrbar. Und sowohl auf nationaler als auch auf globaler Ebene werden die Grundlagen und Prinzipien einer harmonischen, gerechteren, sozialeren und sichereren Weltordnung erarbeitet - eine Alternative zur bestehenden oder, wie man sagen kann, unipolaren Weltordnung, die ihrem Charakter entsprechend zu einer Bremse für die Entwicklung der Zivilisation wird.

"Totale Dominanz der goldenen Milliarde"

Das Modell der totalen Dominanz durch die sogenannte goldene Milliarde ist ungerecht. Warum sollte diese "goldene Milliarde" die gesamte Weltbevölkerung dominieren und ihr ihre eigenen Verhaltensregeln auferlegen, die auf der Illusion der eigenen Ausschließlichkeit beruhen? Sie teilt die Menschen der Welt in Völker erster und eine zweiter Klasse ein und ist daher ihrem Wesen nach rassistisch und neokolonial. Und die ihr zugrunde liegende globalistische, angeblich liberale Ideologie nimmt immer mehr Züge des Totalitarismus an, der die kreative Suche, das freie historische Schaffen einschränkt.

Es entsteht der Eindruck, daß der Westen der Welt einfach kein Zukunftsmodell anbieten kann. Ja, natürlich ist diese "goldene Milliarde" nicht zufällig "golden" geworden, sie hat viel erreicht. Aber sie hat ihre Positionen nicht aufgrund irgendwelcher verwirklichten Ideen eingenommen - zum größten Teil hat sie ihre Position durch das Ausrauben anderer Nationen in Asien und Afrika eingenommen. Wie sonst? So war es: Wie sehr wurde Indien ausgeplündert. Deshalb haben die Eliten dieser "goldenen Milliarde" heute auch so eine panische Angst davor, daß andere Zentren der Welt ihre Varianten der Entwicklung einführen könnten.

"Ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte steht bevor"

Doch so sehr die westlichen und supranationalen Eliten auch versuchen, die bestehende Ordnung zu bewahren, es entsteht eine neue Epoche, ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte. Und nur wirklich souveräne Staaten können eine hohe Wachstumsdynamik gewährleisten und ein Beispiel für andere Standards und die Lebensqualität der Menschen, den Schutz traditioneller Werte und hoher humanistischer Ideale sein, und Entwicklungsmodelle, in denen der Mensch nicht Mittel, sondern das höchsten Ziel ist, anbieten.

Souveränität ist die Freiheit der nationalen Entwicklung und damit die Freiheit jedes Einzelnen: Die Kompetenz des Staates in Technologie, Kultur, Intellekt und Bildung, das ist Souveränität. Und natürlich ist die wichtigste Komponente der Souveränität eine verantwortungsbewußte, aktive und national denkende, national orientierte Zivilgesellschaft." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. August 2022: >>**Wird nun der Morgenthau-Plan vollstreckt?**

Im August 1944, als abzusehen war, daß Deutschland den Krieg gegen die Alliierten verlieren würde, legte Henry Morgenthau, Berater des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, den Plan zur Umwandlung Deutschlands von einem Industriestaat in einen Agrarstaat vor. Könnte es sein, daß der Plan jetzt final realisiert wird?

Ricarda Lang (Vorsitzende B90/die Grünen) ließ wissen:

"Wir haben ein Gasproblem, kein Stromproblem!"

Stimmt nicht, denn es wird durchaus Gas verstromt und mit der Weigerung die fertig gebaute Gaspipeline Nordstream 2 mit günstigem russischen Gas zu öffnen, bekommen wir nicht nur ein Gasproblem, sondern auch ein Stromproblem.

Mit ihrer Äußerung will Lang offensichtlich ihrem Parteigenossen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sekundieren, der eine hohe Gasumlage fürs zahlende Volk fordert, die voraussichtlich Mehrkosten von mehreren Hundert Euro pro Monat verursachen wird. Wie sehen denn die Fakten aus?

Der Großteil des Stroms für Öffentlichkeit und Privathaushalte kommt von erneuerbaren

Energien: Wind (26,0 Prozent, 75,4 Terawatt-Stunde (das sind eine Milliarde kWh), Sonne (13,2 Prozent, 38,3 TWh) und andere nachhaltige Energieträger machen zusammen einen Anteil von 51,5 Prozent (149,2 TWh) aus. Mit Braun- und Steinkohle wurden demnach bisher 30,9 Prozent (89,4 TWh) erzeugt. Mit 10,1 Prozent (29,3 TWh) ist Erdgas am Strom aus der Steckdose beteiligt.

Die bisher von Kernkraft im Jahr 2022 erzeugten 18,5 TWh würden für den Stromverbrauch von mehr als vier Millionen solcher Haushalte reichen, wenn man davon ausgeht, daß ein Vier-Personen-Haushalt jährlich im Schnitt 4.085 kWh verbraucht.

So läge es nahe, die noch laufenden Atom-Kraftwerke nicht im Dezember 2022 - wie geplant - stillzulegen, sondern eine begrenzte Zeit weiterlaufen zu lassen. Da auch Brennstäbe wieder aufbereitet werden müßten, wären nach Expertenmeinung 3 bis 5 Jahre zu veranschlagen. Alle drei sind seit 1988 in Betrieb: Emsland (Niedersachsen), Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg) und Isar 2 (Bayern).

Der TÜV ist für den Betrieb der Atomkraftwerke

Joachim Bühler, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des TÜV-Verbands, würde es befürworten, den drei Atom-Kraftwerken, die im Jahre 2021 stillgelegt worden sind, die Wiederinbetriebnahme durch ein politisches Votum zu ermöglichen, da diese in einem ausgezeichneten Zustand seien und in kurzer Frist wieder hochgefahren werden und ans Netz genommen werden könnten.

Der TÜV schätzt die Kernkraftwerke Brokdorf in Schleswig-Holstein, Grohnde in Niedersachsen und Gundremmingen C in Bayern als sicherheitstechnisch immer noch im exzellenten Zustand und stuft sie als Kraftwerke ein, die zu sichersten und technisch besten Anlagen gehören. Trotzdem fehlt der politische Wille der Bundesregierung, die drei laufenden Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen und die drei stillgelegten AKW's von 2021 wieder hochzufahren, auch wenn keine energetischen Alternativen in Sicht sind.

Fest steht, daß wir ohne das Weiterlaufen der AKW's und ohne russisches Gas in eine massive Energiekrise mit explodierenden Preisen rutschen, zumal Nordstream 1 auch nur noch 20 Prozent der ursprünglichen Menge im Streit um die Gasturbine liefert.

Die EU-Länder sind uneins beim Gasnotfallplan.

Der EU- Notfallplan für die Gaskrise sieht vor, daß von August bis März beim nationalen Konsum 15 % eingespart werden soll. Das trifft aber bei einigen EU-Ländern auf Widerstand. "Wenn Deutschland Gas sparen möchte, dann möge es doch bitte seine Atomkraftwerke weiterlaufen lassen", sagte der slowakische Wirtschaftsminister Richard Sulik.

Ungarn, Rumänien und Frankreich, die überdies gewaltige Mengen russisches Gas kaufen, sehen das genauso, zumal zuletzt die deutschen AKW's mit ca. 15 % zur Energieversorgung beigetragen hätten.

Mit explodierenden Energiekosten ist die deutsche Wirtschaft nicht konkurrenzfähig. Wolfgang Grupp senior, Chef der Textilwerke Burladingen in Baden-Württemberg, ein Vorzeige-Unternehmer, gab bekannt, daß seine monatlichen Energiekosten zum Betreiben der Fabrik von 100.000 Euro auf 700.000 Euro gestiegen wären, was nicht lange durchgehalten werden könnte, dann käme es unausweichlich zu Massen-Entlassungen.

Dabei sind die jetzigen Preissteigerungen erst der Anfang: ab Oktober dürfen die Händler die gestiegenen Kosten zu 90 % an die Endverbraucher weitergeben. Der Finanzexperte Ernst Wolff sieht den deutschen Mittelstand in Gefahr, der nach seiner Ansicht genauso wie die deutsche Wirtschaft ausgemerzt werden soll.

Warum soll eigentlich der deutsche Steuerzahler die konfuse Politik der Regierung mit immer neuen Steuer-Geldern wie der Gasumlage bezahlen und bis zum Limit ausgesaugt werden?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. August 2022: >>**Janichs Welt _ Der endgültige Beweis**

Ist denn das böse Märchen nie zu Ende? Jetzt hat also selbst eine von der Regierung eingesetzte Kommission bescheinigt, daß es keinerlei Beweise dafür gibt, daß irgendeine Corona-Maßnahme nennenswerten Nutzen gebracht hat. Trotzdem schürt Bundesklabauterbach weiterhin Panik und fordert wieder die gleichen diktatorischen Anordnungen für den Herbst wie bei seinem letzten Manöver.

Jenseits von allem, was der Mainstream so kolportiert oder ignoriert, ist der Bericht des Sachverständigenausschusses erstaunlich deutlich: "Insgesamt ist ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Inzidenz und der Maßnahmenstärke nicht erkennbar." Und weiter: "Die Wirksamkeit der Impfung als Maßnahme zur Bekämpfung des Sars-CoV-2 kann aus Gründen der Komplexität nicht behandelt werden, dies schließt auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht ... mit ein."

Die Experten beklagen sich über die mangelnde Datenerhebung, allerdings gibt es genügend Fakten aus aller Herren Länder. Das erschütternde Ergebnis ist überall das gleiche: mehr Impfungen, höhere Inzidenzen, mehr Tote. Die immensen Impfschäden, die jetzt sogar hin und wieder im Mainstream behandelt werden, umschiffet der Bericht mit obigem Statement feige. COMPACT hat oft genug darüber berichtet, wie auch erneut in dieser Ausgabe (siehe "Die Horror-Bilanz der Corona-Impfungen"). ...

Die eigentliche Frage lautet nun: Was muß noch alles passieren, damit eine offensichtlich durch und durch korrupte Politikerkaste endlich einlenkt? Es gibt darauf nur eine Antwort: Sie muß die Folgen ihres Handelns spüren. Eigentlich wäre ein internationales Menschenrechts-tribunal zuständig, aber das ist weit und breit nicht in Sicht. Denn natürlich sind alle Instanzen, die das durchführen könnten und müßten, unter der Kontrolle der Globalisten und der ihnen angeschlossenen Pharmaindustrie.

Wenn einer unter uns jemals Zweifel daran gehegt hat, daß eine weltweite Verschwörung gegen die Interessen der Völker existiert - jetzt ist diese eindeutig bewiesen. Tausende kritische Mediziner und Forscher versuchen seit zwei Jahren ohne Erfolg, sich Gehör zu verschaffen - Presse und Fernsehen sind folglich integraler Bestandteil dieser Verschwörung.

Das ist für Aufgewachte wenig überraschend. Es ist leicht nachweisbar, daß sich die großen Medien in jedem Land in den Händen einiger weniger befinden. Wenn es, wie in der BRD, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten gibt, die angeblich als Gegenpol zu privaten Medienkonzernen funktionieren sollten, ist die Propaganda noch weit heftiger als in Ländern ohne nennenswerten Staatsfunk.

In starkem Kontrast zu diesem Phänomen stehen natürlich unabhängige Medien wie COMPACT oder freie Journalisten im Internet, in dem aber die zentralistisch-globalistische Kontrolle über die großen Netzwerke wie Youtube, Facebook und Co. nahezu total ist. Einer, der das versucht aufzubrechen, ist mit Elon Musk ausgerechnet der prominenteste Vertreter des Transhumanismus.

Die Proteste auf der Straße sind mit den zwischenzeitlichen Lockerungen leider etwas eingeschlafen. Jetzt gilt es, sich bereits auf Themen vorzubereiten, die die nächsten Jahre dominieren werden, wie zum Beispiel die ausufernde Inflation und der Zusammenbruch des Weltfinanzsystems.

Nicht nur vor diesem Hintergrund ist zu hoffen, daß der Ukraine-Konflikt so bald wie möglich beendet wird, damit die Medien sämtliche Probleme nicht weiterhin auf Putin schieben können. Das dürfte mit ein Grund dafür sein, warum die Globalisten gar nicht so sehr an einer Beendigung, sondern vielmehr an einer Eskalation des Krieges interessiert sind.

Eine gute Chance wäre, wenn Prominente, deren Familien vom "plötzlichen Todessyndrom" - sprich von den Folgen der Giftspritze - befallen worden sind, endlich einmal in einer Livesen-

dung, von denen es vermutlich kaum noch echte gibt, den Mund aufmachen würden.

_ Oliver Janich, lange Jahre Autor bei "Focus Money" und wegen seiner Recherchen zu 9/11 in Ungnade gefallen, lebt heute auf den Philippinen und hat eine große Fangemeinde in den digitalen Netzwerken.

Investigativ-Journalist und Star-Vlogger Oliver Janich wurde (am 17.08.2022) in seiner Wahlheimat, den Philippinen, verhaftet. Ihm droht die Auslieferung nach Deutschland, wo man ihm zwei Online-Aussagen zur Last legt. Eins davon läßt sich bereits als Satire einordnen. ... Aus diesem Anlaß veröffentlicht COMPACT-Online Oliver Janichs Kolumne aus der aktuellen COMPACT 08/2022<<

Die deutsche Vierteljahreszeitschrift "Lunapark21" berichtete am 21. August 2022 (x1.161):

>>**Zbigniew Brzeziński - Die einzige Weltmacht**

Winfried Wolf

25 Jahre alte, hochaktuelle Skizze für die Politik zum Erhalt der US-Hegemonie

Der ehemalige Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter verfaßte 1997 ein Buch, das in der Original-Fassung noch den aufschlußreichen Titel "The Grand Chessboard - Das große Schachbrett" trug. Darin skizziert er, wie mit einer Nato-Osterweiterung und einer Westanbindung der Ukraine Rußland zu einer nicht mehr europäischen Macht, sondern primär asiatischen Regionalmacht gemacht, besser: degradiert, werden soll und wie auf diese Weise die Weltherrschaft der USA zu stabilisieren sei.

Die seither geführten US-Kriege (in Jugoslawien, Afghanistan, Irak) und die seither praktizierte Politik der US-Regierungen und nicht zuletzt diejenige der Nato unterstreichen, daß Brzezinskis Analyse in vielen Teilen Blaupause für die US-Politik ist. Im Folgenden Auszüge. "Amerika steht in den vier entscheidenden Domänen globaler Macht unangefochten da: Seine weltweite Militärpräsenz hat nichts ihresgleichen.

Wirtschaftlich gesehen bleibt es die Lokomotive weltweiten Wachstums ... Es hält seinen technologischen Vorsprung in den bahnbrechenden Innovationsbereichen. Und seine Kultur findet nach wie vor weltweit, vor allem bei der Jugend, unübertroffen Anklang."

"Die globale Vorherrschaft Amerikas wird solchermassen durch ein ausgetüfteltes System von Bündnissen und Koalitionen untermauert, das buchstäblich die ganze Welt umspannt. Die ... Nato bindet die produktivsten und einflußreichsten Staaten Europas an Amerika und verleiht den Vereinigten Staaten selbst in innereuropäischen Angelegenheiten eine wichtige Stimme.

...

Besondere Sicherheitsvorkehrungen, vor allem nach der kurzen Strafexpedition gegen den Irak 1991 haben die wirtschaftlich vitale (Öl-) Region in ein amerikanisches Militärgelände verwandelt. Gegenwärtig gibt es niemanden, der diese beispiellose Vormachtstellung der USA angreifen könnte."

"Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien. ... Eurasien stellt 60 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts und ungefähr drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen. Die nach den USA sechs größten Wirtschaftsnationen mit den höchsten Rüstungsausgaben liegen in Europa und Asien."

"Eurasien ist somit das Schachbrett, auf dem der Kampf um die globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird. ... Würden die europäischen Partner Amerika von seinen Stützpunkten an der westlichen Peripherie vertreiben, wäre das gleichzeitig das Ende seiner Beteiligung am Spiel auf dem eurasischen Schachbrett. ... (Doch) dieser Megakontinent ist einfach zu groß, zu bevölkerungsreich, kulturell zu vielfältig und besteht aus zu vielen, von jeher ehrgeizigen und politisch aktiven Staaten, um einer globalen Macht ... zu willfahren. Eine solche Sachlage verlangt geostrategisches Geschick, den vorsichtigen ... Einsatz amerikanischer Ressourcen auf dem riesigen eurasischen Schachbrett."

"Unter den gegenwärtigen globalen Begebenheiten lassen sich mindestens fünf geostrategische Hauptakteure und fünf geopolitische Dreh- und Angelpunkte auf der neuen politischen Landkarte Eurasiens ermitteln. Frankreich, Deutschland, Rußland, China und Indien sind Hauptakteure, während Großbritannien, Japan, Indonesien ... die Bedingungen dafür nicht (mehr) erfüllen. Die Ukraine, Aserbeidschan Südkorea, die Türkei und der Iran stellen geostrategische Dreh- und Angelpunkte dar."

"Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Rußlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr. Es kann trotzdem nach einem imperialen Status streben, würde aber dann ein vorwiegend asiatisches Reich werden. ...

Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Rußland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden. Verlöre die Ukraine ihre Unabhängigkeit, so hätte das unmittelbare Folgen für Mitteleuropa und würde Polen zu einem geopolitischen Angelpunkt an der Ostgrenze eines vereinigten Europas werden lassen."

"Ein neues Europa nimmt bereits Gestalt an, und wenn dieses neue Europa geopolitisch Teil des euro-atlantischen Raums bleiben soll, ist die Erweiterung der Nato von entscheidender Bedeutung. Sollte die von den USA in die Wege geleitete Nato-Erweiterung ins Stocken geraten, wäre das das Ende einer umfassenden amerikanischen Politik für ganz Eurasien."

"Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird die Nato-Osterweiterung vermutlich bis 1999 aller Wahrscheinlichkeit nach Polen, die tschechische Republik und Ungarn einbegreifen. ... Mit ersten Aufnahmen mitteleuropäischer Länder in die EU ist nicht vor dem Jahr 2002 zu rechnen. Dennoch werden sich sowohl die NATO als auch die EU ... mit der Frage beschäftigen müssen, wie und wann die Mitgliedschaft der baltischen Republiken, Slowenien, Rumänien, Bulgarien und Slowakei und zuletzt vielleicht sogar auf die Ukraine ausgedehnt werden kann."

"Der Beitritt der baltischen Staaten könnte vielleicht auch Schweden und Finnland dazu bewegen, eine Mitgliedschaft in der Nato in Erwägung zu ziehen. Irgendwann zwischen 2005 und 2010 sollte die Ukraine für ernsthafte Verhandlungen sowohl mit der EU wie mit der Nato bereit sein."

"Selbst die Sprecher des linksgerichteten Bündnis 90/Die Grünen haben eine Erweiterung der NATO befürwortet."

"Keine Vereinbarung mit Rußland darf daher darauf hinauslaufen, daß Rußland de facto am Entscheidungsfindungsprozeß des Bündnisses (Nato) beteiligt wird und dadurch den spezifisch euroatlantischen Charakter der Nato aufweicht, während neu aufgenommene Mitglieder zu Staaten zweiter Klasse degradiert werden."

"Das Beunruhigendste war (für Rußland) der Verlust der Ukraine. Das Auftreten eines unabhängigen ukrainischen Staates ... stellte für den russischen Staat ein schwerwiegendes geopolitisches Hindernis dar. Da mehr als 300 Jahre russischer Reichsgeschichte plötzlich gegenstandslos wurden, bedeutete das den Verlust einer potentiell reichen industriellen und agrarischen Wirtschaft sowie von 52 Millionen Einwohnern, die den Russen ethnisch und religiös nahe genug standen, um Rußland zu einem wirklich großen und selbstsicheren imperialen Staat zu machen."

"Da die EU und die Nato sich nach Osten ausdehnen, wird die Ukraine schließlich vor der Wahl stehen, ob sie Teil einer dieser Organisationen werden möchte. Es ist davon auszugehen, daß sie, um ihre Eigenständigkeit zu stärken, beiden beitreten möchte. Obwohl dies Zeit brauchen wird, kann der Westen - während er seine Sicherheits- und Wirtschaftskontakte mit

Kiew weiter ausbaut - schon jetzt das Jahrzehnt zwischen 2005 und 2015 als Zeitrahmen für eine sukzessive Eingliederung der Ukraine ins Auge fassen. ... Der springende Punkt ist: Ohne die Ukraine kann Rußland nicht zu Europa gehören, wohingegen die Ukraine ohne Rußland durchaus zu Europa gehören kann."

"Das gefährlichste Szenario wäre eine große Koalition zwischen China, Rußland und vielleicht dem Iran, ein ... geeintes antihegemoniales Bündnis. Ein solches Bündnis würde in Größenordnung und Reichweite an die Herausforderung erinnern, die einst von dem chinesisch-sowjetischen Block ausging, obgleich dieses Mal wahrscheinlich China die Führung übernehmen."

"Bemerkenswert ist, daß es bei internationalen Konflikten ... bisher nicht zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen gekommen ist. Wie lange diese Selbstbeschränkung noch anhält, läßt sich natürlich nicht vorhersagen, aber da Kriegsgerät mit enormer Zerstörungskraft ... immer leichter zugänglich ist, nimmt die Wahrscheinlichkeit, daß solche Waffen eingesetzt werden, unweigerlich zu. Kurzum, Amerika als die führende Weltmacht hat nur eine kurze historische Chance. Der relative Frieden, der derzeit auf der Welt herrscht, könnte kurzlebig sein."

"Kurz, die Politik der USA muß unverdrossen und ohne Wenn und Aber ein doppeltes Ziel verfolgen: die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren und einen geopolitischen Rahmen zu schaffen, der die mit sozialen und politischen Veränderungen unvermeidlich einhergehenden Erschütterungen und Belastungen dämpfen und sich zum geopolitischen Zentrum gemeinsamer Verantwortung für eine friedliche Weltherrschaft entwickeln kann."

Aus: Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, deutsch Frankfurt/M. 1999, USA New York 1997.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 9. September 2022 (x1.176): >>**Die Abschaffung des Menschen**

Vor zwei Jahren begann nicht nur ein Generalangriff auf unsere Freiheit - es geht darum, ob Menschsein auf diesem Planeten überhaupt noch eine Zukunft hat.

Von *Gerald Ehegartner*

Isolierung, Ausgrenzung, Abstand halten, die Maskierung des Gesichts, die Verhinderung des freien Atmens und des kreativen Ausdrucks, die Verbote von Feiern, Berührung und Geselligkeit - all diese Maßnahmen waren Katalysatoren für die Reduktion des lebendigen Menschen auf einen Funktionsroboter. Diese Abwärtsspirale mündete in der Corona-Impfung, einer aktualisierten Form der Taufe in einen neuen Kult.

Die Corona-Impfung läutete als Initiationsritus den Übergang vom alten Religionskult in einen modernen Wissenschaftskult ein, der nun die Straße zum Transhumanismus ebnet. Bedrohungsszenarien und die damit verbundene Angst machten und machen dies möglich. Wieder sind es die Wärme und die Würde des menschlichen Herzens, die auf dem Altar eines neuen Toteskultes geopfert werden sollen. ...

Das Diktat des Narrativs

Die Davos-Gruppe, augenscheinlich gegründet vom Council on Foreign Relations, ist ein Paradebeispiel dafür. Klaus Schwab, rekrutiert von Personen wie Henry Kissinger im Rahmen eines CIA-gesponserten Harvardprogramms, liefert die große Erzählung. Kissinger war und ist ein Falke, dessen Flugbild einer Friedenstaube manchmal täuschend ähnlich sieht.

Nach Schwabs Buch "The Great Reset" folgte ein weiteres bescheidenes "Great" mit der Veröffentlichung von "The Great Narrative". Schwab, der rührige Transhumanist, möchte Geschichte schreiben und so diktiert er seine Geschichte. Ein Narrativ jedoch ist eine Haupterzählung, eine Denkautobahn, die nicht die frei fahrende Erzählung, die dezentrale, biodiverse Poesie fördert, sondern einem klaren Denk- und Erzähldiktat gleichkommt. Sie ist

jenes genmanipulierte Hybridsamengut, das auf allen Böden dieser Erde ausgesät werden soll und freie, unabhängige Samen verdrängt.

Yuval Harari, der gewiefte und nicht gerade warmherzig wirkende Militärgeschichtler, liefert dazu den Kontext mittels einer Menschheitsgeschichte, die direkt in den Transhumanismus führt. Er ist weniger Mahner, denn Sprachrohr und Gatekeeper, der die angeblich alternativlose Vision des transhumanen Homo Deus liefert.

Die Rettung der Welt?

Bill Gates ist ebenso ein Meister dieser Gate-Erzählung. Seine mit der Rockefeller-Stiftung initiierte Grüne Revolution in Afrika lieferte manipuliertes Saatgut und parallel die erforderliche Chemie. An beiden verdiente seine Stiftung kräftig, (den Preis) ... hatten die Kleinbauern vor Ort zu zahlen, deren klein strukturierte Landwirtschaft zerstört wurde. Dies hat mit Grün etwa so viel zu tun, wie das von Gates gegründete Atomkraftunternehmen Terra Power mit wahrer Erdkraft zu tun hat. Gates, im samtweichen Gewand des Philanthropen und Weltenretters sich selbst zelebrierend, hat zu Mutter Erde ungefähr so viel Verbundenheit wie ein Fünfsternegeneral zum Pazifismus.

Jede Frage, die nicht mit Monopol, Geld, Macht und Technik inklusive Impfung beantwortet werden kann, wirkt falsch gestellt. Nichts scheint heilig. So wundert es nicht, daß die Rettung der Umwelt auf die technokratische Rettung des Klimas reduziert wird.

Gates Einfluß auf Medien ist enorm, allein Der Spiegel erhielt in den vergangenen Jahren von seiner Stiftung 4,8 Millionen Euro. Wer kann (sich) hier noch in den Spiegel schauen? Ist Bill Gates etwa der falsche Prophet und falsche Messias unserer Zeit?

Und ist er auch der erste Papst einer geistentleerten, transhumanistischen Kirche, die erstmals keine höhere, lebendige Intelligenz anbetet, sondern eine künstliche eines sinnentleerten Materialismus? Wenn Menschen ihre Anbindung an das Leben und somit an ihren Sinn verloren haben, sind sie als scheinbar totes Material für jeden Totenkult im Totenreich bereit. Dort hängen die Mäuse von den Felsvorsprüngen, die Schatten sind auf den Kopf gestellt. Jeder einzelne Wert scheint verdreht und der Mensch erlebt sich in der Verblendung nicht mehr als lebendiges Subjekt, sondern vielmehr als totes Objekt.

Das Zerwürfnis zwischen Verpackung und Inhalt

Das kriegerische, spaltende und ausgrenzende Feindesdenken wird uns als friedlich, nachhaltig, gesund, solidarisch und grün verkauft. Noch nie waren Verpackung und Inhalt so offensichtlich im Widerstreit. Der Ausschluß einer gesamten Bevölkerungsgruppe aus dem öffentlichen Leben aufgrund des Impfstatus und dies innerhalb einer westlichen Wertegemeinschaft, die auf Demokratie, Pluralität, Diskriminierungsverbote und Toleranz setzt, war nicht nur ein Sündenfall, sondern ein Doublebind, der sich mit allen argumentativen Feinheiten nicht lösen läßt.

Man kann nicht Toleranz predigen, Regenbogenfarben schwingen und zugleich Ausgrenzung im Namen von Inklusion betreiben. Der Hype einer Minderheit und die Dämonisierung einer anderen widerspiegelt keineswegs eine integrative Gesellschaft. Diese Vorgehensweise ist spaltend, auch wenn sie das Gegenteil behauptet.

Propagandamaschine der Einfalt versus intelligente Vielfalt

Die Propagandamaschine jedenfalls läuft so hervorragend, daß die meisten von uns in der Gewißheit darben, Propaganda wäre ein russisches Phänomen, das Wort selbst eine russische Vokabel.

Dieselbe Denke, die wir seit dem Beginn der Corona-Pandemie erlernten, liefert aktuell die Matrix für den Ukraine-Konflikt. Das Böseste, das man sich derzeit nur vorstellen kann, ist wohl der ungeimpfte Russe.

Vielen von uns ist nicht bewußt, wie mittels Psycho-Operationen, Social Engineering, Agenda-Settings und so weiter in unsere Gedankenwelt eingegriffen wird. Gerade sogenannte

Demokratien bedienen sich ausgefeilter Steuerungsmethoden, deren Diktaturen nicht bedürfen, da diese die Menschen mit offener und oftmals roher Gewalt in die gewünschte Richtung drängen.

Die Methoden der Manipulation sind vielfältig. Framing, Verdrehung, Dauerwiederholung, Ästhetisierung, Dämonisierung, Gaslighting, Nudging, Kontaktschuld, Gut-Böse-Schablonisierung unsichtbare Zensur - um nur einige zu nennen - berauben uns der Vielfalt der Denkvarianten. Letztendlich sind nur einer Minderheit diese Propagandamittel bekannt.

Die Mehrzahl jener, die für sich Intellektualität, Reflexionsfähigkeit und selbstständiges Denken in Anspruch nehmen, besitzen kaum Wissen darum. Nicht wenige erliegen hier einer selbstgefälligen Täuschung. Intelligenz und Lebendigkeit jedoch gedeihen in der Vielfalt. Einfachheit und Monokultur kann nicht unser Ziel sein, auch wenn sie schnellen Ertrag für wenige versprechen.

Künstliche Intelligenz (KI) - der leblose Gott der Transhumanisten?

Die Steuerung des Menschen läuft in eine Richtung, bei der dieser - wie von Harari mit durchdringendem Blick verkündet - zukünftig als hackbares Tier ohne freien Willen betrachtet werden kann. Mit Hilfe technischer Innovationen schwindelt der Mensch sich hoch in einen Götterhimmel, in dem er digitalisiert und mit Maschinen und Technik verschmolzen, dem Tod als Automat zu entrinnen vermeint, während er die KI als neuen Gott anbetet - ein restlos isoliertes und geistloses Datenpaket, das völlig vermessen in den Datenstrom für einige wenige eingespeist werden soll.

Die Kirche trennte uns noch mit Angst und Schuld von Gott, indem sie ihm die erbärmlichsten aller menschlichen Eigenschaften, die man sich nur vorstellen konnte, unterjubelte - wie zum Beispiel die ewige Rachelust mittels Höllenfeuer aufgrund eines kurzen menschlichen Daseins. Und das wohlgerne im Namen der Liebe. Kein noch so fehlerhafter Vater beziehungsweise Mutter wären dazu in der Lage.

Der Transhumanismus, im Kern die Kirche des reinen, bewußtlosen Materialismus, entledigt sich jedoch sogleich von Gott und setzt dafür das Ego, jenen Teil, der an die Trennung glaubt, auf seinen Thron.

Aufgrund der Trennung übt dieser abgespaltene Teil mittels seines Gehilfen - des Verstandes - andauernde Kontrolle aus. So mutiert das Geschenk des Verstandes zu einem diktatorischen, leblos-künstlichen Instrument der Informationsverwertung. Die Auslagerung dieser innewohnenden, künstlichen Intelligenz in Form einer KI und die anschließende Verschmelzung mit derjenigen ist somit nur folgerichtig.

Der Krieg gegen das Leben und das Menschsein

Nur, ist das unsere Vision des Menschseins auf diesem wunderschönen Planeten? Wenn wir etwas in den vergangenen Jahren gelernt haben, dann ist es, daß Zentralisierung, Vermessung, Kontrolle, Taktung und ziviler Gehorsam in einen mit Wissenschaft bemäntelten Todeskult münden.

Wir brauchen keine Kontrolle über freies Saatgut, so wie wir keine Kontrolle über unser Gedankengut benötigen. Die vollmundigen Versprechungen der Saatgut- beziehungsweise Chemiekonzerne konnten bis heute nicht erfüllt werden. Ganz im Gegenteil: Die augenscheinliche Eroberung unseres Denkens, Fühlens und unserer Körper kann als Krieg, als Invasion und Kolonialisierung empfunden werden.

Wir leben inmitten eines großen Krieges, der sich als Psycho-, Informations-, Umwelt-, Wirtschafts-, Cyber-, Gesellschaftskrieg und so weiter offen oder versteckt widerspiegelt. Seine Waffen sind nicht nur modernste Waffensysteme, sondern alles und jedes, das zu einer Waffe gedreht werden kann.

Vor kurzem planten die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Akteure wie Bill Gates, bei welchem alle Fäden internationaler Gesundheitspolitik zusammenzulaufen scheinen, einen

neuen Pandemievertrag, der die Entrechtung der Nationalstaaten und die Aushebelung aller Mitsprachestrukturen vorsah. Weitere Anläufe in diese Richtung werden aller Voraussicht nach noch folgen. Gesundheit dient hier wieder als Feigenblatt für ein transnationales Diktat, das in eine internationale Diktatur führen könnte. Letztendlich stellt dies alles einen Krieg gegen das Menschsein, gegen das Leben selbst dar. Die Freiheit des Menschseins, unsere Würde stehen somit auf dem Spiel.

Lebendige Gedankengutbanken

So plädiere ich für schützende Gedankengutbanken, für freien Austausch der Gedanken. Die von Vandana Shiva beschriebene Idee einer lokal und regional verankerten Erddemokratie mit zentral-universellen Grundwerten würde zu einer Selbstbestimmung über die natürlichen Grundlagen führen und wahre Meinungsfreiheit fördern. Sie würde die Selbstgestaltungskraft in einer non-hierarchischen Gesellschaft zum Gelingen bringen.

Doch wir müssen zuerst in uns selbst beginnen, unsere wahre Größe und Würde wiederentdecken. Es ist an der Zeit aufzustehen und unsere wahre Größe zu ehren. Unser Wert ist unermesslich, alleine schon, weil es uns gibt. Niemand kann unseren Wert bemessen und mit uns handeln. Wir sind keine ängstlichen Personen, wir sind kraftvoll liebende Menschen, die in der Gegenwart gemeinsam an einer lichten Zukunft bauen.

Vom Nein zum Ja

Viele von uns haben in den vergangenen Jahren ihre Bedürfnisse hintangestellt, um für Freiheit und Würde einzutreten. Unsere Empathie ließ uns ein klares Nein gegen die aktuelle Massenpsychose, gegen Kontrolle und Lügen sprechen. Jetzt ist es an der Zeit, immer wieder auch innezuhalten und ein klares Ja uns selbst gegenüber auszusprechen. Wir sind mächtig, viel mächtiger, als wir glauben. Unsere Macht gründet sich auf Empathie allem Leben und uns selbst gegenüber.

Liebe spricht Unrecht an, sie ist keine Licht-Liebe-Zwangsjacke, von jenen übergestülpt, die an unserer Handlungsunfähigkeit arbeiten. Und Liebe entwirft zugleich eine Vision. Dort, wo die Not der Zeit und die eigene Herzensvision sich überschneiden - an diesem Punkt hebeln wir die Welt aus. Es geht nicht so sehr um politisch links oder rechts, derzeit benötigen wir viel mehr die Verbindung von unten und oben. Geerdet und gehimmelt sind wir mit allem Leben verbunden. Spiritualität in ihren unterschiedlichsten Ausdrucksformen ist für viele aktuell das Gefährt, das sie durch diese Zeit der Umwälzung geleitet.

Während scheinbar mächtige Kreise den gescheiterten Materialismus mittels Transhumanismus retten wollen, reiten wir nicht mehr dieses tote Pferd.

Die lebendige Humanschicht

Es ist an der Zeit abzusteigen und aufzubrechen, dorthin, wo unsere Träume, Visionen, unsere Bestimmung liegen. Die genmanipulierten Samen der Angst und Ohnmacht können uns nichts mehr anhaben. Wir lassen uns nicht mehr einreden, wer oder was als Unkraut gilt, und wir lassen uns in unsere Gehirne nichts Fremdes mehr pflanzen. Wir denken unsere eigenen Gedanken. Wir lieben unser Menschsein, die Wärme des menschlichen Ausdrucks. Wir sind groß, viel größer, als wir denken.

Und wir leben unsere Fülle, die wir teilen. Nicht BlackRock, Vanguard und Co verwalten mit Billionen Dollar unsere Welt, wir verwalten selbstbestimmt unser inneres Vermögen und treten unser Erbe an.

Eine neue, lebendige Humanschicht bildet sich aus, auf der freie Samen gedeihen. In dieser findet sich eine Humorschicht, die uns zum Lachen bringt, dieser einzigartige Ausdruck des menschlichen Daseins.

Die Erde ist kein Spielball für einige wenige Global Players, die Menschheit wird nicht von irrlichternden Global- und Young Global Leaders geführt. Wir brauchen keine gesteuerte Be-

wegung, die uns in die Ohnmacht führt und nach orchestriertem Zeitgeist einige Gruppen hypnotisiert und andere dämonisiert.

"Der Fuchs sorgt für sich selbst, doch Gott sorgt für den Löwen", formulierte William Blake. So haben wir selbst zu entscheiden, ob wir Schafe, Füchse oder Löwen sein wollen.

Graswurzelbewegungen beginnen bei einem selbst und nicht auf TikTok, Instagram und Co. In ihrer Lebendigkeit wachsen sie von unten nach oben und sollten nicht mit täuschend ähnlich wirkenden Kunstrasen verwechselt werden, die von oben aufgelegt werden.

Die Entwurzelung des Menschen

Jedem mit einem Rest an Unterscheidungsvermögen wird auch bewußt sein, daß die aktuelle Transgenderagenda keine lebendige Bewegung darstellt und nicht auf Mitgefühl für Transgenderpersonen fußt, sondern eine Entwurzelung des Menschen vorantreibt. Wieder einmal wurde eine notwendige Aufwertung manipulativ gedreht.

Der Widerspruch von Sex und Gender hat übrigens nichts mit echter Vermählung von weiblich und männlich zu tun. Jede wahre Verschmelzung erschafft das Feuer der Ekstase, welche den Hauptangriffspunkt des religiösen und nun wissenschaftlich eingefärbten Kultes darstellt und darstellt.

Die Transgenderagenda beziehungsweise jene der Genderideologie könnten vielmehr eine Vorbereitung darauf zu sein, in Zukunft nicht mehr zwischen lebendig und unlebendig unterscheiden zu können. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verschmelzung von Mensch und Maschine. Wenn Menschen das Gefühl für das Lebendige und ihre Wurzeln verlieren, dann verlassen sie ihr Zuhause und sind in ihrer Verwirrtheit verführbar. Eine Verdinglichung des Lebens würde unser Feuer auf eine Restsparflamme reduzieren. Ein unwürdiges Schauspiel.

Besonders unsere Kinder sind Samen, die es zu schützen gilt. Sie reifen zu Pflanzen, die im Schutz vor Einflußnahme ihr großes Versprechen für die Zukunft entfalten. Nicht umsonst wird das Immunsystem unserer Gesellschaft, die Familie, welche im Idealfall in eine größere Gemeinschaft eingebettet ist, massiv in Frage gestellt.

Die verrückte Rettung der Seele

Machen wir uns nichts vor:

Es ist die Abschaffung der Seele, mit der der Transhumanismus winkt.

Nur, es ist die Seele, die den Menschen zum Menschen macht, ihm Leben, Größe und Schönheit verleiht. Seit Jahrtausenden lauschen wir einer grundlegenden Geschichte, die uns Warnung sein sollte: der Geschichte vom Verkauf der Seele an den Teufel, der mit großartigen Versprechungen lockt.

Nun erleben wir ein Update dieser Erzählung in Form eines sich manifestierenden Science-Fiction-Movies. Aber was gewinnen wir mit dem Verlust unserer Seele? Werden wir nicht zu einem brachliegenden Stück Land, das ausgebeutet den Abfall von Angst, Schuld und Minderwert ertragen muß? Werden wir nicht zu seelenlosen Hüllen im Reich des Totenkultes?

Kämpfen wir um unsere Seele! Sie ist es, die uns Wärme schenkt, uns unseren einzigartigen Duft und Klang verleiht. Sie, die Botin aus fernen Gestaden mit dem Versprechen einer Ewigkeit, läßt uns tanzen, singen und lachen.

Sie stoppt die Funktionstaste und läßt das Eis der Trennung schmelzen. Sie haucht uns Leben ein und taucht unser Leben in Licht. Lauschen wir am Lagerfeuer des Herzens den Geschichten und Liedern unserer Seele, dann öffnet sich jener unwiderstehliche Raum, den die fürchten, die uns als leblose Objekte behandeln wollen.

"Die Tanzenden wurden von denjenigen für verrückt gehalten, die die Musik nicht hören konnten", soll Friedrich Nietzsche formuliert haben.

Georg Bernard Shaw schrieb: "Was wir brauchen, sind ein paar verrückte Leute; seht euch an, wohin uns die Normalen gebracht haben."

Reißen wir uns die Masken der Konformität vom Gesicht, tanzen wir nackt in der Sonne. Verlassen wir den vorgefertigten Meinungskorridor, die ausgelegten Schienen der Schmalspurbahn. Der zivile Ungehorsam ist Ausdruck der eigenen Größe. Jesus hätte als liebender Rebell wohl keine Masken getragen.

Ja, tanzen wir, statt im Gleichschritt zu marschieren, lachen wir über all den Irrwitz unserer Zeit. Lassen wir uns wieder von unserer Seele führen. Während die Welt im Außen immer kälter zu werden droht, sitzen wir an unserem inneren Lagerfeuer und lauschen. Auf Kälte antworten wir mit Wärme, auf Erstarrung mit Bewegung, auf Angst mit Mut. Ja, das Menschsein selbst ist in Gefahr.

Wir aber beginnen mit der Rettung unserer Seele, die uns mit allem Leben verbindet und erst zu Menschen macht. Das ist das Versprechen der Unsterblichkeit inmitten einer vergänglichen Welt. Nicht die lineare Verlängerung der Materie mit allen technischen Mitteln wird die Sehnsucht nach Transzendenz erfüllen. Dieser Versuch wird Schiffbruch erleiden und dem Gelächter der Götter preisgegeben.

Transzendenz kann niemals technisch erreicht und mittels eines immer noch ausgereifteren Materialismus erkämpft werden. Sie öffnet in Wahrheit den Deckel in eine neue, geheimnisvolle Dimension jenseits der fünf Sinne.

Eine Menschheitsfamilie

So verlassen wir den dreckigen Hafen der Ressourcenausbeutung und segeln mit dem wahren Narrenschiff Richtung Utopia, dort wo die Potentiale der freien Samen sich in ihrer wahren Größe entfalten und der Sonne der Freiheit entgegenwachsen dürfen.

Wir sind Löwen, wir sind Kinder der Unsterblichkeit, heilige Narren Gottes. Angesichts des sich auftürmenden Wahnsinns lachen wir, denn nichts und niemand kann uns im Kern bedrohen. Statt des großen Narrativs ist nun der große Narr aktiv.

Unsere Größe ist unverhandelbar. Wir sind eine Menschheitsfamilie, die nun gemeinsam aufsteht, um ihr Erbe anzutreten. Dies ist das Ende der Isolation und der Beginn einer neuen Verbundenheit.

Auf die Seele, das Menschsein und die Freiheit der Gedanken.

Auf das Leben, das wir sind!

Gerald Ehegartner ist Lehrer, Vision-Quest-Guide, Wildnispädagoge, Theaterpädagoge und Autor der beiden Trickster-Romane "Kopfsprung ins Herz - Als Old Man Coyote das Schulsystem sprengte" und "Feuer ins Herz - Wie ich lernte mit der Angst zu tanzen" sowie des neuen Buches "Gedanken in einer (w)irren Zeit - tiefsinnige und humorvolle Texte zu brisanten Themen unserer Zeit". ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. September 2022:

>>Putin warnt vor Atomkrieg: "Das ist kein Bluff"

Von *Jürgen Elsässer*

Putin verkündet Teilmobilisierung für 300.000 Soldaten ab sofort und warnt den Westen vor atomaren Provokationen und Angriffen auf Rußland selbst.

In einer strategischen Rede heute früh um 8.00 Uhr MEZ hat Putin die lange erwartete Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte sowie die Referenden zum Beitritt der Donbass-Republiken an die Russische Föderation verkündet und den Westen vor atomaren Provokationen und Angriffen auf Rußland selbst gewarnt. Dagegen würden "alle Mittel" eingesetzt. ...

Hier eine Zusammenfassung der heutigen Ansprache Putins an die Nation von DruschbaFM:

Putin: Das Ziel des Westens ist es, Rußland zu schwächen, zu spalten und zu zerstören: Sie sagen direkt, daß (man) 1991 die UdSSR spalten konnte, und jetzt ist die Zeit für Rußland gekommen.

Die Hauptziele der Spezialoperation bleiben unverändert, die LVR (Volksrepublik Lugansk) wurde vollständig befreit, die DVR (Volksrepublik Donezk) teilweise.

Die Regierung und das Verteidigungsministerium wurden angewiesen, den rechtlichen Status von Freiwilligen und Milizen des Donbass so schnell wie möglich festzulegen - er sollte der gleiche sein wie der des regulären russischen Militärpersonals.

Putin fordert, besondere Aufmerksamkeit auf die Lieferung von Ausrüstung und Ausrüstung für Freiwillige und Milizen des Donbass zu legen.

Putin: Bereits nach Beginn der Sonderoperation hat Kiew positiv auf die Vorschläge Rußlands reagiert - aber der Frieden paßte dem Westen nicht, und die Ukraine wurde direkt angewiesen, die Vereinbarungen zu stören.

Putin über Referenden im Donbass: Rußland kann ihm nahestehende Menschen nicht ausliefern, damit sie vom Henker in Stücke gerissen werden, und nicht auf ihren Wunsch reagieren, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.

Putin: Rußland wird die Entscheidung der Bewohner der Regionen Donbass, Zaporozhye und Cherson unterstützen.

Putin: Um Rußland, seine Souveränität und Integrität zu schützen, halte ich es für notwendig, den Vorschlag zur Durchführung einer Teilmobilisierung zu unterstützen.

Putin: Das Dekret über die Teilmobilisierung wurde unterzeichnet.

Putin: Nur Bürger, die sich in der Reserve befinden, werden eingezogen, sie werden unter Berücksichtigung der Erfahrung des Sondereinsatzes einer zusätzlichen Ausbildung unterzogen.

Putin: Die Mobilisierungsaktivitäten beginnen heute. Mobilisierte Personen, die an der Sonderoperation teilnehmen, erhalten Zahlungen und den Status von Militärangehörigen, die im Rahmen des Vertrags dienen. Das Dekret zur Teilmobilmachung sieht zusätzliche Maßnahmen auf Anordnung der Staatsverteidigung vor.

Putin: Der Westen hat alle Grenzen überschritten, verantwortungslose Politiker sprechen von Offensivwaffenlieferungen an die Ukraine, Ausrüstungsschläge gegen Rußland. (Ergänzung COMPACT: Putin warnte an dieser Stelle auch vor atomaren Provokationen, etwa durch Beschuß des AKW Saporischja, und vor Angriffen auf Rußland selbst.)

Putin: Westliche Länder drängen Kiew, die Feindseligkeiten nach Rußland zu verlagern.

Putin: Wenn seine territoriale Integrität bedroht ist, wird Rußland alle verfügbaren Mittel einsetzen, das ist kein Bluff.

Putin warnte diejenigen, die versuchten, Rußland mit Atomwaffen zu erpressen: Der Wind könnte sich in ihre Richtung drehen.<<

Die politische Webseite "Apolut" berichtete am 22. September 2022 (x1.169/...): >>**Verrat an der Nation**

Der kalte Kriegswinter 2022

Ein Meinungsbeitrag von *Uli Gellermann*.

Die Inflation steigt, und es steigen die Preise. Es steigen die Nebenkosten, und es steigt die Gefahr im ukrainischen NATO-Krieg mehr zu werden als ein Waffenlieferant: Deutschland wird zum Kombattanten. Eine verantwortungslose Regierung führt einen Wirtschaftskrieg gegen Rußland auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Laut aktuellem paritätischen Armutsbericht hat die Armutsquote in Deutschland mit 15,9 Prozent einen neuen Rekord und den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Damit fallen 13,2 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze.

Rubel steigt und steigt

Die Lage wird sich weiter verschlimmern: Die deutschen Hersteller haben ihre Preise im August wegen enorm hoher Öl-, Gas- und Stromkosten überraschend und in einer nie dagewesenen Stärke angehoben. Die Erzeugerpreise stiegen um durchschnittlich 45,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Der Rubel steigt und steigt. Und es steigen auch die Gewinne der russischen Firma Gazprom - des wesentlichen Gaslieferanten. Unter den von den USA ge-

wollten und von der deutschen Regierung exekutierten Sanktionen gegen Rußland leiden die Deutschen.

Begriff der Nation wurde von den Nazis mißbraucht

Der Begriff der Nation ist von den Nazis unerträglich mißbraucht worden. So sehr, daß er in Deutschland nur selten in positiven Zusammenhängen genutzt wird. Immerhin leistet sich das Wikipedia-Kinderlexikon eine einfache und neutrale Definition: "Eine Nation ist eine große Gruppe von Menschen, die ein bestimmtes Gebiet bewohnt. Diese Menschen haben etwas gemeinsam. Das Gemeinsame kann die Sprache sein, die Geschichte, Traditionen, die Wirtschaft, die Kultur, die Religion, die Herkunft der Menschen und manches andere".

Gemeinsam unter den Sanktionen leiden

Diese "große Gruppe von Menschen" leidet zur Zeit gemeinsam unter den Sanktionen, die eigentlich den Russen schaden sollten: Kleine Unternehmer gehen Pleite, Arbeiter und Angestellte verlieren ihren Job, Mieter können sich ihre Nebenkosten nicht mehr leisten, Autofahrer müssen wegen der hohen Spritpreise ihre Autos stehen lassen. Das Gemeinsame all dieser Deutschen ist auch eine Regierung, die gegen das Wohl des Landes handelt.

Rüstungsgüter im Wert von mindestens 191,9 Millionen Euro

Währenden die Zahl der deutschen Obdachlosen wächst, hat die Bundesregierung Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von mindestens 191,9 Millionen Euro in die Ukraine geliefert. Darunter auch die Panzerhaubitze 2000. Was wird sein, wenn die russische Armee diese Waffe nicht mehr nur im Kampf in der Ukraine zerstört? Wenn man lieber gleich die Firma Rheinmetall, den Produzenten und Lieferanten dieser Waffe außer Gefecht setzte? Denn Deutschland und seine Rüstungsfirmen sind längst zu Kombattanten im ukrainischen NATO-Krieg geworden.

Eine andauernden NATO-Aggression

Die russische Hyperschallrakete Avangard bewältigt die Entfernung von 2.000 Kilometern (Moskau - Düsseldorf) mühelos. Sollen die Rheinmetall-Arbeiter für die NATO sterben? Denn anders als in den üblichen Medien behauptet, hatte der Krieg schon lange zuvor begonnen: Mit der Einkreisung Rußlands durch NATO-Stützpunkte.

Mit der einseitigen Kündigung des wichtigen IMF-Abrüstungsabkommen durch die USA. Durch den Aufbau von US-Biowaffenlaboren in der Ukraine. Durch die Drohung der Ukraine, ihren Atomwaffenverzicht rückgängig zu machen. Was die Welt zur Zeit in der Ukraine erlebt, ist die Antwort Rußlands auf diese Schritte einer andauernden NATO-Aggression.

In einem Atom-Krieg verglühen?

Soll die deutsche Nation in einem denkbaren Atom-Krieg verglühen? Denn der konventionelle Krieg in der Ukraine kann sich atomar steigern. Immer noch sind auf deutschem Boden US-Atomwaffen stationiert. Diese ständige atomare Bedrohung Rußlands - die Waffen lagern im Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz - macht Deutschland zum strategischen Ziel in einem Krieg zwischen den USA und Rußland. Doch statt der Gefahr einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs auf Deutschland zu begegnen, heizt die Regierung Scholz-Habeck-Baerbock die Gefahr durch Waffenlieferungen und Großsprecherei weiter an.

"Nationalkomitee Freies Deutschland"

Das letzte Mal, daß der Begriff der deutschen Nation in einem historisch progressiven Zusammenhang benutzt wurde, war bei der Gründung des "Nationalkomitee Freies Deutschland". Das Komitee wurde 1943 in Krasnogorsk von deutschen Antifaschisten gegründet. Die Gründer - "Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschafter und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahre einen solchen Zusammenschluß nicht für möglich gehalten hätten" - wollten Hitlers Krieg damals unbedingt beenden. Heute stehen wir vor einem neuen Krieg gegen Rußland.

Verrat an deutschen Interessen

Es sind die USA, die den Ukraine-Krieg wollen und sie wollen auch, daß sich die Deutschen an ihm beteiligen; daß Deutschland in einem Krieg gegen Rußland erneut besiegt würde. Wer das Land auch nur in die Nähe eines Krieges mit Rußland führt, der dient einer fremden Macht; der begeht Verrat an den deutschen Interessen. Es ist an der Zeit für ein neues "Nationalkomitee". Damit ein eisiger Winter und ein heißer Krieg verhindert werden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 23. September 2022:

>>Habeck: Mit dem Burnout-Minister in den Abgrund

Von *Sven Reuth*

Der Bundeswirtschaftsminister wirkt immer überforderter, gereizter und nervöser. Jetzt beklagte er sich über das zu hohe Arbeitspensum seiner Mitarbeiter und legte einen merkwürdigen Auftritt im Bundestag hin. Die Informationen in der COMPACT-Ausgabe "Habeck, der Kaltmacher") öffnen jedem die Augen - auf daß unser Volk sich erhebt, bevor es im Winter kaltgemacht wird...

Deutschland durchlebt die schwerste ökonomische Krise seit 1945. Die schlechte Lage wird nur noch durch die apokalyptischen Prognosen übertroffen. Erst gestern prognostizierte Gerhard Schenk, der Präsident des Deutschen Konditorenbundes (BIV), daß 30 Prozent der Betriebe seines Verbandes wegen der astronomischen Energiepreise nicht einmal mehr bis zum Dezember durchhalten könnten. In anderen Branchen sieht es nicht besser aus. Millionen von Menschen zittern derzeit in Deutschland um ihre Existenz.

"Das ist jetzt kein Scheiß"

Was aber macht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne)? Der beklagt sich vor allem über seine eigene, angeblich schlechte Situation oder die angeblich miserable Lage seiner Mitarbeiter. So geschehen wieder gestern bei einem Kongreß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Hier äußerte der grüne Vizekanzler zur Lage der Beamten in seinem Ministerium:

"Die Leute, irgendwann müssen die auch schlafen und essen. Es ist jetzt kein Scheiß, den ich erzähle: Die Leute werden krank. Die haben Burnout, die kriegen Tinnitus. Die können nicht mehr."

Das alles ist natürlich nicht schön. Aber was soll da die Mittelstandsfamilie mit zwei Kindern und einem noch nicht abbezahlten Haus sagen, die vor einem Jahr noch ein sorgenfreies Leben führen könnte, die jetzt aber wegen einer Verzehnfachung der monatlichen Abschläge für ihren Gasversorger und explodierender Strompreise vor dem wirtschaftlichen Aus steht? Was der prekär Beschäftigte im Niedriglohnsektor, der zuvor schon kaum den Kopf über Wasser halten konnte und für den die Situation nun vollends aussichtslos wird?

"Sind wir hier im Fußballstadion?"

Die Beamten in Habecks Ministerium können sich derzeit sicherlich nicht über mangelnde Arbeit beklagen - alles andere wäre auch nicht nachvollziehbar - sie haben aber etwas, was der großen Mehrheit der Deutschen derzeit komplett abgeht, nämlich wirtschaftliche Sicherheit.

Endkampf um die neue Weltordnung: Der Ukraine-Krieg ist nur die Ouvertüre für eine Auseinandersetzung zweier Großmächte, die unsere Welt grundlegend verändern wird. In COMPACT-Spezial "USA gegen China" erfahren Sie die historischen Hintergründe dieses Konflikts - und lesen, auf welchen Feldern er heutzutage geführt wird. ...

Die nervliche Schwäche des Vizekanzlers wurde auch in der gestrigen Bundestagsdebatte deutlich. Erst öffte er während einer Aktuellen Debatte zur Energiekrise den CDU-Politiker Andreas Jung nach, der ihn zuvor wegen der dilettantisch ausgearbeiteten Gasumlage kritisiert hatte, dann rief er mit Donnerstimme in den Plenarsaal:

"Sind wir hier im Fußballstadion oder was? Ist das hier ne' Demo?"

Habeck scheint den Belastungen seines Amtes auf psychischer Ebene nicht mehr gewachsen zu sein. Die Kritik an Habecks Gasumlage wird ja nicht nur von zahlreichen Ökonomen, sondern sogar vom Koalitionspartner FDP geteilt. Habeck reagierte darauf in der Plenardebatte des Bundestages mit einem Ausraster, der am Ende nur seine eigene Dünnhäutigkeit zeigt.

Wann handelt Scholz?

Schon in dem denkwürdigen Maischberger-Talk zu Beginn dieses Monats, in dem Habeck unfreiwillig offenbarte, daß er nicht weiß, was eine Insolvenz ist, fiel er unangenehm dadurch auf, daß er sich über sein hohes Arbeitspensum beklagte. Das ist bei einem Bundesminister aber nun mal so. Es wird jedenfalls höchste Zeit, daß Olaf Scholz seinem nervlich und fachlich völlig überforderten Wirtschaftsminister den Stecker zieht, bevor noch mehr Unheil angeordnet wird.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 24. September 2022 (x1.173): >>**Der Mensch im Ausverkauf**

Der Staat vernachlässigt die Daseinsvorsorge und liefert seine Bürger einigen Privatunternehmen zur Verwertung aus - Zeit, daß er sich auf seine Kernaufgaben besinnt.

Von *Karolin Ahrens*

Immanuel Kant wollte, daß der Mensch als Zweck, "niemals bloß als Mittel" gebraucht werde. Auch unsere Politiker schwören bei Amtsantritt, sich "dem Wohle des deutschen Volkes" zu widmen. Das sind hehre Ideale. Die politische Praxis hierzulande sieht schon lange ganz anders aus. Der Bürger ist eher Batterie oder eine Art Geldautomat, aus dem man beliebig Cash ziehen kann, als Endzweck demokratischen Handelns.

Von der Wiege bis zur Bahre wird der Mensch ökonomischen Zwecken unterworfen. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, wie der Staat seine Bürger durch Druck und Propaganda wie Vieh in die Impfbereitschaften getrieben hat, damit diese ihre Körper für die Profite der Herstellerfirmen zur Verfügung stellen. Volkseigentum wird an die Privatwirtschaft verscherbelt - die Menschen sind den neuen Besitzern der vormals öffentlichen Einrichtungen dann tributpflichtig. Durch die massive Unterstützung des Militärapparats werden Steuergelder faktisch veruntreut. Es wird Zeit, daß wir den Staat mahnen, sich auf seine Kernaufgaben zu besinnen und uns Bürgern anstatt illegitimen Drittinteressen zu dienen.

Ein wesentliches Merkmal des Sozialstaatsprinzips ist die Tatsache, daß der Staat zur Daseinsvorsorge verpflichtet ist, sprich zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Dienstleistungen - die Grundversorgung. Aus dem Sozialstaatsprinzip dürfte sich grundsätzlich das Recht herleiten lassen, daß jedem Bürger diese Ressource kostenfrei beziehungsweise nur gegen Entgelt der notwendigen Aufwendungen zur Verfügung gestellt wird.

Eine Privatisierung und Kommerzialisierung der lebensnotwendigen Grundgüter und Übertragung der Geschäftsrisiken der entsprechenden Energieversorger auf die Verbraucher ist somit nicht die Regel, sondern eine Ausnahme. Eine legitime Ausnahme bestätigt die Regel nur insoweit, als daß ihr Wesensgehalt nicht verändert wird, geschützt in unserer Gesellschaft durch die sogenannte Ewigkeitsgarantie. Die gönnerhaften politischen Entlastungspakete dieser Tage, insbesondere für Strom und Gas, sind daher keine aufrichtige Hilfe, sondern eine bewußte Irreführung, eine politische "Nebelkerze".

Die wesentliche Frage dürfte daher nicht sein: "Wie können wir die stetig steigenden Energiekosten noch bezahlen?", sondern: "Warum kommt der Staat nicht seiner Pflicht zur Daseinsvorsorge gegenüber seinen Bürgern verantwortlich nach?"

Staat im Ausverkauf

Neben die Verpflichtung des Staates zur Daseinsvorsorge tritt die persönliche Freiheit, insbesondere auch im Bereich der Daseinsvorsorge privatwirtschaftlich tätig zu werden. Daß diese Privatisierung der Daseinsvorsorge jedoch bereits mehr als besorgniserregende, schädigende

Ausmaße angenommen hat, hat sich spätestens in der Coronakrise und nun auch in der Energiekrise manifestiert. Sicher zu Recht kann daher mittlerweile von Deutschland als dem Staat im Ausverkauf gesprochen werden.

Auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge sieht es nicht besser aus: Durch die wohl bewußte gesetzgeberische Verknappung der den Krankenhäusern zur Verfügung gestellten Finanzmittel und der dadurch ausgelösten finanziellen Schwierigkeiten haben Städte und Landkreise, aber auch Bundesländer ihre Krankenhäuser an private Träger übergeben, um eine Entlastung der Haushalte zu erreichen.

Zwischen dem ebenfalls verfassungsrechtlich geforderten Schutz der persönlichen Freiheit des Einzelnen und der Forderung nach einer sozialstaatlichen Ordnung besteht daher eine unaufhebbare und grundsätzliche Spannungslage. Leidtragende dieser Spannungslage sind vor allem die Bürger und ihr Anspruch auf Daseins- beziehungsweise Gesundheitsfürsorge: Denn es ist ein ungesundes Mißverhältnis entstanden, die privatwirtschaftliche Gewinnerzielungsabsicht - verkörpert in der menschlichen Gier - hat mittlerweile in nicht wenigen Bereichen in eine todbringende Unmenschlichkeit geführt.

Der Mensch als Ressource

Denn nicht erst seit Corona wurde deutlich, daß es im Gesundheitswesen weniger um ganzheitliche Medizin, schnelle Heilung und Prävention geht, sondern zielgerichtet um Schaffung von Märkten, Gewinnoptimierung um jeden Preis und ethisch fragwürdige Behandlungsmethoden. Der Mensch als Ressource, als Gewinnobjekt. Dies beginnt im Übrigen bereits bei der Geburt. So wurde bis zur Marktentnahme 2021 in jedem zweiten Krankenhaus in Deutschland zur Geburtseinleitung ein Magenmedikament verwendet.

Es ist weder für die Geburtseinleitung zugelassen, noch liegen die Voraussetzungen einer sogenannten Off-Label-Medikation vor. Es wirkt jedoch aggressiver, und so können Krankenhäuser mehr Geburten durchpeitschen. Hierbei kommt es nachweislich immer wieder zu gefährlichen Herztonveränderungen der Kinder, so daß ein Akutkaiserschnitt durchgeführt werden muß; es gibt das Risiko des Gebärmutterrisses - die Frau muß dann notoperiert werden. Sowohl Mütter als auch Kinder sind von der Gabe des Medikaments bereits verstorben, es werden irreparable Schäden bei den betroffenen Familien angerichtet.

Selbst der Hersteller und das Bundesinstitut für Arzneimittel rieten von der Gabe des Magenmittels zur Geburtseinleitung ab. Verbände, Ärzte und Einrichtungen bestritten trotz erdrückender Beweislage lange die schweren Nebenwirkungen und Folgen. Auf ein so billiges Medikament möchte man halt nicht verzichten. Das Leben einer Mutter und das eines Neugeborenen spielen da offenkundig keine wesentliche Rolle mehr.

Auch der Markt des Todes wurde mittlerweile profitabel erschlossen. Mit der Erzeugung von Schuldgefühlen soll die identifizierte Zielgruppe von Organtransplantationen zur freiwilligen Hergabe ihrer Organe bewegt werden.

Was die allerwenigsten wissen ist, daß erst seit der sogenannten Harvard-Definition 1968 im Zusammenhang mit Organtransplantation ein neuer "Tod" definiert wurde. Schon beim Versagen des Gehirns soll der Mensch tot sein, obwohl alle anderen Körperfunktionen noch erhalten sind. Transplantationsfähige Organe müssen mithin lebensfrisch sein, also von einem Menschen stammen, der noch maschinell beatmet wird.

Er wird gepflegt, sein Herz schlägt, er ist warm und kann Fieber haben. Er bewegt sich spontan und reagiert auf Berührung. Beim Einschnitt des Chirurgen in den Körper des Organspenders steigt in vielen Fällen der Blutdruck rasant an. Deshalb bekommen Spender bei der Organentnahme immer muskelentspannende Mittel und Opiate. Oft sogar eine Vollnarkose.

Es stellt sich also die Frage: Wie tot sind "Hirntote", denen ihre Organe entnommen werden? Ist nicht wesentliches Merkmal eines Menschen auch sein Geist? Ist er dann ganz tot, halb tot,

scheintot, sterbend oder noch lebend? Bedeutet ein Sterben in Würde nicht auch "bis zum letzten Herzschlag"?

Ein Bereich, der nicht in die Entscheidungsbefugnis eines mit Gewinnerzielungsabsicht handelnden Arztes gehört? Und würden tatsächlich so viele Menschen einer Transplantation zustimmen, wenn sie ordnungsgemäß hierüber aufgeklärt und die genauen Umstände kennen würden?

Folgt man der Argumentation - die abschließend sicher von einem aufrichtigem und fachkundigem Wissenschaftler beurteilt werden muß -, daß die sogenannte Coronaschutzimpfung durch die Einfügung des jeweiligen "Genomsequenzbausteins" zu irreparablen Schäden am Immunsystem eines Menschen führen kann, wäre nun auch der Zeitraum zwischen Geburt und Tod lukrativ erschlossen worden.

Insbesondere stellt man sich bei diesen Sachverhalten die dringende Frage, warum die Strafverfolgungsbehörden nicht ermitteln, wenn Medikamente ohne Zulassung flächendeckend eingesetzt werden, gerade weil bei der Beurteilung des Todeseintritts eines Menschen eine nicht unerhebliche Mißbrauchsgefahr besteht?

Nach einem uns bekannten Schreiben einer Generalstaatsanwaltschaft, die mit der politischen Aufforderung verbunden ist, corona-kritische Personen besonders zu verfolgen, muß wohl von einer umfassenden politischen Steuerung der Strafverfolgungsbehörden ausgegangen werden. Jedenfalls kann diese nicht ausgeschlossen werden, verbietet auch der EuGH das Ausstellen europäischer Haftbefehle wegen der Gefahr des politischen Mißbrauchs. Und es würde die Identität des Wortlauts als auch den Verfolgungseifer und das oftmals ausgesprochen hohe Strafmaß erklären.

In Deutschland gilt mithin im Rahmen der Strafverfolgung leider nicht selten: Die Täter werden geschützt, während die Opfer durch fehlende Aufklärung erneut entwürdigt und vom Rechtsstaat verhöhnt werden. Jedenfalls sollten diese systemischen Mißstände beseitigt werden, damit der Rechtsstaat mit den erforderlichen Verbesserungen wieder aufleben und erstarben kann. Ein Rechtsstaat, der nur auf dem Papier besteht, in dem Gerichte mehr Unrecht als Recht sprechen und nicht in der Lage sind, die individuelle Menschenwürde entgegen ihrer Verpflichtung aus Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG zu schützen, schafft sich selbst ab.

Privatisierung versus Ewigkeitsgarantie

Die Hürden für eine Privatisierung von staatlichen Kernaufgaben sind im Grundgesetz und in der Rechtsprechung - entgegen der Praxis - eigentlich hoch gesteckt:

"... die dauernde Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse soll in der Regel Beamten und nicht Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes übertragen werden. Soweit von dieser Regel abgewichen wird, ist die Tätigkeit des mit Hoheitsfunktionen betrauten Angestellten allerdings der des Beamten gleich zu achten. Es darf sich hier aber nach Art. 33 Abs. 4 GG nur um Ausnahmefälle handeln. Würde die ständige Ausübung hoheitlicher Befugnisse in größerem Umfang auf Nichtbeamte übertragen, so wäre dies mit dem Grundgesetz nicht vereinbar".

Wird sich die Energiekrise weiter zuspitzen, und sollten die privatwirtschaftlich handelnden Energieversorger sogar eine Abschaltung oder Unterbrechung der Grundversorgung in Erwägung ziehen, greift dies rechtswidrig in die entsprechenden Grundrechtspositionen von Millionen von Bürgern ein, denn dies könnte eine Form des unmittelbaren Zwangs bedeuten. Das Gewaltmonopol ist jedoch - aus guten Gründen - ausschließlich dem Staat zugewiesen.

Denn nur in den Fällen, in denen die Vollstreckung in Ausübung staatlicher Gewalt unter Anwendung unmittelbaren Zwangs stattfindet, ist der Amtsträger an die unverletzlichen Grundrechte der Betroffenen als unmittelbar geltendes Recht gemäß Art. 1 Abs. 3 GG gebunden.

Das angegriffene und ausgehöhlt Sozialstaatsprinzip ist aber auch kritisch im Lichte der Ewigkeitsgarantie gemäß Art. 79 Abs. 3 GG unterfallenden absoluten Regelungen in den Artikeln 1 und 20 Abs. 2 und 3 GG zu sehen. Denn diese schließt eine Privatisierung der Daseinsvorsorge durch den garantierten Schutz des Sozialstaatsprinzips aus.

Es wird daher dringend Zeit für eine Renaissance des Staates, der zu seinen Kernaufgaben zurückkehrt, keine Gelder mehr für Aufrüstung entfremdet oder eine Ausbeutung durch sonstige bürgerferne Drittinteressen gesetzgeberisch ermöglicht, sowie für eine Beendigung der Transformation des staatlichen Fürsorgeauftrags in eine privatwirtschaftliche Gewinnerzielungsabsicht, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge.

Denn ein Sozialstaat, in dem der Mensch zur Ressource geworden ist, in dem mehr Gier als Liebe regiert, hat sich selbst abgeschafft und ebenso die Politiker, die diese Unmenschlichkeit zu verantworten haben.

Karolin Ahrens, Jahrgang 1980, studierte Rechtswissenschaften und schloß ihr Zweites Juristisches Staatsexamen mit der Befähigung zum Richteramt ab. Sie ist als Rechtsanwältin im Bereich Wirtschaftsrecht und Grundrechtsschutz tätig und publiziert insbesondere zu gesellschaftspolitischen Themen aus dem juristischen Blickwinkel. Ihr Engagement erstreckt sich auf die Mitgestaltung einer freien, verantwortungsvollen und menschlicheren Gesellschaft. Im März 2022 gründete sie unter anderem die "Initiative Rechtspatenschaft" - juristische Unterstützung für (sozial) Schwache. ...<<

Die politische Webseite "Apolut" berichtete am 27. September 2022 (x1.171/...): >>**Kampf-ansage von Außenminister Lawrow an den Westen in der UNO-Vollversammlung**

Von *Thomas Röper*

In der UNO-Vollversammlung hat der russische Außenminister Lawrow eine Rede gehalten, die man mit Fug und Recht als historisch bezeichnen muß.

Ein Kommentar von *Thomas Röper*.

Daß Rußland, nachdem der Westen die russischen Vorschläge für gegenseitige Sicherheitsgarantien abgelehnt und Rußland damit zum Vorgehen in der Ukraine gezwungen hat, keine Rücksicht mehr auf die Befindlichkeiten des Westens nimmt, ist Lesern des Anti-Spiegel bekannt. Nun hat der russische Außenminister Lawrow die Position Rußlands in der UNO-Vollversammlung dargelegt. Ich habe seine Rede, in der er wirklich Klartext gesprochen hat, übersetzt.

Bevor wir zu der Übersetzung kommen, noch ein Hinweis: Im Westen ist immer von der "regelbasierten Weltordnung" die Rede, wobei allerdings kaum jemand weiß, was mit diesen schönen Worten gemeint ist. Daher empfehle ich zum besseren Verständnis des Themas diesen Artikel als Hintergrundinformation.

Hier nun die Übersetzung der Rede des russischen Außenministers Lawrow in der UNO-Vollversammlung.

Beginn der Übersetzung:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Wir treffen uns in einem schwierigen und dramatischen Moment. Die Krisenphänomene eskalieren und die internationale Sicherheitslage verschlechtert sich rapide.

Statt einen ehrlichen Dialog zu führen und nach Kompromissen zu suchen, werden wir mit Desinformationen, plumpen Inszenierungen und Provokationen konfrontiert. Die Linie des Westens untergräbt das Vertrauen in internationale Institutionen als Organe des Interessenausgleichs und in das Völkerrecht als Garant für Gerechtigkeit und für den Schutz der Schwachen vor Willkür.

Wir beobachten die negativen Tendenzen in konzentrierter Form innerhalb der Mauern der UNO, die aus den Trümmern des deutschen Faschismus und des japanischen Militarismus

hervorgegangen ist und die gegründet wurde, um freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern zu fördern und Konflikte zwischen ihnen zu verhindern.

Heute entscheidet sich die Frage der zukünftigen Weltordnung - das ist für jeden unvoreingenommenen Beobachter klar. Die Frage ist, ob es eine Ordnung mit einem Hegemon sein wird, der alle zwingt, nach seinen berüchtigten "Regeln" zu leben, die nur ihm zugute kommen, oder ob es eine demokratische, gerechte Welt sein wird - ohne Erpressung und Einschüchterung der Ungehorsamen, ohne Neonazismus und Neokolonialismus. Rußland entscheidet sich entschieden für die zweite Option. Gemeinsam mit unseren Verbündeten, Partnern und Gleichgesinnten fordern wir dazu auf, auf ihre Umsetzung hinzuwirken.

Das unipolare Modell der Weltentwicklung, das den Interessen der "goldenen Milliarde" diene, deren Superkonsum jahrhundertlang durch die Ressourcen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gesichert wurde, gehört der Vergangenheit an. Das Entstehen souveräner Staaten, die bereit sind, ihre nationalen Interessen zu verteidigen, führt heute zur Bildung einer gerechten, sozial orientierten und nachhaltigen multipolaren Architektur. Allerdings werden diese objektiven geopolitischen Prozesse von Washington und den ihm gegenüber vollkommen unterwürfigen herrschenden Eliten der westlichen Länder als Bedrohung für ihre Vorherrschaft wahrgenommen.

Die USA und ihre Verbündeten wollen das Rad der Geschichte aufhalten. Einst, als Washington den Sieg im Kalten Krieg verkündete, erhob es sich in den Rang eines Boten Gottes auf Erden, der keine Pflichten, sondern nur das "heilige" Recht hat, ungestraft zu handeln - wie und wo es ihm beliebt. Jeder Staat kann zu einem Gebiet solcher Aktionen erklärt werden - vor allem, wenn er den selbsternannten "Herren der Welt" aus irgendeinem Grund nicht gefällt.

Wir alle erinnern uns, wie unter erfundenen Vorwänden Angriffskriege gegen von den USA weit entfernte Länder wie Jugoslawien, den Irak und Libyen entfesselt wurden, die Hunderttausende von Zivilisten das Leben gekostet haben. Hat auch nur eines dieser Länder legitime westliche Interessen beeinflußt? Wurden Englisch oder Sprachen anderer NATO-Mitgliedstaaten, oder westliche Medien und die westliche Kultur dort verboten?

Wurden die Angelsachsen etwa zu "Untermenschen" erklärt und schwere Waffen gegen sie eingesetzt? Was sind die Ergebnisse der US-Abenteuer im Nahen Osten? Eine Verbesserung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit? Eine Stabilisierung der sozialpolitischen Lage? Eine Steigerung des Wohlstands der Bevölkerung? Nennen Sie ein Land, in dem Washington gewaltsam interveniert hat und in dem sich das Leben infolgedessen verbessert hat.

Bei dem Versuch, das unipolare Modell unter dem Slogan der "regelbasierten Ordnung" wiederzubeleben, zieht der Westen überall "Trennlinien" im Geiste der Blockkonfrontation: "entweder mit uns oder gegen uns." Es gibt keinen dritten Weg, keinen Kompromiß.

Während sie den rücksichtslosen Kurs der NATO-Osterweiterung fortsetzen und die militärische Infrastruktur des Blocks näher an die Grenzen Rußlands heranführen, haben sich die USA nun die Aufgabe gestellt, den asiatischen Raum zu unterwerfen. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juni verkündete das "defensive" Bündnis, wie es sich selbst nennt, die "Untrennbarkeit der Sicherheit der euro-atlantischen und der indo-pazifischen Region."

Unter dem Slogan indo-pazifischer Strategien werden geschlossene Formate geschaffen, die die gesamte offene und integrative regionale Architektur untergraben, die sich seit Jahrzehnten um ASEAN herum entwickelt hat. Darüber hinaus spielen sie rund um Taiwan mit dem Feuer und versprechen ihm auch militärische Unterstützung.

Es ist offensichtlich, daß die berüchtigte "Monroe-Doktrin" eine globale Dimension annimmt. Washington versucht, den gesamten Globus in seinen "Hinterhof" zu verwandeln. Das Mittel zur Unterwerfung Andersdenkender sind illegale einseitige Sanktionen, die seit Jahren unter

Verletzung der UN-Charta verhängt und als politisches Erpressungsinstrument eingesetzt werden. Der Zynismus dieser Praxis ist offensichtlich.

Die Beschränkungen treffen die Zivilbevölkerung, da sie den Zugang zu lebenswichtigen Gütern wie Medikamenten, Impfstoffen und Lebensmitteln verhindern. Ein ungeheuerliches Beispiel ist das US-Embargo gegen Kuba, das seit mehr als 60 Jahren andauert. Die UN-Generalversammlung fordert seit langem mit überwältigender Mehrheit die sofortige Aufhebung des Embargos.

Der Generalsekretär, dessen Aufgabe es ist, die Einhaltung der Beschlüsse der Generalversammlung zu fördern, muß diesem Problem besondere Aufmerksamkeit widmen. Eine besondere Rolle kommt ihm auch bei der Mobilisierung von Anstrengungen zur Bewältigung der Lebensmittel- und Energiekrisen zu, die durch die unkontrollierte Geldemission in den USA und der EU während der Pandemie und das unverantwortliche, unprofessionelle Vorgehen der EU auf den Brennstoffmärkten ausgelöst wurden. Entgegen dem gesunden Menschenverstand verschärften Washington und Brüssel die Krisensituation, indem sie einen Wirtschaftskrieg gegen Rußland erklärt haben.

Die Folge war ein Anstieg der Weltmarktpreise für Lebensmittel, Düngemittel, Öl und Gas. Wir begrüßen die Bemühungen des Generalsekretärs, die zum Abschluß des Abkommens von Istanbul am 22. Juli dieses Jahres beigetragen haben. Allerdings gehen die Schiffe mit ukrainischem Getreide nicht in erster Linie in die ärmsten Länder, und die von den USA und der EU geschaffenen finanziellen und logistischen Hindernisse für russische Getreide- und Düngemittelausfuhren sind noch nicht vollständig beseitigt.

Wir erinnern seit Wochen daran, daß 300.000 Tonnen russischer Düngemittel in europäischen Häfen festgehalten werden. Seit langem bieten wir an, sie kostenlos in die bedürftigen Länder Afrikas zu bringen, aber die Europäische Union reagiert nicht.

Die offizielle Russophobie hat im Westen ein noch nie dagewesenes, groteskes Ausmaß angenommen. Sie zögern nicht mehr, offen ihre Absicht zu erklären, unserem Land nicht nur eine militärische Niederlage zuzufügen, sondern auch Rußland zu zerstören und zu zerlegen. Mit anderen Worten: Rußland soll als zu unabhängiges geopolitisches Gebilde von der politischen Landkarte der Welt verschwinden.

Wie hat Rußland in den letzten Jahrzehnten die Interessen seiner Gegner verletzt? Kann es sein, daß sie uns nicht verzeihen können, daß die militärische und strategische "Entspannung" der 80er und 90er Jahre dank der Position unseres Landes möglich war? Daß wir den Warschauer Pakt freiwillig aufgelöst und damit der NATO ihre Daseinsberechtigung genommen haben? Daß wir die Wiedervereinigung Deutschlands bedingungslos und gegen die Position von London und Paris unterstützt haben? Wir haben unsere Streitkräfte aus Europa, Asien und Lateinamerika abgezogen.

Wir haben die Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken anerkannt. Wir haben auf die Versprechen der westlichen Staats- und Regierungschefs vertraut, die NATO nicht "auch nur einen Zoll" nach Osten zu erweitern, und als die NATO-Osterweiterung kam, stimmten wir ihr zu, indem wir diesen Prozeß durch die Unterzeichnung der NATO-Rußland-Grundakte legitimiert haben. Könnte es sein, daß wir gegen westliche Interessen verstoßen haben, indem wir den Westen vor der Unannehmbarkeit der bedrohlichen militärischen Infrastruktur in der Nähe unserer Grenzen gewarnt haben?

Die Arroganz des Westens, der amerikanische Exzeptionalismus, ist seit dem Ende des Kalten Krieges besonders zerstörerisch geworden. 1991 gab der stellvertretende Chef des Pentagon, Paul Wolfowitz, in einem Gespräch mit dem Befehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, William Clark, offen zu, daß sie nach dem Ende des Kalten Krieges ihr Militär einsetzen könnten, ohne Strafen befürchten zu müssen. ...

Und daß sie fünf, vielleicht zehn Jahre Zeit hätten, um die sowjet-ähnlichen Regime wie den Irak und Syrien auszumerzen, bevor eine neue Supermacht entstehe, die sie herausfordern könne. Ich bin sicher, daß wir eines Tages aus den Memoiren von irgend jemandem erfahren werden, wie die amerikanische Strategie auch in Bezug auf die Ukraine gestaltet wurde. Allerdings sind die Pläne Washingtons bereits offensichtlich.

Vielleicht können sie uns nicht verzeihen, daß wir auf Wunsch der USA und der EU die Vereinbarungen zwischen dem damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und der Opposition zur Beilegung der Krise im Februar 2014 unterstützt haben? Die Vereinbarungen, für die Deutschland, Frankreich und Polen gebürgt haben, wurden am nächsten Morgen von den Rädelsführern des blutigen Staatsstreichs - eine Demütigung der europäischen Vermittler - mit Füßen getreten.

Der Westen legte einfach die Hände in den Schoß und sah schweigend zu, wie die Putschisten die Ostukraine bombardierten, wo man sich weigerte, die Ergebnisse des Putsches anzuerkennen, und wo man dagegen war, daß die Organisatoren des Putsches Nazi-Schergen, die an der brutalen ethnischen Säuberung von Russen, Polen und Juden während des Zweiten Weltkriegs beteiligt waren, in den Rang von Nationalhelden erhoben werden.

Hätten wir etwa Kiews Politik des totalen Verbots der russischen Sprache, des Bildungswesens, der russischen Medien und der russischen Kultur, die Forderung nach Ausweisung der Russen von der Krim, die Kriegserklärung an den Donbass, dessen Bewohner von der damaligen und heutigen Kiewer Regierung nicht zu Menschen, sondern zu "Kreaturen" erklärt wurden, hinnehmen sollen?

Könnte es sein, daß Rußland gegen westliche Interessen verstoßen hat, indem es eine Schlüsselrolle bei der Beendigung der von Kiews Neonazis entfesselten Feindseligkeiten in der Ostukraine spielte und dann die Umsetzung des Minsker Abkommens forderte, das vom UN-Sicherheitsrat im Februar 2015 einstimmig angenommen, aber von Kiew unter direkter Beteiligung der USA und der EU begraben wurde?

Wir haben im Laufe der Jahre immer wieder ein Abkommen über die Regeln des Zusammenlebens in Europa vorgeschlagen, das auf dem Prinzip der gleichen und unteilbaren Sicherheit beruht und das auf höchster Ebene in den OSZE-Dokumenten bestätigt wurde. Diesem Grundsatz zufolge würde niemand seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer stärken. Der letzte Vorschlag, den wir im Dezember 2021 gemacht haben, um diese Vereinbarungen rechtsverbindlich zu machen, wurde mit Arroganz zurückgewiesen.

Der Unwille der westlichen Länder, Abkommen einzuhalten, und der anhaltende Krieg des Kiewer Regimes gegen die eigene Bevölkerung haben uns keine andere Wahl gelassen, als die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen und eine Militäroperation einzuleiten, um die Russen und andere Bewohner des Donbass zu schützen und die Bedrohungen für unsere Sicherheit zu beseitigen, die die NATO zielstrebig auf ukrainischem Territorium, genauer gesagt an unseren Grenzen, geschaffen hat.

Die Operation wird im Rahmen von Verträgen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen Rußland und diesen Republiken durchgeführt, die auf Artikel 51 der UN-Charta beruhen. Ich bin sicher, daß jeder souveräne Staat, der sich seiner Verantwortung gegenüber seinem Volk bewußt ist, an unserer Stelle dasselbe tun würde.

Jetzt ist der Westen wegen der Referenden in den ukrainischen Regionen Lugansk, Donezk, Cherson und Saporoschje in Hysterie, aber die dort lebenden Menschen reagieren nur auf das, was ihnen der Chef des Kiewer Regimes, Wladimir Selenskyj, in einem seiner Interviews im August 2021 empfohlen hat. Damals hat er allen, die sich als Russen fühlen, zum Wohle ihrer Kinder und Enkelkinder geraten, nach Rußland zu "verschwinden". Die Bewohner der genannten Regionen tun nun genau das, wobei sie ihr Land, auf dem ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gelebt haben, mitnehmen.

Jedem unvoreingenommenen Beobachter ist absolut klar: Für die Angelsachsen, die sich Europa völlig unterworfen haben, ist die Ukraine nur Verbrauchsmaterial im Kampf gegen Rußland. Die NATO hat unser Land zu einer unmittelbaren Bedrohung auf dem Weg zur totalen Vorherrschaft der USA erklärt und China als langfristige strategische Herausforderung definiert. Gleichzeitig sendet der "kollektive Westen" unter der Führung Washingtons ein einschüchterndes Signal an alle anderen Länder: Jeder, der es wagt, nicht zu gehorchen, kann der Nächste sein.

Eine der Folgen des vom Westen ausgerufenen "Kreuzzuges" gegen die Unerwünschten ist der fortschreitende Verfall der multilateralen Institutionen, die von den USA und ihren Verbündeten in Werkzeuge zur Durchsetzung ihrer egoistischen Interessen verwandelt werden. Diese Linie wird in der UNO, dem Menschenrechtsrat der Organisation, der UNESCO und anderen multilateralen Strukturen durchgesetzt.

Die OPCW wurde de facto privatisiert. Es werden heftige Versuche unternommen, die Schaffung eines Transparenzmechanismus im Rahmen der Biowaffenkonvention für Hunderte von Biowaffenprogrammen des Pentagons in der ganzen Welt zu verhindern, auch an den Grenzen Rußlands und in ganz Eurasien. Daß diese Programme keineswegs harmlos sind, zeigen die unerbittlichen Fakten in der Ukraine.

Wir sehen eine sture Linie zur Privatisierung des Sekretariats der Vereinten Nationen und zur Einführung eines neoliberalen Diskurses in dessen Arbeit, der die kulturelle und zivilisatorische Vielfalt der modernen Welt ignoriert. In diesem Zusammenhang rufen wir dazu auf, wie in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen, auf eine ausgewogene geographische Vertretung der Mitgliedstaaten in den Strukturen des Sekretariats zu achten und die Dominanz einer Gruppe von Ländern zu verhindern.

Eine unerträgliche Situation ist dadurch entstanden, daß Washington seinen Verpflichtungen aus dem Abkommen zwischen dem Sekretariat und der US-Regierung über die Verpflichtungen des "Gastgeberlandes" des UN-Hauptquartiers zur Gewährleistung normaler Bedingungen für die Teilnahme aller Mitgliedstaaten an der Arbeit der Vereinten Nationen nicht nachkommt. Das Abkommen überträgt dem Generalsekretär auch die Verantwortung für diese Aufgabe. Die Trägheit ist nicht akzeptabel.

Die Bemühungen einiger Länder, die Vorrechte des Sicherheitsrates zu untergraben, sind besorgniserregend. Zweifellos müssen sowohl der Rat als auch die UNO als Ganzes an die modernen Realitäten angepaßt werden. Wir sehen Perspektiven für eine Demokratisierung der Arbeit des Sicherheitsrates ausschließlich - das möchte ich betonen - durch eine stärkere Vertretung von Ländern aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Wir weisen insbesondere auf Indien und Brasilien als wichtige internationale Akteure und würdige Kandidaten - während einer gleichzeitigen Stärkung des Profils Afrikas - für eine ständige Mitgliedschaft im Rat hin.

Heute ist es wichtiger denn je, daß sich alle Mitgliedstaaten unmißverständlich und ohne Ausreden zu den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta bekennen - als ersten notwendigen Schritt zur Wiederherstellung der kollektiven Verantwortung für das Schicksal der Menschheit.

Genau zu diesem Zweck wurde im Juli 2021 die Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta gegründet, die von Rußland mitbegründet wurde und der bereits rund zwei Dutzend Länder angehören. Die Gruppe ist bestrebt, die strikte Einhaltung der universellen Normen des Völkerrechts als Gegengewicht zu schädlichen einseitigen Ansätzen zu gewährleisten. Wir rufen alle, die diese Position teilen, auf, sich ihr anzuschließen. In diesem Zusammenhang haben die Bewegung der Blockfreien, die BRICS, die SCO und die ASEAN ein erhebliches positives Potential.

Während die westlichen Kollegen allen Ländern aggressiv ihr Verständnis von Demokratie als Modell für die Organisation des gesellschaftlichen Lebens aufzwingen, sind sie kategorisch nicht bereit, sich in internationalen Angelegenheiten von demokratischen Normen leiten zu lassen. Ein aktuelles Beispiel ist die Situation in der Ukraine. Rußland hat seine Position ausführlich begründet, und das schon seit mehreren Jahren.

Der Westen hat erklärt, daß er damit nicht einverstanden ist. Es scheint, daß der Rest der Weltgemeinschaft selbst entscheiden sollte, welche Position er einnehmen will: für die einen, für die anderen oder für die Neutralität.

So sollte es in Demokratien sein, wenn Politiker, die sich bekämpfen, ihren Standpunkt verteidigen und in der Bevölkerung agitieren, aber die USA und ihre Verbündeten geben niemandem die Wahlfreiheit. Sie drohen und drehen jedem die Arme auf den Rücken, der es wagt, selbstständig zu denken. Sie fordern mit Drohungen, sich den anti-russischen Sanktionen anzuschließen. Das funktioniert schlecht, aber es ist offensichtlich, daß diese Art des Vorgehens der USA und ihrer Satelliten überhaupt keine Demokratie ist, sondern reine Diktatur, zumindest der Versuch, eine Diktatur durchzusetzen.

Es entsteht der Eindruck, daß Washington und das unterjochte Europa versuchen, ihre entrinnende Hegemonie ausschließlich mit verbotenen Methoden zu erhalten. An die Stelle der Diplomatie treten immer wieder illegitime Sanktionen gegen starke Konkurrenten in Wirtschaft, Sport, Medien und Information, kulturellem Austausch und menschlichen Kontakten insgesamt. Nehmen wir das Problem der Visa für Delegierte zu internationalen Veranstaltungen in New York, Genf, Wien und Paris - auch dies ist ein Versuch, Konkurrenten auszuschalten, um alternative Ansichten in multilateralen Diskussionen zu verhindern.

Ich bin von der Notwendigkeit überzeugt, die UNO zu verteidigen, die Weltorganisation von allem Konfrontativen und Aufgezwungenen zu säubern und ihren Ruf als Plattform für ehrliche Diskussionen wiederherzustellen, um ein Gleichgewicht zwischen den Interessen aller Mitgliedsstaaten zu finden. Das ist der Ansatz, der die Förderung unserer nationalen Initiativen bei der UNO leitet.

Es ist von entscheidender Bedeutung, ein umfassendes Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum zu erreichen, was das Ziel des russisch-chinesischen Entwurfs des internationalen Vertrags ist, der derzeit von der UN-Abrüstungskonferenz geprüft wird.

Besondere Aufmerksamkeit sollte der Aufgabe des Schutzes des Cyberspace gewidmet werden, einschließlich einer Einigung in der Offenen Arbeitsgruppe der Generalversammlung über Möglichkeiten zur Gewährleistung der internationalen Informationssicherheit sowie der Ausarbeitung eines universellen Übereinkommens zur Bekämpfung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu kriminellen Zwecken im Rahmen des Ad-hoc-Ausschusses.

Wir werden das Büro für Terrorismusbekämpfung und andere Antiterror-Organe der Vereinten Nationen weiterhin unterstützen. Wir werden die dynamische Entwicklung der Beziehungen der Vereinten Nationen zur OVKS, zur GUS und zur Eurasischen Wirtschaftsunion weiter fördern, um die Bemühungen im eurasischen Großraum zu koordinieren.

Rußland ruft dazu auf, die Bemühungen zur Beilegung regionaler Konflikte zu verstärken. Wir halten es für vorrangig, den Stillstand bei der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates zu überwinden, die durch die NATO-Aggression zerstörte Staatlichkeit Iraks und Libyens wiederherzustellen, die Bedrohung der Souveränität Syriens zu neutralisieren, einen nachhaltigen nationalen Aussöhnungsprozeß in Jemen einzuleiten und das schwere Erbe der NATO in Afghanistan zu überwinden. Wir bemühen uns, das ursprüngliche iranische Atomprogramm wiederzubeleben und um eine faire und um eine umfassende Lösung der Probleme auf der koreanischen Halbinsel.

Die zahlreichen Konfliktsituationen in Afrika erfordern es, der Versuchung zu widerstehen, sie zum Gegenstand geopolitischer "Nullsummenspiele" zu machen, und externe Akteure zur Unterstützung der Initiativen der Afrikanischen Union zu gewinnen. Die Lage im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina, wo die USA und die EU hartnäckig daran arbeiten, den in der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats und dem Friedensabkommen von Dayton verankerten internationalen Rechtsrahmen zu zerstören, gibt Anlaß zur Sorge.

Frau Präsidentin!

In Zeiten des Wandels liegt es in der Natur des Menschen, Unterstützung und Trost in der Weisheit der Vorfahren zu suchen, die ebenfalls auf die Probe gestellt worden sind. Mit den treffenden Worten des ehemaligen UN-Generalsekretärs James Hammarskjöld, der sich an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs erinnerte: "Die UNO wurde nicht geschaffen, um die Menschheit in den Himmel zu führen, sondern um sie vor der Hölle zu retten."

Diese Worte sind aktueller denn je. Sie fordern uns alle auf, unsere individuelle und kollektive Verantwortung für die Schaffung der Voraussetzungen für eine sichere und harmonische Entwicklung künftiger Generationen wahrzunehmen. Dies erfordert den politischen Willen aller Beteiligten.

Wir sind zu dieser ehrlichen Arbeit bereit und davon überzeugt, daß der Fortbestand der Weltordnung nur durch eine Rückkehr zu den Wurzeln der Diplomatie der Vereinten Nationen gewährleistet werden kann, die auf dem wichtigsten Grundsatz der Charta beruhen, nämlich der Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. September 2022:

>>Pipeline-Terror: Indizien sprechen gegen die USA

Von Jürgen Elsässer

Die Spuren, die die USA am Anschlagort Nähe der Insel Bornholm hinterlassen haben, sind verräterisch. ... Im Folgenden eine Übersicht. Aber nicht erst seit den jüngsten Anschlägen auf Nord Stream 2 sind die USA verantwortlich für aggressive Aktionen gegen die BRD, die sie ganz offensichtlich als ihre Kolonie betrachten. Wir müssen endlich souverän werden, die Amis müssen abziehen! Alle Argumente für "Ami go home!" sind hier zusammengefaßt.

Immer dreister versuchen Politik und Lügenmedien, Rußland als Schuldigen bei der Zerstörung seiner eigenen Pipelines darzustellen. Doch die Indizien, daß die USA die beiden Röhren gesprengt haben, sind erdrückend. Die folgende Zusammenstellung übernahmen wir vom Telegram-Kanal "Übersicht Ukraine" und ergänzten sie mit eigenen Recherchen.

Verräterische Spuren

07.2.2022: Biden äußert sich zu den Nord-Stream-Pipelines und sagt, daß er bereit wäre, alles zu tun, um diese zu verhindern. Im englischen Originalton: Biden: "There will be no longer a Nord Stream 2. We will bring an end to it."

Journalistin: "How will you do that, exactly? Since the project and control of the project is within Germany's control?"

Biden: "I promise you we'll be able to do it."

Ab dem 5.6.2022 startete das Marinemanöver Baltops 2022, eine US Navy- und NATO-Großübung in der Ostsee: "Zur Unterstützung von BALTOPS hat sich die 6. Flotte der US-Marine mit Forschungs- und Kriegsführungszentren der US-Marine zusammengetan, um die neuesten Fortschritte in der Minenjagdtechnologie für unbemannte Unterwasserfahrzeuge in die Ostsee zu bringen und die Wirksamkeit der Fahrzeuge in Einsatzszenarien zu demonstrieren." - Quelle: seapowermagazine.org

Am 1.6.2022 tauchten polnische Greenpeace-Aktivisten zu den Pipelines runter, um gegen sie zu demonstrieren.

Am 23.8.2022 forderte Polens Präsident Duda den Abriß von Nord Stream 2.

Am 2.9.2022 wurden über den jetzt aufgerissenen Stellen von Nord Stream 1 und 2 US-Flugzeuge und Hubschrauber beobachtet.

Am 21.9.2022 tauchten im russischen Seehafen Sewastopol (Krim) unbekannte Über- bzw. Unterwasserdrohnen auf.

Am 22.9.2022 teilte der russische Geheimdienst FSB mit, am Vortag einen Anschlag seitens des ukrainischen Geheimdienstes SBU auf die russisch-türkische Pipeline Turkstream vereitelt zu haben.

Am 24./25.9.2022 passierte ein großer US-Flottenverband das Seegebiet Bornholm, wo später die Explosionen stattfanden.

Am 19. und 26.9.2022 patrouillierten US-Luftstreitkräfte in der Nähe von Bornholm.

In der Nacht zum 26.9.2022 wurden in den Gewässern rund um die dänische Insel Bornholm zunächst drei Lecks, später noch ein viertes, in den Röhren von Nord Stream 1 und 2 festgestellt.

Am 27.9.2022 wurde die Baltic Pipe eingeweiht, die Gas von Skandinavien nach Polen bringt.

Am 27.9.2022 bedankte sich der ehemalige polnische Außenminister Radek Sikorsky für die Sprengung der Pipeline: "Thank you, USA!"

Die USA - aggressive Besatzungsmacht in Deutschland

Daß die USA aggressiv als Besatzungsmacht gegen deutsche Interessen auftreten, haben wir in der COMPACT-Spezialausgabe "Ami go home. Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten" dokumentiert. In einer dreiseitigen Zitatenübersicht hat die Ausgabe auch einige hellsichtige Auslassungen etablierter Politiker und Medien dokumentiert, die in der heutigen Kriegshysterie wie Zitate aus einem anderen Universum wirken.

"Die USA wird von 200 Familien regiert, und zu denen wollen wir gute Kontakte haben" (Arend Oetker, Ex-Vorstand der Atlantikbrücke e.V., Berliner Zeitung, 17.5.2002)

"Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil." (Oskar Lafontaine, Kolumne der Bild Zeitung, 6.1.2003)

"Deutschland ist kein souveränes Land befindet sich immer noch eigentlich im Nachkriegszustand. ... Wir haben eine staatliche Ordnung, das ist keine Frage und die funktioniert recht und schlecht, aber ... wir sind kein Land wie Frankreich." (Ulrich Maurer, MdB, Die Linke, 21.3.2011)

"Washington behält sich schließlich auch das Recht vor, in Staaten gezielt Menschen zu töten, die nicht dazu fähig oder in der Lage sind, die mutmaßlichen Terroristen selbst zu verfolgen oder ihr Einverständnis zu einer Vollstreckung durch die Amerikaner zu geben. Dann wären theoretisch gezielte Drohnenangriffe auch in verbündeten Staaten wie Deutschland möglich." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2.2013)

"Es sprengt jede Vorstellung, daß unsere Freunde in den USA die Europäer als Feinde ansehen." (Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zum NSA-Skandal, bild.de, 30.6.2013)

"Es gibt ja diese Vorstellung, daß die Vorbehaltsrechte ... der Alliierten im Bereich des Notstandes und der Überwachung Ende der 60er Jahre ... beseitigt worden seien. Dieses ist formal richtig, faktisch aber nicht. Inhaltlich waren sie schon längst in einem ergänzenden Vertrag zum NATO-Truppenstatut fortgeschrieben worden durch weitere Geheimvereinbarungen ... Und darin legten beide Seiten fest, daß auch nach Aufhebung der Vorbehaltsrechte alle Überwachungsrechte der Alliierten weiterhin erhalten bleiben." (Der Historiker Josef Foschepoth, ARD-Tagesthemen, 15.7.2013)

"2011 räumte die Bundesregierung unter Angela Merkel auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ein, daß in den Jahren 2004 bis 2011 207 US-Firmen Sonderrechte für geheim-

dienstliche Tätigkeiten in Deutschland gewährt wurden. Rechtliche Grundlage der Sonderrechte ist Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum Nato-Truppenstatut." (presseportal.de zur ZDF-Sendung Frontal 21, 30.7.2013)

"Das deutsche Volk kann verlangen, was es will, das ändert nichts an der Tatsache, daß die deutschen Geheimdienste und Militärs nur eine Filiale der CIA und des US-Verteidigungsministeriums sind. Nicht mehr. ... Deutschland ist doch nur eine ganz gewöhnliche Kolonie der USA." (Jewgenij Fedorow, Abgeordneter der russischen Staatsduma, 20.8.2013)

"Deutschland wurde bedrängt, sein G-10-Gesetz zu ändern, um die NSA zu befriedigen, und hat die verfassungsmäßigen Rechte deutscher Bürger untergraben." (Edward Snowden, tageschau.de, 7.3.2014)

"Immer fließen die Daten über Ramstein. Ohne Deutschland wäre der gesamte Drohnenkrieg des US-Militärs nicht möglich." (Der ehemalige US-Drohnenpilot Brandon Bryant, Süddeutsche Zeitung, 4.4.2014)

"Hat Deutschland eine Verfassung? ... Tut die NSA gar nichts Verbotenes, sondern darf das eigentlich sogar, weil die Deutschen es ihr per Gesetz erlauben? Weil wir eigentlich gar kein richtiges Land sind. Weil wir immer noch besetzt sind." (Xavier Naidoo bei einem Spontankonzert in Mannheim, 15.8.2014)

"Warum müssen amerikanische Atombomben in Deutschland bleiben?" - Der Sprecher des Auswärtigen Amts, Dr. Martin Schäfer: "Ich glaube nicht, daß ich dazu etwas sagen sollte. Das entscheiden in erster Linie die Amerikaner." (Bundespressekonferenz, 6.3.2015)<<

Die politische Webseite "anti-spiegel" berichtete am 30. September 2022 (x1.177/...):

>>**Nord Stream gesprengt: Die wohl dümmste Propaganda aller Zeiten**

Von *Thomas Röper*

Die Nord-Stream-Pipelines wurden gesprengt und die westlichen Medien veranstalten die wohl dümmste Propaganda-Aktion aller Zeiten.

Nachdem die Nord-Stream-Pipelines offensichtlich gesprengt wurden, beginnt die Suche nach dem Schuldigen. Die westlichen Medien beginnen die dümmste Propaganda-Aktion aller Zeiten, indem sie zunächst einige Tage so tun, als sei man bei der Suche nach dem Schuldigen ergebnislos. In Wahrheit sieht man bereits deutlich, daß sie Rußland die Schuld geben wollen. Die USA werden als möglicher Schuldiger nicht einmal erwähnt. Wie dumm das ist, versteht sogar ein Grundschüler.

Und um es gleich klar zu sagen: Eine Reparatur der Pipelines dürfte unmöglich sein, denn die Röhren werden sich nun mit Salzwasser füllen und sie werden beginnen, zu rosten. Eine Reparatur wäre nur dann zumindest theoretisch möglich, wenn sie sofort beginnen würde. Das jedoch ist nicht zu erwarten. Die Pipelines sind damit tot.

Die USS Kearsarge

Die Medien tun so, als habe Rußland den Anschlag auf die Pipelines organisiert. Die USA werden von den Medien bei ihrer "Suche nach Schuldigen" als mögliche Verursacher der Explosionen nicht einmal genannt, dabei ist es ausgesprochen interessant, daß die USS Kearsarge, ein amphibisches Angriffsschiff der Wasp-Klasse der US-Navy, schon seit Monaten in dem Gebiet operiert. Ungewöhnlich ist, daß das englische Wikipedia darüber mit sehr vielen Quellen sehr ausführlich berichtet:

"Am 13. Mai 2022 nahm die Kearsarge an einem PASSEX-Training mit der finnischen und der schwedischen Marine in der nördlichen Ostsee teil. Vom 17. bis 23. Mai nahm die Kearsarge mit ihrer amphibischen Bereitschaftsgruppe an der NATO-Wachaktivität Neptune Shield 2022 teil. Am 27. Mai dockte die Kearsarge vor der Übung BALTOPS 22 in Tallinn, Estland, an. Am 2. Juni traf sie in Stockholm, Schweden, ein. Am 20. August traf sie in Klaipeda, Litauen, ein."

Außerdem brachte die Kearsarge am 23. September US-Marines der 2nd Marine Logistics Group nach Finnland, wo sie an dem Manöver Freezing Winds 22 teilgenommen haben. Die Kearsarge ist unter anderem auf Operationen mit Kampfschwimmern und andere Unterwasser-Operationen spezialisiert. Und dieses Schiff fährt seit Monaten unbemerkt von den deutschen Medien in der Ostsee herum, auch in der Nähe der Nord-Stream-Pipelines.

Daß die NATO vor Portugal erst vor wenigen Wochen den Einsatz von "unbemannten maritimen Systemen" geprobt hat, die "über dem Wasser, auf dem Wasser und unter Wasser" eingesetzt werden können, ist sicherlich ein Zufall. Das Manöver endete am 22. September.

Ob die Systeme danach mit dem Flugzeug nach Finnland gebracht und auf die Kearsarge verladen wurden, die dort am 23. September festgemacht hat? Die Frage würde ich der NATO stellen, wenn ich ein Journalist bei deutschen Medien wäre, aber die "Qualitätsmedien" finden diese Frage nicht interessant genug, um ihre Leser darüber zu informieren, oder gar bei der NATO nachzufragen.

Russische Schiffe?

Die Explosionen bei den Nord-Stream-Pipelines haben sich nur drei Tage nach dem Besuch der Kearsarge in Helsinki ereignet. Wo war die Kearsarge zu dem Zeitpunkt? Auch die Frage ist interessant. Es muß allerdings nicht zwangsläufig die Kearsarge sein, die mit den Explosionen zu tun hat. Die Systeme, die in Portugal erprobt wurden, könnten sich schon seit Monaten auf NATO-Schiffen in der Ostsee befinden und könnten mit den vor Portugal gewonnenen Erfahrungen eingesetzt worden sein.

In der Ostsee sind viele US-Kriegsschiffe unterwegs, warum fragt kein Journalist nach, welche NATO-Schiffe (einschließlich U-Boote) sich zum Zeitpunkt der Explosionen, oder in den Tagen davor, dort aufgehalten haben? Die Frage ist nämlich auch im Hinblick auf eine mögliche russische Täterschaft interessant, denn wenn sich herausstellen sollte (und davon ist auszugehen), daß sich in dem Gebiet viele NATO-Schiffe aufgehalten haben, dann hätten sie etwaige russische Kriegsschiffe (auch U-Boote) in dem Gebiet geortet.

Daher wiederhole ich die Frage: Wie viele und welche NATO-Schiffe haben sich zum Zeitpunkt der Explosionen, oder in den Tagen davor, dort aufgehalten? Und um eine mögliche russische Täterschaft zu klären, muß man auch eine zweite Frage stellen: Welche russischen Schiffe (und U-Boote) haben die NATO-Schiffe zum Zeitpunkt der Explosionen, oder in den Tagen davor, dort geortet?

Diese Fragen werden von den deutschen "Qualitätsmedien" jedoch nicht gestellt.

Rußlands Interesse

Die deutschen Medien und Politiker unterstellen Rußland ein Interesse an der Zerstörung der Pipelines. Aber warum sollte Rußland die Milliarden-teuren Pipelines zerstören, die Rußland eigentlich noch mehr Milliarden einbringen sollen? Zumal Rußland einfach den Gashahn zudrehen könnte und den Gasfluß auch ohne Sprengung der Milliarden teuren Pipelines unterbrechen könnte?

Als Grund wird vom Westen genannt, daß Rußland sein Gas als politische Waffe und Druckmittel einsetzt. Das hat Rußland zwar nie getan, aber nehmen wir einmal an, Rußland würde das tun wollen. Dann wäre es doch ziemlich dumm, die Pipelines zu zerstören. Intelligenter wäre es, den Hahn zuzudrehen und darauf zu warten, daß die EU (oder Deutschland) auf Knien angerutscht kommt und um Gaslieferungen bittet. Dann könnte Rußland Bedingungen für die Gaslieferungen stellen. Aber wenn Rußland die Pipelines zerstört, hätte es sich das Druckmittel, das es angeblich einsetzen möchte, selbst genommen. Ist das logisch?

Die norwegisch-polnische Pipeline

Wie es der Zufall will, wurde just an dem Tag, an dem die Pipelines gesprengt wurden, die neue Pipeline in Betrieb genommen, die Polen über Dänemark mit Gas aus Norwegen beliefern soll.

Polen hat die Jamal-Europa-Pipeline, die russisches Gas über Weißrußland nach Polen und Europa gebracht hat, schon zum Jahreswechsel faktisch geschlossen und später die Pipelines von Gazprom in Polen verstaatlicht. Seitdem fließt natürlich kein russisches Gas mehr nach Polen. Wenn Rußland Druck ausüben wollte, hätte Rußland die norwegisch-polnische Pipeline sprengen müssen, um Polen unter Druck zu setzen, den Gastransit durch Weißrußland wieder aufzunehmen. Nun aber kann Polen Gas aus Norwegen beziehen und es sogar nach Deutschland weiterverkaufen, weil Deutschland keinen eigenen Zugang zu Pipelinegas mehr hat.

Man kann Putin natürlich für die Ausgeburt des Bösen in Person halten, aber für dumm hält ihn niemand. Warum sollte Rußland die Nord-Stream-Pipelines sprengen, und so Polen in die Hände spielen, und gleichzeitig seine eigenen Möglichkeiten, Gas zu verkaufen (oder von mir aus auch als Druckmittel zu benutzen) zerstören?

Hinzu kommt, daß der ehemalige polnische Außenminister und Europaabgeordnete Radosław Sikorski am 27. September, einen Tag nach den Explosionen, einen Tweet abgesetzt hat, in dem er den USA für die Zerstörung der Pipelines gedankt hat. Dazu hat er den Tweet mit einem Foto der Unfallstelle, mit dem Hashtag #Nordstream und einem Zitat von US-Präsident Joe Biden vom 7. Februar versehen, als Biden sagte, die USA würden Nord Stream 2 stoppen, sollten russische Truppen die ukrainische Grenze überschreiten. Den Tweet hat Sikorski am 29. September wieder gelöscht.

Am 7. Februar gab es folgenden Dialog zwischen Biden und einem Journalisten, auf den Sikorski sich dabei bezogen hat:

Die Interessen der USA

Daß die USA gegen russische Gaspipelines nach Europa generell und gegen Nord Stream 2 im Besonderen sind, war nie ein Geheimnis. Das haben die USA offen gesagt und auch Sanktionen gegen den Bau von Nord Stream 2 verhängt. Noch zu Sowjetzeiten haben die USA versucht, alle Pipelineprojekte zwischen der Sowjetunion und Europa, vor allem zwischen der Sowjetunion und Deutschland, zu verhindern. Die Älteren unter uns erinnern sich noch daran, wie Präsident Reagan die damaligen Pipelineprojekte bekämpft hat.

Die USA wollen außerdem schon seit fast zehn Jahren, als sie im großen Stil mit Fracking begonnen haben, ihr Fracking-Gas nach Europa verkaufen und Rußland aus dem europäischen Gasmarkt drängen. Das US-Fracking-Gas, das als Flüssiggas verschifft wird, ist unter normalen Marktbedingungen um etwa 30 Prozent teurer als russisches, auf herkömmlichem Wege gefördertes und mit Pipelines nach Europa transportiertes Gas.

Daher haben die USA all die Jahre kaum einen Fuß in die Tür des europäischen Marktes bekommen, wenn man von politischen Entscheidungen in Ländern wie Polen absieht, die trotzdem auf amerikanisches Gas gesetzt haben, es aber in Europa aufgrund des hohen Preises nicht verkaufen konnten. Vor der aktuellen, von der EU selbstverschuldeten Gaskrise waren die Flüssiggasterminals in Europa zu kaum 25 Prozent ausgelastet.

Unter dem Druck der USA haben sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten nun entschieden, so weit wie nur möglich auf russisches Gas zu verzichten. Die Folgen sind bekannt: Die Preise explodieren, weil das nun gelieferte Flüssiggas nicht nur ohnehin teurer ist, sondern auch, weil weltweit schlicht zu wenig davon verfügbar ist, um den europäischen Bedarf zu decken.

Bekanntlich gab es Stimmen in der EU - und vor allem in Deutschland -, Nord Stream 2 als Notlösung zumindest vorübergehend in Betrieb zu nehmen, wenn die Gaskrise im Winter allzu verheerende Folgen haben sollte.

Das wurde durch die Zerstörung der Pipelines nun unmöglich gemacht, was weder im Interesse Rußlands ist, das sein Gas gerne verkaufen würde, noch im Interesse Deutschlands, dessen Wirtschaft nun unweigerlich vor die Hunde gehen wird. Aber es war im Interesse der USA, denn nach der Zerstörung der Pipelines ist nicht nur der lästige Konkurrent Rußland faktisch

aus dem europäischen Gasmarkt verdrängt, sondern die Staaten der EU sind bei den Lieferungen von Gas nun plötzlich von den USA abhängig.

Die USA haben damit ein starkes Druckmittel gegen die EU in die Hand bekommen, denn im Gegensatz zu russischem Pipelinegas, das nicht einfach umgeleitet werden kann, können die USA ihr Flüssiggas erstens meistbietend verkaufen und die Tanker flexibel dahin schicken, wo der beste Preis zu erzielen ist, und zweitens können sie der EU jederzeit den Gashahn zudrehen, wenn sie politisch ungehorsam wird, ohne dabei auf Einnahmen aus dem Gasverkauf verzichten zu müssen. Schließlich können die USA es auch nach Asien transportieren.

Und das Beste an all dem ist, daß die USA die EU bei der Untersuchung der Explosionen unterstützen wollen, wie Bidens Sprecherin verkündet hat. Da dürfen wir alle ganz gespannt sein, was bei der Untersuchung wohl herauskommt.

Daß EU-Chefdiplomat Joseph Borrell den Schuldigen an der Zerstörung der Pipelines eine "robuste und vereinte Reaktion" angedroht hat, ist Realsatire. Oder will die EU allen Ernstes die USA bestrafen? Natürlich nicht, denn am Ende wird - mit freundlicher Unterstützung der USA - bei den "Untersuchungen" der Explosionen herauskommen, daß Rußland der Verursacher ist.

Die Auswirkungen auf Deutschland

Die deutsche Wirtschaft wird mit Vollgas an die Wand gefahren, denn erstens wird der Gas-mangel dafür sorgen, daß im Winter ganze Industrien eine Zwangspause machen müssen. Ob diese Unternehmen die Produktion danach wieder aufnehmen können, oder ob sie dann finanziell ruiniert sind, steht in den Sternen.

Hinzu kommt, daß Gas - und damit Strom - in Deutschland und Europa nie wieder so billig werden wie früher, denn selbst wenn es ab morgen genug Flüssiggas in Europa geben würde, wird es wesentlich teurer sein, als das russische Gas. Ob die Unternehmen zu den erhöhten Energiepreisen in Europa auch weiterhin zu Preisen produzieren können, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind, ist unwahrscheinlich, zumal Konkurrenten, zum Beispiel in China, ihre Energiekosten aufgrund des russischen Gases, das durch die neuen Pipelines nach China fließt, senken können.

Dabei muß ich wieder an das Papier der in den USA sehr einflußreichen RAND-Corporation denken, in dem geschrieben steht, daß es im Interesse der USA ist, die deutsche Wirtschaft zu schwächen, um die US-Wirtschaft durch einen Abzug von Kapital und Produktionskapazitäten aus Deutschland in die USA zu stärken. Die Übersetzung des Papiers finden Sie hier, das Original finden Sie hier. Ob das Papier authentisch ist, ist nicht garantiert, aber Fakt ist, daß alles, was darin geschrieben wurde, gerade eintritt.

Wäre die deutsche Bundesregierung wirklich dem Wohl der in Deutschland lebenden Menschen verpflichtet, würde sie nun massiv auf Aufklärung drängen. Aber die deutsche Regierung ist erstaunlich still und beschuldigt ebenfalls mehr oder weniger direkt Rußland. Dabei dürften sich viele in der deutschen Regierung heimlich über die Zerstörung von Nord Stream freuen, denn vor allem die Grünen waren schon immer gegen das angeblich schmutzige russische Gas.

Mit Fracking-Gas aus den USA haben die prinzipientreuen Grünen hingegen nie ein Problem gehabt, denn das Prinzip der Grünen ist nicht der Umwelt- oder Klimaschutz, ihr Prinzip ist es, den USA zu dienen, wie Wirtschaftsminister Habeck bei seinem Antrittsbesuch in den USA selbst gesagt hat. Darüber hat der Focus damals in einem sehr kurzen Artikel berichtet:

"Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle": Diese Worte sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck bei seinem zweitägigen Besuch in Amerika. In den USA sei man erfreut, daß Deutschland bereit sei, "eine dienende Führungsrolle auszuüben."

Aber von all den Zusammenhängen erfahren die Leser und Zuschauer der deutschen "Qualitätsmedien" nichts, ihnen wird statt dessen vermittelt, daß Rußland die Pipelines gesprengt

hat, weil es Gas als Druckmittel einsetzen will. Nur von welchem Druckmittel kann die Rede sein, wenn Rußland gar kein Gas mehr über die Pipelines liefern kann? Und daß die USA ein Interesse an der Zerstörung der Pipelines haben könnten, wird von den deutschen "Qualitätsmedien" nicht einmal erwähnt.

Proteste gegen hohe Preise - gegen wen protestieren?

Ein weiterer Effekt der Sprengung der Pipelines ist, daß die Deutschen sich im Winter zwar über steigende Preise ärgern werden, aber ihre Proteste nicht mehr die Bundesregierung treffen. Bisher war zu befürchten, daß die Deutschen im Winter in Massen für eine Inbetriebnahme von Nord Stream 2 demonstrieren könnten. Das ist nun vorbei, denn eine faktisch nicht mehr existente Pipeline kann man nicht in Betrieb nehmen.

Wenn es Politik und Medien gelingt, die Geschichte von Rußlands angeblicher Schuld an der Zerstörung der Pipelines in die Köpfe der Menschen in Deutschland zu hämmern, dann wäre das ganz im Interesse der deutschen Regierung. Für das Versagen der Bundesregierung und ihrer Vorgängerregierungen in der Energiepolitik würden die Menschen dann Rußland verantwortlich machen, was die ohnehin gewollte anti-russische Stimmung weiter anheizen würde.

In meinem neuen Buch "Inside Corona - Die Pandemie, das Netzwerk und die Hintermänner - Die wahren Ziele hinter Covid-19" zeige ich anhand von umfangreichen zugespielten Datenanalysen, wie die Pandemie durch diverse Organisationen in mehreren Phasen vorbereitet wurde, wobei die aktive Vorbereitungsphase etwa 2016/2017 begann. Darüber hinaus zeigen die Daten auch, welche übergeordneten Ziele diese Organisatoren verfolgen und wie die Pandemie ihnen den Weg zur Erreichung dieser Ziele ebnet.

Das Buch ist aktuell erschienen und ausschließlich hier direkt über den J. K. Fischer Verlag bestellbar.

Thomas Röper, geboren 1971, hat als Experte für Osteuropa in Finanzdienstleistungsunternehmen in Osteuropa und Rußland Vorstands- und Aufsichtsratspositionen bekleidet. Heute lebt er in seiner Wahlheimat St. Petersburg. Er lebt über 15 Jahre in Rußland und spricht fließend Russisch. Die Schwerpunkte seiner medienkritischen Arbeit sind das (mediale) Rußlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen und die Themen (Geo-)Politik und Wirtschaft.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. Oktober 2022: >>**Krieg gegen Deutschland**

Liebe Leser,

als Colin Powell 2003 die Welt belog, begann der Irak-Krieg. Stecken die USA hinter dem Pipeline-Anschlag, um mit der Rußland-Lüge den Krieg nach Europa zu holen?

Es gibt im Westen immer noch Politiker, die von unseren amerikanischen Freunden sprechen. Dabei geht es in der Politik nicht um Freundschaft, sondern nur um Interessen. Daß den USA Nord Stream ein Dorn im Auge ist, haben sie nie verhehlt. Soll doch nicht nur das eigene Fracking-Gas an Europa verscherbelt, sondern gleichzeitig Europa, insbesondere Deutschland in Sachen Energie von den USA abhängig gemacht werden.

Krieg gegen Deutschland

Als Verlierer des letzten großen Krieges müssen wir eine gewaltige Zeche zahlen. Weder sind wir bis heute souverän noch gibt es einen Friedensvertrag. Wir sind in unseren Entscheidungen nicht unabhängig. Bis heute! Daß es auch keinen Friedensvertrag mit Rußland gibt, könnte die Sache besonders gefährlich machen. Erst zündeln Baerbock und ihre grünen Atlantiker gegen Rußland wo sie nur können. Und dann werden die verbliebenen wirtschaftlichen Stränge nach Rußland endgültig gekappt. Wie die Pipelines. Um anschließend den Russen die Schuld zu geben. Wirtschaftskrieg haben wir schon. Kommt bald auch ein heißer, einer mit Waffengewalt hinzu?

Ukraine-Krieg könnte sich ausweiten

Spätestens mit dem Anschluß von Gebieten der Ostukraine fordert Rußland die Welt heraus. Jeder Angriff auf diese Gebiete ist zukünftig einer auf Rußland selbst. Mit allen Konsequenzen. Die zweitstärkste Atommacht wird angegriffen und sich zu wehren wissen. Spätestens jetzt müssen Verhandlungen her. Deutschland sollte statt Waffen jetzt starke Argumente liefern, um im Osten für dauerhaften Frieden zu sorgen. Frieden mit Rußland! Das könnte am Ende wichtiger sein als gute Beziehungen zu den USA. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/23941" berichtete am 22. Oktober 2022 (x1.165/...): >>>Was haben Corona und der Ukraine-Krieg gemeinsam?

In den letzten zweieinhalb Jahren haben sich mit der sog. Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg zwei Krisen ereignet, die anscheinend keine Gemeinsamkeiten haben. Der international renommierte Propaganda-Spezialist und Psychologe Dr. Roman Braun erkannte im Ablauf beider Ereignisse die Anwendung weltweit koordinierter Manipulationstechniken. Er schloß daraus, daß beide Krisen gezielt inszeniert wurden.

Wie er zu dieser Einschätzung kam und mit welchen Fakten er seine These untermauern konnte, hat er am 21.3.2022 in einem Interview auf dem YouTube-Kanal FPÖ TV dargelegt. Seine Erkenntnisse werfen ein völlig neues Licht auf die Ereignisse der letzten Jahre - und sie beantworten die unweigerlich aufkommende Frage, warum derartige Krisen herbeigeführt werden. Hier ist die Zusammenfassung seiner Interpretation der jüngsten Geschichte:

Mitte 2019 habe die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) erkannt, daß das Finanzsystem infolge ausufernder Spekulationen und ständiger Erhöhungen der Geldmenge kurz vor dem Zusammenbruch stand. Der BIZ sei klar geworden, daß das aktuelle Problem deutlich gravierender war als das der letzten Weltfinanzkrise. Während 2008 einige hundert Milliarden zur Rettung einzelner Banken erforderlich waren, müßten nun Billionen zur Stützung des gesamten Systems eingesetzt werden.

Die am 25.8.2019 in Jackson Hole in Wyoming in den USA eilig versammelten Zentralbanker aus aller Welt teilten die Einschätzung, daß das globale Finanzsystem damals an einem Wendepunkt stand und daß die beginnende Finanzkrise nicht mehr mit herkömmlichen Instrumenten der Geldpolitik gelöst werden könne.

Deshalb hätten die Zentralbanker den Vermögensverwalter BlackRock mit der Entwicklung einer Lösung beauftragt, die dieser dann auch in seinen sog. "Working Papers" vom August 2019 lieferte. Laut Dr. Roman Braun handelte es sich hierbei um folgenden Plan: Bei der Einspeisung von Billionen in das Finanzsystem müsse zur Vermeidung einer Hyperinflation gleichzeitig der Weltwirtschaftsmotor gedrosselt werden.

Am 18. Oktober 2019 fand in New York eine Pandemie-Simulation mit dem Namen "Event 201" statt. Die von der Bill & Melinda Gates-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum - WEF) und dem Johns Hopkins Center for Health Security initiierte Übung behandelte den fiktiven Fall einer von China ausgehenden weltweiten Pandemie.

Im Dezember 2019 kam es dann in China, in der Millionenmetropole Wuhan, zu mehreren Fällen einer unbekanntes Lungenkrankheit, die auf ein neuartiges Coronavirus zurückgeführt wurde. Bis zum 3. Januar 2020 wurden der WHO aus China 44 Erkrankte gemeldet. Der erste Corona-Tote wurde in China am 11. Januar 2020 verzeichnet.

Anfang Januar 2020 stellte Prof. Dr. Christian Drosten auf Grundlage eines Computermodells des neuartigen Virus das erste PCR-Nachweisverfahren fertig, welches danach weltweit in den von der Firma TIB MOLBIOL hergestellten Diagnostiktests zur Erkennung von Infektionen eingesetzt wurde.

Die Fallzahlen explodierten, die Medien begannen ihre Angst-Propaganda, die WHO rief am 11. März 2020 die Pandemie aus, die Corona-Krise nahm ihren Lauf - und die US-Notenbank

(Fed) stellte im März 2020 mehrere Billionen Dollar an Liquidität für die Banken zur Verfügung, während in den Industrieländern Lockdowns verhängt wurden.

An diesem Punkt erkannte der Psychologe Dr. Roman Braun zum ersten Mal die Umsetzung des BlackRock-Plans, da hier nach seiner Auffassung die geplante Einspeisung der Rettungsgelder bei gleichzeitig gebremstem Wirtschaftsmotor geschah. Die gleiche Störung der Weltwirtschaft konnte er später auch beim Lockdown des international wichtigen Wirtschaftsstandortes Shanghai im Frühjahr 2022 oder der Sperrung des für den globalen Schiffsverkehr bedeutsamen Suezkanals durch den Tanker Ever Given im März 2021 sehen.

Aus Sicht des Propaganda-Spezialisten wurde das zur Angstmache verwendete Narrativ mit dem Beginn des Ukraine-Konfliktes am 24. Februar 2022 ausgewechselt, nachdem sich die Corona-Angst bei den Menschen infolge der ausbleibenden Gefährlichkeit der Covid-19-Erkrankung nicht länger aufrechterhalten ließ.

Für ihn waren die hohen Militärausgaben zur Unterstützung der Ukraine die Fortführung der hohen Ausgaben zur Anschaffung von Impfstoffen: Beides schuldenfinanzierte Finanzspritzen, die zunächst über die Pharmaindustrie und dann über die Waffenindustrie in das Wirtschaftssystem gepumpt wurden. Und auch hier erkannte er durch die kriegsbedingte Trennung der Warenströme und den durch Sanktionen ausgelösten Versorgungsnotstand eine künstlich herbeigeführte Störung im Sinne eines gedrosselten Wirtschaftsmotors.

Der Psychologe Dr. Roman Braun beschreibt im genannten Interview beide Krisen als Ereignisse, die durch den internationalen Konzernkapitalismus bewußt geplant und zielgerichtet umgesetzt wurden. Auf den Einwand, daß die Akteure dann ja den Tod vieler Menschen in Kauf genommen hätten, antwortete er, daß die Leute, die angeblich unsere Gesundheit schützen und fremde Kriegsoffer retten, z.B. täglich 15.000 Kinder an Hunger sterben lassen. Das sei aber nichts Neues, da sich die gleichen Kräfte in diversen vergangenen Kriegen und Konflikten nie für den Tod der einfachen Menschen interessiert hätten.

Auf die Frage, wem denn die aktuellen Entwicklungen nützen würden, antwortete der Propaganda-Experte, daß für ihn die Corona-Krise und der Ukrainekrieg ein gemeinsames Ziel hätten:

Durch das Aufstauen eines Finanz-Tsunamis solle der nicht zu verhindernde Crash in eine langsame Zerstörung der Weltwirtschaft umgewandelt werden. In deren Verlauf geschehe die Umverteilung von Land und Produktionsmitteln zu den Akteuren im Hintergrund. Diese bezeichnet er als Machtelite.

Das Ende des alten kapitalistischen Systems würde letztlich in die Einführung eines Neofeudalismus münden, in dem die mittellosen Menschen komplett von der alles besitzenden Machtelite abhängig wären. Diese Abhängigkeit würde durch die Einführung eines globalen digitalen Zentralbankgeldes (Central Bank Digital Currency, CBDC) realisiert. Über dieses digitale Geld käme die geplante zentralistische Weltregierung dann zur lückenlosen Überwachung und Kontrolle der gesamten Menschheit.

Handelt es sich bei der Corona-Krise und dem Ukraine-Krieg also nur um zwei aktuelle Propagandamaßnahmen in einer langen Reihe von Menschheitsmanipulationen? Für diese Sichtweise könnte Folgendes sprechen: Obwohl die Ereignisse scheinbar sehr verschieden sind, sind die Reaktionen darauf sehr ähnlich. Zur Lösung der jeweils medial dargestellten Probleme wurden vorrangig neue schuldenfinanzierte Ausgaben herangezogen, während die Beseitigung der Ursachen ignoriert wurde.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.020	https://www.rubikon.news/rubrik/6/artikel/das-massensterben – Januar 2022
x1.085	https://www.kla.tv - März 2022
x1.128	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/11/die-bedeutung-der-ukraine-auf-dem-geostrategischen-schachbrett-des-us-imperialismus/#more-8869 - April 2022
x1.134	https://www.nachdenkseiten.de/?p=82791 - April 2022
x1.137	https://www.nachdenkseiten.de/?p=81236 - April 2022
x1.140	https://www.kla.tv - Mai 2022
x1.141	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/05/11/plutokraten-transformieren-die-welt-in-einen-internationalen-totalitarismus/ - Mai 2022
x1.144	https://www.nachdenkseiten.de/?p=84498 - Juni 2022
x1.150	https://www.kla.tv - August 2022
x1.161	https://www.lunapark21.net/zbigniew-brzezinski-die-einzig-weltmacht/ - September 2022
x1.165	https://www.kla.tv - September 2022
x1.169	https://apolut.net/verrat-an-der-nation/12 - September 2022
x1.171	https://apolut.net/kampfansage-von-aussenminister-lawrow-an-den-westen-in-der-uno-vollversammlung-von-thomas-roeper/ - September 2022
x1.173	https://www.rubikon.news/artikel/der-mensch-im-ausverkauf - September 2022

x1.176	https://www.rubikon.news/artikel/die-abschaffung-des-menschen - September 2022
x1.177	https://www.anti-spiegel.ru/2022/nord-stream-gesprengt-die-wohl-duemmste-propaganda-aller-zeiten/ - September 2022